



Bomben auf Iran?

Erzwingt Israel-Lobby neuen Krieg? Ein Weltenbrand droht

Seite 3



Gescheiterter Euro

Griechenlands Staatsbankrott: Zahlt Deutschland die Zeche?

Seite 6



Staat als Hehler?

Steuerfahndung mit geklauten Daten: Recht oder Unrecht?

Seite 11

Nr. 8 | 19.2.2010 | B 2295 | € 1,90

National * Zeitung

DEUTSCHE WOCHENZEITUNG | 60. JAHRGANG

Dresden 1945: So viele starben wirklich Geheimdokument im britischen Staatsarchiv entdeckt

151. DQB de DPB 2225 SSD DPB NR.38 1755 3Tle. DQB 155
An Oberfhr. Dr. DIETRICH, über Hptamt d1 Orpo über Paula
HEIDELBERG 42.
Betr.: Vermisstenlage in LS.ort DRESDEN: Oberbürgermstr.
der Stadt DRESDEN hat eingerichtet: A) eine Zentralstelle
für Vermisste und 9 Verm.nachweise. B) 80 bis 100,000
Verm.anzeigen bis jetzt schätzungsweise eingegangen. C) 9720
Verm.anzeigen als Totmeldung erledigt. D) 20,000 Aus-
künfte über Vermisstemeldung bis jetzt erstattet. E) Genaue
statistische Angaben erst später möglich.
Von Pol.präs. DRESDEN.

Vor 65 Jahren vernichteten angloamerikanische Bomber Dresden. Den oben abgedruckten deutschen Polizei-Funkspruch fingen die Engländer am 24. März 1945 ab und britische Codeknacker entschlüsselten ihn. Der Historiker David Irving hat das Dokument jetzt im Londoner »Public Record Office« entdeckt. Die offiziell behauptete Zahl der Opfer von Dresden (»25.000«) ist damit widerlegt. **Mehr über dieses Dokument und ein Interview mit David Irving auf Seite 7.**

Glockenklang erhebt sich. Eine viertel Stunde lang liegt das Läuten über Straßen und Häusern jener Stadt, die vor 65 Jahren dem Erdboden gleichgemacht werden sollte. Um 21:45 Uhr beginnen alle Glocken zu schlagen. Am 13. Februar 1945 begann um 21:45 Uhr der alliierte Luftterror auf Dresden. Eine viertel Stunde lang fielen die Bomben bei diesem ersten Angriff in die Stadt. Wer diese 15 Minuten in Schweigen ausharrt, hat an einem mit politischer Brisanz geladenen Wochenende das erste Mal wirklich Zeit, nun in stiller Trauer der Toten zu gedenken.

Verbotene Trauer

Eine Trauer, der Ausdruck zu geben den Teilnehmern am Trauermarsch der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland verwehrt worden war. Wie jedes Jahr hatte die JLO anlässlich der Zerstörung der Stadt und

So war es in Dresden Eindrücke vom Trauermarsch 2010

der Ermordung von mehr als hunderttausend Zivilisten aufgerufen, nach Dresden zu kommen. Aus dem ganzen Bundesgebiet, aus Österreich, aus der Schweiz, aus dem Ausland, Frankreich und Schweden zum Beispiel, hatten sich Menschen auf den Weg gemacht, um an die unzähligen Opfer des Feuersturms zu erinnern. Die Kluft zwischen dem, was in den Medien über die JLO-Veranstaltung berichtet wurde, und dem, was sich tatsächlich abgespielt hat, ist so groß, dass man von einer Kluft gar nicht mehr sprechen kann und nicht einmal „Verzerrung“ oder „Verdrehung der Tatsachen“ zutreffen. Wer am Trauermarsch teilnehmen wollte, hat hautnah erlebt, auf wessen

Seite unglaubliches Gewaltpotenzial lag, wer mit Steinen warf, Straßenbahnen in Brand setzte, Autobusse mit Eisenstangen zerlegte, Scheiben zerschmiss, Autos anzündete. Aggressive Linksextreme hielten Straßenzüge und Brücken besetzt. Immer wieder kam es zu Angriffen mit Verletzten und Schwerverletzten. Nur selten schritt die Polizei ein.

Niederlage für die Demokratie

Die „Dresdner Morgenpost“ aber, um nur ein Organ zu nennen, befand in ihrer Sonntagsausgabe die „Maßnahmen“ der Linken als angemessen. Die Hauptsache nämlich sei, dass der

„Nazi-Aufmarsch“ verhindert worden wäre. Von einem „kläglichsten Haufen von maximal 700 Leuten zwischen den aufgestellten Dixi-Klos und ‚Babos-Dönerpoint‘“ will Alan Posner in der „Welt am Sonntag“ über die Demonstrationsteilnehmer auf rechter Seite wissen. „Am Samstag zeigt sich in Dresden das Gesicht des Bürgertums in Deutschland, ein Gesicht, auf das man stolz sein kann“, schreibt er weiter über die Menschenkette, die sich „im Zeichen der Weißen Rose“ in der Altstadt versammelt hat. Doch können sie wirklich stolz darauf sein, dass es am Samstag nicht möglich war, eine ordnungsgemäß angemeldete und gerichtlich zweimal bestätigte Demonstration durchzuführen? Darauf, dass der Rechtsstaat mit seinen Prinzipien einfach übergangen und außer Kraft gesetzt wurde? Wer solches gutheißt, darf sich sicherlich nicht mehr „Demokrat“ nennen. Also war der 13. Februar 2010 keineswegs eine Niederlage für die angeblichen „Neonazis“, sondern eine Niederlage für Rechtsstaat und Demokratie.

Nicht Dresdner Bürger und nicht linksextreme Schläger haben den Trauerzug verhindert, sondern die politische und polizeiliche Führung, die ihn trotz gerichtlicher Anordnung nicht stattfinden ließ. Auf polizeirechtlichem Wege wurde also durchgesetzt, was der Stadt gerichtlich untersagt wurde, nämlich den genehmigten Marsch zur Standortkundgebung zu degradieren. Das Oberverwaltungsgericht hatte eindeutig beschlossen, dass die Beschränkung einer angemeldeten Demonstration auf eine nur „stationäre“

Fortsetzung auf Seite 2

Kohl verhinderte Deutschlands Neutralität

Bei der durch die friedliche Revolution in Mitteldeutschland erzwungenen Vereinigung von Bundesrepublik und DDR bestand die – vielleicht nicht wiederkehrende – Chance, Deutschland nach Schweizer Muster aus künftigen Kriegen herauszuhalten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 10. Februar 2010 stellte die Rolle des damaligen Bundeskanzlers Kohl bei den Gesprächen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow gemäß den Aufzeichnungen von Kohls Berater Teltschik heraus. Bei den Verhandlungen in Moskau am 10. Februar 1990 habe Kohl klargestellt, dass eine Neutralisierung Deutschlands mit seiner Regierung nicht durchsetzbar sei. Kohl: „Dies wäre eine historische Dummheit.“ Seit der Niederlage in der Schlacht bei Marignano 1515 hatte sich die Schweiz von Konflikten ferngehalten. Auch im Dreißigjährigen Krieg, bei dem vielleicht die Hälfte der Bevölkerung Mitteleuropas das Leben verlor, blieb die Schweiz neutral. Die Eidgenossen beschlossen 1647 die „immerwährende bewaffnete Neutralität“. Zwar mussten unter Napoleons Gwaltherherrschaft Schweizer Truppen für Frankreich in Spanien und Russland kämpfen, doch auf dem Wiener Kongress 1815 wurde die Neu-

tralität der Schweiz bestätigt. Kohl zerschlug bei der Regelung der Rahmenbedingungen der Wiedervereinigung 1990 die ideale Gelegenheit, dass die Bundesrepublik eine vergleichbar glückliche Stellung erlangt. Heute müssen deutsche Truppen für die weltweite Dominanz der USA fechten und die Bundeswehr wird zu einer Hilfsarmee an von Washington bestimmten Kriegsschauplätzen umgerüstet. Im Gegensatz zur Eidgenossenschaft kennt die Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene weder Volksbegehren noch Volksabstimmung. Somit kann die Bevölkerung die Entscheidungen der Herrschenden nicht korrigieren, wo dies nötig wäre. Im Gegensatz zu Bismarcks Maxime, sich aus fremden Kriegen herauszuhalten, führt die Regierung Merkel Mitteleuropa als Partei an der Seite der USA und Israels ungeachtet der Schrecken unserer Geschichte immer weiter in Kriege. Die Schweiz hingegen hat keinen einzigen Mann außerhalb ihrer Grenzen stationiert. Den Politikern der Eidgenossenschaft muss man neidlos zugestehen, dass sie nichts anderes im Sinne haben als die Interessen und das Recht ihrer eigenen Staatsbürger.

Dr. Gerhard Frey

AUSSERDEM LESEN SIE IN DIESER AUSGABE:

► Selektionen am Flughafen?

Ist die Flugsicherung in Israel geprägt von einem „System ethnisch-rassistischer“ Kriterien? Wir haben das auch mit Blick auf aktuelle Sicherheits-Diskussionen in der Bundesrepublik hinterfragt. **Seite 4**

► Die Ukraine und wir

Seit dem Wahlsieg von Viktor Janukowitsch bei der Präsidentschaftswahl in der Ukraine macht sich im Westen Ernüchterung breit. Wie ist hier der deutsche Standpunkt? **Seite 5**

► Hartz IV muss weg

Wieder einmal stoppte das Bundesverfassungsgericht Herrschende in Deutschland und kippte eine verfassungswidrige Regelung. Die geltenden Hartz-IV-Regelsätze sind klar grundgesetzwidrig. **Seite 6**

► Der Tod fährt mit

Tiertransporte: Eines der dunkelsten Kapitel der „zivilisierten“ Gesellschaft im Umgang mit dem Tier. **Seite 13**

DSZ-Verlag
81238 München
info@dsz-verlag.de



4 190229 501900

0 8

SWIFT gestoppt

Mit überraschend klarer Mehrheit von 378 : 196 Stimmen hat das Europäische Parlament das Abkommen zwischen der EU und den USA über die Weitergabe von Bankdaten kassiert. Das sei ein „Rückschlag für die amerikanisch-europäische Zusammenarbeit beim Antiterrorkampf“ klagte Washington. In Wahrheit ist es nur ein Rückschlag auf dem Weg zum gläsernen Menschen, den Herrschende in den USA und Europa beschritten haben. Somit darf das am 1. Februar in Kraft getretene SWIFT-Abkommen nicht mehr angewendet werden und US-Geheimdienste haben keinen direkten Zugriff mehr auf Bankdaten europäischer Bürger etwa von Überweisungen. Erstaunlicherweise haben die Abgeordneten dem Druck standgehalten und sich für den Rechtsstaat entschieden.

Hitzige „Ehrenmord“-Diskussion

Ein „Ehrenmord“ besonders schrecklicher Art sorgt derzeit für Diskussionen in der Türkei. Im ostanatolischen Katha ist ein 16-jähriges Mädchen lebendig begraben worden. Die Leiche wurde unter einem Hühnerstall gefunden, zwei Meter tief in die Erde vergraben. Die Hände waren auf den Rücken gebunden, Lunge und Magen voll Erde. Die Mörder hatten darüber noch eine Zementschicht gegossen. Das Mädchen musste sterben, weil es auch mit Jungen gesprochen hatte. Der Mord war von ihrer Familie gemeinschaftlich beschlossen worden. Dass es die Türkei nicht schafft, solchen „Ehrenmorden“ Einhalt zu gebieten, lässt tief blicken, auch und vor allen hinsichtlich eines angestrebten Beitritts zur Europäischen Union. Zwischen 2002 und 2007 gab es in der Türkei mehr als 7.000 aufgedeckte „Ehrenmord“-Fälle.

Immer wieder kommt es mittlerweile auch in der Bundesrepublik Deutschland zu solchen Untaten. Kein Verständnis für fremde Kulturen reicht aus, um so etwas zu tolerieren. Und natürlich kann es nicht angehen, dass Ausländer sich bei uns gegenseitig richten. Mit Anpassung hat das auch nichts mehr zu tun. Derartige Riten haben hier nichts verloren. Etablierte Politiker müssen aber wissen, dass wir uns solchen Problemen zunehmend auch künftig werden stellen müssen, wenn man weiter auf ungebremste Zuwanderung Fremder setzt. Würde etwa die Türkei erst EU-Mitglied, droht Derartiges hier alltäglich zu werden.

Buchtipp:
Winkelvoß: **Die türkische Frage**
Dr. Frey: **Halbmond über Deutschland**
Knop: **Mit der EU in den Abgrund**

National * Zeitung

Herausgeber: DR. GERHARD FREY
BRUNO WETZEL (verantwortlich für redaktionellen Teil und Anzeigen). ERIK JANUS (Chef vom Dienst). Sämtliche in Paosostraße 2, 81243 München. Verlag: DSZ – Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH, Paosostr. 2, 81243 München, Telefon (089) 896 08 50, Telefax (089) 834 15 34. E-Post: info@dsz-verlag.de Internet: http://www.dsz-verlag.de • Druck: DSZ Druck GmbH, Paosostr. 2, 81243 München. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags zum Einzelpreis von 1,90 €. Abonnements nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis (inkl. 7% MwSt.) 8,25 € monatl. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Zeitungslieferung oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. Abonnement-Kündigung: 3 Monate zum Ende des Kalenderjahres. • Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet. • Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Quellen irgendwelcher Art übernimmt der Verlag keine Haftung; sie werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. • Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 26. Sie fußt auf einem Grundpreis von 3,– € zzgl. MwSt. (3,57 € inkl. MwSt.) für Privatanzeigen bzw. 3,90 € zzgl. MwSt. für Geschäftsanzeigen für die einspaltige mm-Zeile im Anzeigenteil und 7,90 € zzgl. MwSt. für die einspaltige mm-Zeile im Textteil. • Verantwortlicher Herausgeber für Belgien: Hubert Verhelst, Beeweg 21, 8310 St. Kruis/Flandern
Erfüllungsort München. ISSN: 0340 – 1421

So war es in Dresden

Fortsetzung von Seite 1

Kundgebung gegen die Versammlungsfreiheit verstößt. Nach einer Fortsetzungsfeststellungsklage könnte gerichtlich geklärt werden, dass das Vorgehen am 13. Februar Unrecht war. Rechtsanwalt Ingmar Knop, der die JLO im Vorfeld des Trauermarsches rechtlich vertreten hatte, ist der Meinung, dass die Aussicht auf einen Sieg vor Gericht in diesem Fall äußerst günstig sei.

Gewaltbereite Linksextreme

Im Dresdner Stadtviertel Wilder Mann hatten sich mindestens 2.000 rechte Versammlungsteilnehmer zusammengefunden, die gemeinsam den Fußweg nach Dresden-Neustadt antraten, nachdem ihre Busse und Fahrgemeinschaften die Straßen zur Stadt nicht passieren konnten. Begleitet von der pöbelnden „Antifa“, von Steinwürfen und körperlichen Angriffen, bei denen unter anderem ein Reporter am Kopf getroffen zu Boden sank, erreichte der Zug schließlich den Bahnhof. Auch kleinere Gruppen waren unterwegs, in der ganzen Stadt versprengt sammelten sich Teilnehmer und stießen immer wieder mit den Steinen der Linken zusammen, wurden später von der Polizei nicht durchgelassen.

Nach etlichen Anstrengungen hatten sich endlich – laut Polizeiangaben – 6.500 Teilnehmer des Trauermarsches am Bahnhof in Dresden-Neustadt zusammengefunden. Realistisch ist es, dass sich insgesamt mindestens 8.000 bis 10.000 Nationale auf den Weg nach Dresden gemacht hatten, um der JLO-Veranstaltung beizuwohnen. Doch etliche Busse und Privatfahrzeuge konnten nicht in die Stadt gelangen.

„Dresdner Kessel“

Für die Teilnehmer am Neustädter-Bahnhof beginnt das große Warten. Wie jedes Jahr ist das Publikum gemischt. Aus den unterschiedlichsten Richtungen und Strömungen haben sich hier diejenigen zusammengefunden, die an die Ermordung einer ganzen Stadt erinnern wollen. Es sind alte Leute dabei, die den angloamerikanischen Bombenterror in Dresden selbst erlebt haben, viele haben Angehörige dabei verloren, und auch unter den jungen Teilnehmern sind etliche, deren Verwandte das schreckliche Schicksal Dresdens miterleben mussten.

Vor allem junge Menschen haben dem Aufruf der JLO Folge geleistet und protestieren nun: „Die Straße frei der deutschen Jugend“. Stundenlang wurden sie hingehalten, immer wieder gab die Polizei vor, nicht für die Sicherheit des Demonstrationszuges garantieren zu können, weshalb er nicht wie genehmigt stattfinden könne. Gewaltbereite Linke hielten die Marschroute besetzt. Tausende von Polizisten, deren Wasserwerfer und Panzer in der Altstadt standen, sollten nun nicht ausreichen, dass die Veranstaltung rechtmäßig durchgeführt werden konnte?

Sprechchöre werden laut. „Wir sind das Volk“ skandieren die Nationalen und „Wir sind im Recht“. Eine Gruppe junger Leute stimmt das Lied an „Nur der Freiheit gehört unser Leben“, etliche Teilnehmer singen mit.

„Dresdner Kessel“ nennen demonstrationserfahrene Teilnehmer den Veranstaltungsort. Schon Tage zuvor waren so genannte „Hamburger Gitter“ bereitgestellt, mit denen die Polizei den Versammlungsort abriegelte, um den Marsch zu verhindern.

Denn das sollte „um jeden Preis“

erreicht werden, so die Parole des offiziellen Dresdens. Das Urteil des Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichts sah vor, bei nicht kontrollierbarer Lage den „polizeilichen Notstand“ auszurufen, der letztlich als Vorwand genommen wurde, um den Gedenkmarsch zu vereiteln.

Auf dem Heidefriedhof hatte Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) vormittags in ihrer Rede vom Schicksal einer jungen Mutter berichtet, die im Feuersturm gerade ihr Kind zur Welt gebracht hatte und es nach Stunden schrecklicher Verzweiflung vor dem Tod retten konnte. Eine ergreifende Geschichte, ein Beispiel aus unzähligen Einzelfällen, die sich im Dresdner Inferno abgespielt haben.

Später jedoch solidarisiert sich Frau Orosz mit denjenigen, die den „Naziaufmarsch verhindern“ wollen und Plakate mit der schrecklichen Botschaft „Bomber Harris do it again“ oder dem an menschenverachtenden Zynismus nicht zu überbietenden Wortlaut „Alles Gute kommt von oben“ mit sich führen. Offensichtlicher kann man Doppelmoral nicht an den Tag legen.

Disziplinierte Teilnehmer

Wie schon auf dem Weg zum Versammlungsplatz, als sich die Rechten nicht von den linksextremen Provokationen aus der Fassung bringen ließen, verhielt sich das nationale Lager diszipliniert und ruhig. Und wie immer sind die meisten der „kleinen Beamten“ höflich zu den Versammlungsteilnehmern. Kein Wunder, sind es ja Polizisten, die hautnah erfahren, dass die JLO seit Jahren den Marsch absolut friedlich abgehalten hat, während die Gegenseite das Polizei-Aufgebot unabdingbar macht. Zuletzt müssen sie aber doch die Befehle von oben ausführen.

Jedenfalls lieferte das rechte Lager den zahlreichen Journalisten, die sich vor Ort mit Kameras und Fotoapparaten positioniert hatten, nicht die gewünschten Bilder einer pöbelnden, aggressiven und unkontrollierbaren Masse. Linke Chaoten hingegen randalierten noch bis spät in die Nacht, so dass die ebenfalls aus der ganzen Bundesrepublik angereisten Polizisten alle Hände voll zu tun hatten.

Die Demonstration hatte unter dem Motto „Gegen Krieg, Bombenterror und Vertreibung“ gestanden und war damit nicht allein den unschuldigen Opfern in der Vergangenheit gewidmet, sondern auch denen der Zukunft. In jüngster Zeit können hierfür stellvertretend die Opfer im Irak und in Afghanistan genannt werden, in nächster Zeit wohl auch die im Iran. Das niemals zu vergessen, sollte Pflicht sein.

Amelie Winther

SAS zu Lufthansa?

Die skandinavische Fluggesellschaft SAS hat sich als Übernahmekandidat bei der Lufthansa ins Gespräch gebracht. „Ist man Teil eines größeren Unternehmens wie etwa Swiss bei der Lufthansa, dann ist man besser gegen die enormen Schwankungen in unserer Branche geschützt“, so SAS-Chef Mats Jansson. Schon im Jahre 2008 stand Lufthansa kurz davor, SAS zu übernehmen. Jetzt könnte es Wirklichkeit werden, wenn auch gewiss noch erbitterter EU-Widerstand zu erwarten sein wird. Die sanierungsbedürftige SAS braucht Stabilität, die Lufthansa sinnvolle Verstärkung der eigenen, herausragenden Stellung.

„Zentrum gegen Vertreibung“ kann kommen

Streit um Erika Steinbach endet mit Kompromiss

Wie in der bundesdeutschen Politik seit langem Usus, endete der Streit zwischen der Bundesregierung und dem Bund der Vertriebenen (BdV) um die Besetzung des Stiftungsrats „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit einem Kompromiss. Zweck der Stiftung ist die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibung“ in Berlin, ein Vorhaben, das die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach initiierte und gegen massive Widerstände aus Polen, aber auch bundesdeutscher Politiker durchsetzen konnte.

Niemand könnte also prädestinierter für den Stiftungsrat sein als Erika Steinbach. Und dass der BdV seine Vorsitzende dafür nominierte, war eine schlichte Selbstverständlichkeit. Weil aber nach den bisherigen Statuten die Bundesregierung die von verschiedenen Organisationen vorgeschlagenen Mitglieder des Stiftungsrats einstimmig bestätigen musste und Bundesaußenminister Guido Westerwelle gegen Steinbach sein Veto einlegte, der BdV aber auf ihr bestand, kam es zu einem quälenden Dauerstreit.

Westerwelle, der sich in der Auseinandersetzung nicht als deutscher, sondern polnischer Interessenvertreter aufführte, berief sich halsstarrig auf „polnische Vorbehalte“ gegen Steinbach. Außerdem habe sie quasi in frevelhafter Weise im Jahr 1991 im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsch-polnische Grenze gestimmt. Dazu ist zu sagen, dass es in der Weltgeschichte noch nie für alle Zeiten endgültige Festlegungen gegeben hat, insbesondere was den Verlauf von Grenzen betrifft. Auch ist zu fragen, ob Westerwelle den Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes nicht kennt, in dem es heißt, dass Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind.

Dass nun ein Kompromiss gefunden wurde, ist in erster Linie Erika Steinbach zu verdanken. Sie

verzichtete am Ende auf ihren Einzug in den Stiftungsrat, konnte aber im Gegenzug eine Stärkung des BdV in dem Gremium erzwingen. Außerdem bestätigt künftig nicht mehr die Bundesregierung die vorgeschlagenen Kandidaten mit Einstimmigkeit, sondern der Bundestag mit Mehrheit. Die Zahl der Sitze im Rat wurde von 13 auf 21 erhöht, von denen 19 vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Das Vorschlagsrecht liegt für 6 Mitglieder (statt bisher 3) beim BdV, für je 2 Mitglieder bei der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche und dem – unvermeidlichen – Zentralrat der Juden in Deutschland, der damit den beiden großen Kirchen gleichgestellt ist, für je 1 Mitglied beim Auswärtigen Amt, beim Bundesministerium des Innern sowie bei beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Der Deutsche Bundestag wählt 4 Mitglieder aus seinen Reihen.

Ferner konnte Steinbach erreichen, dass die aus dem Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth vorhandenen Dokumente digitalisiert und in das „Zentrum gegen Vertreibung“ integriert werden. Die Fläche der Ausstellung, die bisher 2.252 Quadratmeter groß sein sollte, wird deshalb auf 3.000 Quadratmeter vergrößert. Nicht durchsetzen konnte Steinbach ihre Forderung, die Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums für das Vertreibungszentrum abzusütteln und die Stiftung damit auf eigene Beine zu stellen.

Steinbach sprach von einer insgesamt „guten Lösung“, bei der es weder Gewinner noch Verlierer gebe. Unter den gegebenen Machtverhältnissen erscheinen die jetzt getroffenen Regelungen in der Tat als halbwegs erträglich, zumal zu bedenken ist, dass viele etablierte Politiker im BdV führende Positionen innehaben und der Verband auf öffentliche Zuschüsse angewiesen ist.

Rettung in letzter Minute

Korth-Manufaktur wird weitergeführt

Der Name Korth hat für Freunde hochwertiger Faustfeuerwaffen einen einzigartigen Klang: Das Beste vom Besten! Technisch sowie in der Ausführung: Reine Handarbeit. An der Anzahl der Arbeitsplätze gemessen ist Korth kein Großbetrieb, weshalb über die zum Dezember vergangenen Jahres drohende Schließung kaum jemand sprach – aber Korth ist ein Unternehmen, das für unvergleichliche Revolver und Pistolen steht und bei Kennern in aller Welt geradezu als Sinnbild für deutschen Konstruktorsgeist und deutsche Qualitätsarbeit gilt.

Faszination Korth-Revolver: Nur etwa 150 Stück dieser Waffen werden pro Jahr gefertigt. So etwas ist nicht für den Krieg, sondern zur Freude an der Perfektion - vielleicht so ähnlich wie an einer kostbaren Uhr. Ein Korth-Revolver kostet von 4.000 Euro aufwärts bis zu Preisen um 100.000 Euro.

Willi Korth, der während des Zweiten Weltkriegs für Mauser tätig war, gründete 1954 in Ratzeburg seine eigene Waffen-Manufaktur. Er wollte nicht weniger als die besten und edelsten Revolver und Pistolen der Welt zu bauen. Und er erreichte sein Ziel! Besonders die Korth-Revolver im Kaliber 357 Magnum – oft in Luxusaus-

stattung hergestellt – erlangten bei Liebhabern bald Berühmtheit. Der Korth-Revolver orientiert sich nicht, wie praktisch sämtliche anderen, an Vorbildern von Smith & Wesson oder Colt. Sogar die Trommelverriegelung ist neuartig. So verbindet sich im Korth-Revolver die beste Konstruktion mit der besten handwerklichen Ausführung – Made in Germany in Vollendung. Im Jahre 2001 schuf Korth eine Niederlassung in den USA.

Die Korth GmbH war 1998 in eine schwierige Lage geraten. Die luxemburgische Firma Armurerie Freylinger & Cie stieg in das Unternehmen ein. Aufgrund der Philosophie, klein aber fein zu bleiben und konsequent auf Handarbeit zu setzen, ließen sich nicht alle finanziellen Schwierigkeiten überwinden. Für den 31. Dezember 2008 war dann auch bereits das Ende der Firma Korth verkündet worden. Und doch: Es kam anders. Durch das Engagement von Andreas Weber besteht Korth weiter; und zwar mit derselben, von Willi Korth vorgegeben Firmenphilosophie. Es findet sogar eine gewisse Erweiterung statt mit einem neuen Standort bei Gießen.

Die Edelwaffenmanufaktur Korth bleibt Deutschland und der Welt also erhalten!

„Bomben auf Teheran“

Erzwingt Israel-Lobby Überfall auf Iran?

Von Dr. Gerhard FREY

Der amerikanische Soziologie-Professor Dr. James Petras ist Autor von 62 Büchern, die in 29 Sprachen übersetzt wurden. In seinem Werk „Herr oder Knecht? / Über das beispiellose Verhältnis zwischen Israel und den USA“ (212 S., € 12,80, Zambon-Verlag) widmet er sich vor allem der Gefahr eines Überfalls auf den Iran.

Katastrophe durch Aggression

Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang Senator Joseph Lieberman, der auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz mit Krieg gegen den Iran drohte. Über ihn liest man bei Petras:

„Der führende und aggressivste Befürworter eines militärischen Angriffs auf den Iran im Senat ist Joseph Lieberman, ein klares Sprachrohr des israelischen Außenministeriums.“

Petras weiter:
„Liebermans ‚Bomben auf Teheran‘-Position ist eine wörtliche Wiederholung der gegenwärtigen Kriegsbefürwortung und steht in totaler Übereinstimmung mit dem Programm des AIPAC (American Israel Public Affairs Committee), der CPMAJO (Conference of Presidents of Major Jewish Organizations = Ständige Konferenz der Präsidenten der wichtigsten jüdischen Organisationen), dem AJC (American Jewish Committee), der Anti-Defamation League und der ZOA (Zionist Organization of America).“

Die Behauptungen einer atomaren Bedrohung durch den Iran, wie sie die israelische Regierung und die Israel-Lobby vorbringen, entbehrten jeder tatsächlichen Grundlage und riefen auf der ganzen Welt Ablehnung und Kopfschütteln hervor, stellt Petras fest. Jedoch müsse eine israelische Aggression gegen den Iran katastrophale militärische Konsequenzen für die US-Streitkräfte mit sich bringen und schwerwiegende Verluste an Menschenleben verursachen. Und sie würde politische wie militärische Gewalt gegen pro-amerikanische arabisch-muslimische Regierungen entfachen, etwa in Saudi Arabien und Ägypten, die vielleicht zu deren Sturz führen.

Größte Bedrohung für den Weltfrieden

Zweifellos seien die israelischen Kriegsvorbereitungen im Moment die größte Bedrohung für den Weltfrieden und die politische Stabilität,



Neuester Nahostreport des „American Israel Public Affairs Committee“: Der Iran und die US-Unterstützung für Israel stehen im Mittelpunkt. Unter der Überschrift „Kongress beschließt jährliche Hilfe für Israel“ wird berichtet, 2010 erhalte Israel 2,775 Milliarden Dollar – „225 Millionen mehr als 2009“. (Im „10-year, \$30 billion U.S.-Israel Memorandum of Understanding“ war 2007 eine schrittweise Anhebung der Finanzhilfe auf 3,1 Milliarden Dollar pro Jahr beschlossen worden.) Mit US-Hilfe könne Israel das modernste Militär in der Region mit der neuesten Technologie unterhalten. Dem 1953 gegründeten AIPAC gehören unter anderem Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, und Außenministerin Hillary Clinton an.

meint Petras. In „Herr oder Knecht?“ erinnert er an die israelische Attacke von 1981 gegen den Atomreaktor Osirak im Irak. Und wie viele Beobachter bemerkt Petras, dass die öffentliche Meinung in Israel die Pläne der politischen Elite für einen Militärschlag gegen den Iran nicht teilt. Petras verweist auf eine Umfrage der israelischen Zeitung „Yedioth Ahro-noth“, wonach 58 Prozent der befragten Israelis der Auffassung sind, der Streit über das iranische Atomprogramm solle diplomatisch gelöst werden. Lediglich 36 Prozent plädieren dafür, die Reaktoren durch einen Militärschlag zu zerstören.

Petras kommt zu dem Schluss, dass Israel und seine Lobby ihre Anstrengungen verstärken, eine wirtschaftliche und militärische Konfrontation der USA mit dem Iran zu provozieren. Jedoch seien bei maßgeblichen Personen in Washington durchaus Differenzen deutlich. Auf der Seite der israelischen Kriegspolitik stünden praktisch alle großen und die einflussreichsten jüdischen Organisationen, die pro-israelischen Lobby-Gruppen, ihre politischen Aktionsausschüsse („PACs“), die Mehrheit der alimentierten Kongressabgeordneten und der führenden Politiker der Bundesstaaten. Gegen den Krieg aber seien Teile der Verant-

wortlichen im Verteidigungsministerium, im Außenministerium, eine Minderheit von Kongressabgeordneten, eine Mehrheit in der öffentlichen Meinung, eine Minderheit amerikanischer Juden und die Mehrheit aktiver und pensionierter Offiziere, die im Irak gedient haben oder noch dienen. Die größte jüdische Organisation in den USA, die Konferenz der Vorsitzenden der Größten Organisationen amerikanischer Juden (CPMAJO), habe sich hinter das israelische Staatsziel gestellt, wie sie es stets getan habe.

Iran als Gefahr für Israels Dominanz?

Die USA auf dem Wege über Wirtschaftssanktionen und einen militärischen Angriff zur Konfrontation mit dem Iran zu drängen, hatte laut Petras für Israel und seine Unterstützer in den USA seit mehr als einem Jahrzehnt höchste Priorität. Dahinter stehe die Befürchtung, dass die Islamische Republik eine schwere Bedrohung für die Dominanz im Nahen Osten mit sich bringe. Daher richte sich die Kriegspropaganda gegen eine Verständigung („Appeasement“) mit dem Iran.

Wie aber ist die Macht der israelischen Lobby zu erklären? Der Autor sagt: durch ihren Einfluss auf Kongress, Massenmedien, Geldinstitute, Fondsgesellschaften und Organisationen fundamentalistischer Christen. Petras verweist auf die beeindruckenden Erfolgsberichte des AIPAC, wonach es etwa – Bilanz eines Jahres – „den Kongress dazu gebracht hat, 100 pro-israelische Gesetzesinitiativen zu verabschieden, 3 Milliarden Dollar Direkthilfe und weitere 10 Milliarden Dollar fest zugesagte Kredite, den Transfer der fortschrittlichsten Militärtechnologie an Israels milliarden schwere Waf-fenexportunternehmen erreicht hat, eine Mehrheit von 410 gegen 1 im Abgeordnetenhaus dafür zusammengebracht hat, dass die USA sich der Sicherheit Israels verschreiben – wie Israel sie definiert“.

Was wäre, wenn Teheran Atomwaffen bekäme?

Die Europäische Union wolle Teheran zu extrem einschränkenden Be-

dingungen bei der Nutzung der Kernenergie zwingen, die dem Atomwaffensperrvertrag, der Urananreicherung für friedliche Zwecke erlaubt, zuwiderlaufen. Teheran solle die Anreicherung in einem fremden Land, nämlich Russland, vornehmen lassen, was eine Verletzung seiner Souveränität bedeute und wozu kein anderes Land, das Atomenergie nutzt, veranlasst ist. So wolle Washington eine Ablehnung des Iran provozieren. Doch gebe es keine Beweise, dass Ahmadinedschad Kernwaffen produzieren wolle. Dabei wäre es, meint Prof. Petras, in der Tat völlig logisch, wenn der Iran Atomwaffen beschaffen wolle – „angesichts der himmelschreienden Bedrohung, der er sich durch andere Mächte gegenüber sieht, die entschlossen sind, den Nahen Osten umzubilden“.

Das Scheitern von Sanktionen gegen den Iran sei vorprogrammiert. Zwar seien die größten europäischen Banken gezwungen worden, ihre Betätigungen im Iran zu drosseln. Doch die Sanktionen würden nicht zum Erfolg führen, weil Öl knapp und wichtig bleibe.

Petras bezweifelt, dass der US-Druck auf Russland und China, im Sicherheitsrat für scharfe Sanktionen zu stimmen oder sich zu enthalten, Erfolg haben wird, da es zwischen dem Iran und diesen beiden Ländern wichtige Öl-, Waffen-, sowie Atomgeschäfte und Handelsabkommen in der Größenordnung von vielen Milliarden Dollar gibt. Doch inzwischen scheint die Führung in Moskau ihren Widerstand aufzugeben und auch bei Peking gilt es nicht mehr als sicher, dass es die Nachteile in Kauf nimmt, die nach einem chinesischen Veto im Sicherheitsrat zu gewärtigen sind.

Müssen Millionen den Strahlentod sterben?

Nach einem Scheitern im Sicherheitsrat würden die USA und Israel wahrscheinlich auf einen militärischen Angriff zusteuern, der aller Voraussicht nach zu einem gigantischen Verlust an Menschenleben führen werde.

Die als „Robust Nuclear Earth Penetrator“ (RNEP) bezeichnete bunkerbrechende Atomwaffe, die in den

Laboren der US-Luftwaffe entwickelt wurde, ist bislang nicht gebaut worden. Die im Mai 2005 von der „Union besorgter Wissenschaftler“ vorgelegte Simulation, wie sich ein Einsatz von RNEP gegen die (1975 mit französischer Hilfe errichtete) Nuklearanlage im zentraliranischen Isfahan auswirken würde, verdeutlicht jedoch, was der Einsatz von Atomwaffen für die Region bedeuten könnte: Durch den nuklearen Bunkerbrecher, so die Studie, würden innerhalb von zwei Wochen nach der Explosion drei Millionen Menschen durch Strahlen sterben und 35 Millionen Menschen in Afghanistan, Pakistan und Indien wären erhöhter krebserregender Strahlung ausgesetzt.

Was aber wird der Iran unternehmen, der ja ein Mehrfaches der militärischen Mittel des Irak besitzt und über hoch motivierte und ergebene Streitkräfte verfügt? Militärstützpunkte, Truppen und Sympathisanten der USA würden wohl das Ziel erbitterter Angriffe werden, die Opferzahlen des US-Militärs sich vervielfachen. Petras sieht voraus, dass es über den Irak hinaus große militärische und zivile Aufstände in Ägypten, Saudi-Arabien, im Libanon, in Jordanien, in Palästina und Pakistan geben werde. Auch Terrorakte in Westeuropa, Nordamerika, Australien und gegen US-Firmen auf der ganzen Welt seien zu erwarten.

USA handeln gegen ihre eigenen Interessen

Der weltweit beachtete Soziologe Petras zeichnet die furchtbare Gefahr eines Überfalls auf den Iran nach:

„Das erste Ziel der Millionen gegen die israelische Aggression protestierenden Muslime wären die arabischen Regime, die Israel am nächsten stehen.“

Ein israelischer Angriff wäre ein Pyrrhussieg. Ein vorherzusehender politischer Flächenbrand könne die Regierenden vieler arabischer prowestlicher Systeme aus ihren Ämtern treiben. Wenn die USA den Angriff führen wollten, würden große Ölquellen brennen, US-Truppen im Irak würden eingekesselt. Petras:

„Ein Angriff auf den Iran wäre kein sauber ausgeführter chirurgischer Schlag – es wäre eine klaffende Wunde mit entstehendem Wundbrand.“

Petras kommt zu dem Ergebnis, dass die USA im Nahen Osten gegen ihre eigenen imperialen Interessen handeln. Als Abwehr diene der Vorwurf des Antisemitismus. Doch nehme eine klare Mehrheit der Europäer Israel als die größte Bedrohung für den Weltfrieden wahr. Die Israel-Lobby sei zu einer Bedrohung unserer Freiheit und Selbstbestimmung geworden. Die Meinungsfreiheit und offene Debatte über die wichtigsten Fragen des amerikanischen Wohles müsse wieder hergestellt werden. Prof. Petras wendet sich auch gegen die für Israel nützliche Polarisierung zwischen Christen und Moslems durch den „Kampf der Kulturen“.

Ist Rassismuskritik antisemitisch?

Israels Macht, meint Petras, manifestiere sich in „den zahlreichen jährlichen Pilgerfahrten“, die einflussreiche US-Politiker Jahr für Jahr nach Israel unternehmen, um dem jüdischen Staat ihre Loyalität zu be-

Fortsetzung auf Seite 4



Professor James Petras: Der führende linke „Anti-Imperialist“ lehrte Soziologie an der Binghampton Universität, New York.

Quelle: Réseau Voltaire

„Bomben auf Teheran“

Fortsetzung von Seite 3

kunden. Obwohl Washington damit die internationale Glaubwürdigkeit opfere und sein Verhältnis zu 150 anderen Ländern absichtlich gestört werde, bezeichne Washington Kritik an israelischem Rassismus als „Antisemitismus“.

Prof. Petras klagt an:
„Israel missachtet die weltweite öffentliche Meinung und verweigert internationalen humanitären Organisationen, die Ergebnisse der Zerstörung von Städten und Flüchtlingslagern in den besetzten Gebieten zu untersuchen.“

Vier Hauptquellen finanzieller, ideologischer und politischer Unterstützung israelischer Aggression werden vorgestellt. Als erstes wohlhabende jüdische Geldgeber, als zweites die US-Regierung mitsamt Kongress und Präsident, als drittes die Massenmedien, besonders die „New York Times“, Hollywood und die großen Fernsehanstalten und als viertes Gewerkschaftsbosse und Chefs von Fondsgesellschaften. Laut Prof. Petras finanzieren die US-Steuerzahler die israelische Kriegsmaschine seit 35 Jahren mit jährlich drei Milliarden Dollar direkter Zuwendung, was bisher über 100 Milliar-



„Für Rachel Corrie“: Petras widmet sein Buch „Herr oder Knecht?“ der 23-jährigen US-Studentin, die 2003 im Gazastreifen beim Versuch, die Zerstörung eines palästinensischen Hauses aufzuhalten, von einem Bulldozer der israelischen Armee überfahren wurde und starb.

den Dollar ausmacht. Einfache Gewerkschaftsmitglieder würden staunen, wenn sie erfahren, dass ihre Renten-Fonds in israelischen Krediten angelegt werden mit unter-

durchschnittlicher Verzinsung und hohem Risiko.

Das Werk von Petras wartet mit vielen Fakten auf. Seine hier referierten Schlussfolgerungen sind jedoch vielfach umstritten. Sie unterscheiden sich nicht zuletzt von denen Noam Chomskys, der Israel lediglich als „ein Werkzeug“ beim Aufbau des US-Imperiums betrachtet.

Weiterführende Literatur:
William Blum: **Schurkenstaat** / Leitfaden zum Verständnis der einzigen noch verbliebenen Supermacht der Welt
Adam Winnicki: **Wer regiert die USA?** / Die Drahtzieher der Globalisierung
Andrea Ricci: **Gaza** / Die Kriegsverbrechen Israels
David Korn: **Das Netz** / Israels Lobby in Deutschland

Mit jedem Abonnement und Geschenk-Abonnement stärken Sie die Stimme der National-Zeitung für Deutschlands Recht und Freiheit. Bitte benutzen Sie den Bestellschein auf der letzten Seite und wählen Sie aus den dort vermerkten Vorteilen für Neu-Abonnenten das Gewünschte.

Selektionen am Ben-Gurion-Flughafen

Menschenrechtler kritisieren Maßnahmen gegen Araber

Während in Bezug auf die Flughafensicherheit in Deutschland heftig über die Einführung von „Nacktskannern“ gestritten wird, sprechen Kritiker mit Blick auf Maßnahmen in Israel von einem „System ethnisch-rassistischer Kriterien“, wonach Reisende je nach Nationalität und Religion bei Kontrollen bevorzugt oder benachteiligt werden.

Nicht die „richtige“ Herkunft ...

Hat das Wohl jüdischer Passagiere einen höheren Stellenwert als die Menschenwürde aller Fluggäste? Diese Frage stellt sich angesichts der selektiven Sicherheitskontrollen insbesondere auf dem internationalen Flughafen Ben Gurion bei Tel Aviv. Dort wird das so genannte Profiling, die systematische Durchsuchung bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen, schon seit Jahren praktiziert. Menschenrechtler kritisieren, dass vor allem arabische Flugreisende vielfach regelrechte Demütigungen erleiden müssten und Arabern aus den Palästinensergebieten der Zutritt verboten sei. Nichtjuden geraten im Zuge der Ungleichbehandlung schnell ins Visier, vor allem, wenn sie Bürger muslimischer Länder sind und deshalb nicht die „richtige“ Herkunft haben.

„Ein junger Araber steht den Sicherheitsleuten in Tel Aviv nicht mit gleichem Anspruch auf zuvorkommende Behandlung gegenüber wie die jüdische Großmutter, die zum fünften Mal die Enkel in den USA besuchen will“, schreibt die „Jüdische Zeitung“ und ergänzt: „Ein lediger deutscher Student, in dessen Pass sich Stempel aus dem Jemen oder Libanon sammeln, gilt als verdächtiger als der britische Ehemann einer israelischen Geschäftsfrau...“ Eingeräumt wird dabei, dass etwa europäische Rechtsexperten und insbesondere Bürgerrechtler „erhebliche Bedenken gegen diese teilweise nach ethnisch-rassistischen Kriterien erfolgte Auswahl“ von Perso-

nen an den Sicherheitsschleusen des Flughafens hätten. Auch nicht ansatzweise orientiert sich Israel etwa im Sinne dessen, was mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das im August 2006 in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten ist, zum Ausdruck kommt und wonach niemand u. a. „wegen seiner Rasse oder ethnischen Herkunft, seiner Religion oder Weltanschauung“ benachteiligt werden darf.

Beschämende Behandlung

Während Amerikaner und Europäer glaubten, mit Nacktskannern, Kofferkontrollen und Metalldetektoren könne die Sicherheit in Flugzeugen garantiert werden, setzten die Israelis auf ihr speziell „ausgefeiltes System“, heißt es in einer Reportage. Zur beabsichtigten Ungleichbehandlung der Passagiere gehöre auch „Druck durch Psychologie“. Ohne Scham würden beispielsweise jüngere, allein reisende Männer und besonders Araber oder Reisende mit Stempeln arabischer Länder im Pass extra peinlicher Leibesvisitationen unterzogen nach dem Motto „Nicht jeder Moslem ist ein Terrorist, aber jeder Terrorist ist ein Moslem“. Eine arabische Frau mit israelischer Staatsangehörigkeit und Mutter zweier Kinder berichtet über die ihr zuteil gewordene Prozedur: „Die Sicherheitsbeamten stellten den arabischen Ursprung unseres Namens fest und wiesen uns an, aus der Warteschlange der abzufertigenden Passagiere zu treten. So seien die Vorschriften. Als sie sogar im Brei des Babys suchten, wollte ich das filmen, was mir aber verboten wurde.“ Wären sie Palästinenser aus den Autonomiegebieten, hätten sie den Flughafen noch nicht einmal betreten dürfen.

1,5 Millionen der 7,4 Millionen Israelis sind Araber. Etwa 90 Prozent der arabischen Israelis sind Moslems. Im Gegensatz zu Palästinensern dürfen sich israelische Araber zwar frei bewegen und auch den

Flughafen Ben Gurion benutzen. Doch nicht nur penetrante Befragungen wecken in vielen Nichtjuden ein „Gefühl der Erniedrigung“, wie berichtet wird. Nach bohrender Befragung werde das Gepäck durchleuchtet, wobei Araber und allein reisende Frauen in der Regel auch zum Öffnen der Koffer aufgefordert würden. „Mit Spezialapparaten suchen die Kontrolleure nach Sprengstoffspuren. Halbflüssige Reise-Mitbringsel wie Olivenöl, Honig und Marmelade untersuchen sie besonders genau und ausdauernd. Von der Ankunft am Flughafen bis zum Check-In können Stunden vergehen.“ Minutenschnell kämen in der Regel dagegen jüdische Israelis durch die Prozedur.

Das von den Behörden praktizierte „Profiling“ wird zum Beispiel auch von der „Vereinigung für Bürgerrechte in Israel“ (Acri) als gesetzwidrig beurteilt. Dazu wird mitgeteilt: „Um gleiche Sicherheitskontrollen für alle Israelis festzulegen, Juden wie Araber, gingen Acri und das Adalah Zentrum für Minderheitenrechte von Arabern in Israel schon 2007 gemeinsam vor das Oberste Gericht des Landes. Die Klage richtete sich gegen die Flughafenbehörde Reshet, den Inlandsgeheimdienst Shabak und das Verkehrsministerium.“ Seit die Klage eingereicht wurde, gebe es zwar am Flughafen Ben Gurion „leichte Verbesserungen“, jedoch würden arabische Passagiere nach wie vor aus der Warteschlange geholt und in speziellen abgeschlossenen Räumen bzw. Nebenzimmern „peinlichst durchsucht, ebenso wie ihre Koffer und die Daten ihres Laptops“ – was bei jüdischen Israelis fast nie vorkomme.

Als „Fortschritt“ bewerten Bürgerrechtler, dass die Aufkleber-Kennzeichnung mit unterschiedlichen Farben, nämlich gelb für Araber, rosa für Juden, inzwischen abgeschafft wurde. Jedoch verrate ein Etikett mit Zahlencode nach wie vor die ethnische Zugehörigkeit der Flugreisenden.

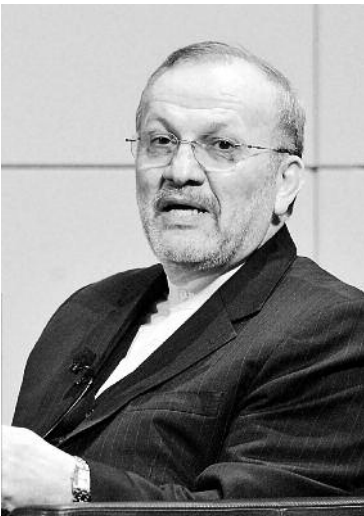
Hans Weidenbach

Feindbild Iran?

Zur neuen Anti-Teheran-Offensive

Die USA drohen Teheran immer unverblümt. US-Präsident Obama hat erneut einen „bedeutenden Umfang von Sanktionen“ gegen den Iran angekündigt und betonte, dass dies „nur ein Aspekt“ sei, mit dem man dem „Schurkenstaat“ beikommen wolle. Iranische Sprecher wiesen darauf hin, dass Obama die westliche Haltung gegenüber Teheran nicht verändert habe. Ziel sei es nach wie vor, Iran zu drangsalieren. Dass der Westen eine Lieferung von Uran zur medizinischen Verwendung blockiert, sei dabei besonders verwerflich.

Vorgeschobene Begründung für die Verschärfung der amerikanischen Drohungen sind Ankündigungen Irans, mit Vorbereitungen für die Aufarbeitung von 3,5-prozentigem Uran auf einen Anreicherungsgrad von 20 Prozent zu beginnen. Dass Iran dabei die friedliche Nutzungsabsicht immer wieder betont, stößt im Westen auf taube Ohren. Nebenbei: Waffenfähiges Uran müsste einen Anreicherungsgrad von über 90 Prozent aufweisen.



Gesicht des Bösen? – Irans Außenminister Mottaki auf der Münchner Sicherheitskonferenz vorvergangene Woche. Er sagt, US-Amerika versuche „uns zu drangsalieren“.

kann man das wahrlich nicht behaupten. Und von den USA schon gar nicht.

Herren der Welt?

Warum sollte der Iran keinen völkerrechtlich legitimierten Anspruch auf friedliche Nutzung der Kernenergie haben? Staatschef Ahmadinedschad hat es vor einiger Zeit ganz lapidar ausgedrückt: „Unsere Logik ist ganz klar. Gleiches Recht für alle.“ Ahmadinedschad im gleichen Zusammenhang mit Blick auf die Machtverhältnisse innerhalb der Vereinten Nationen: „Die Zusammensetzung des Sicherheitsrats und das Vetorecht der Fünf sind Folgen des Zweiten Weltkriegs, und der ist schon über 60 Jahre vorbei. Müssen die Siegermächte auf alle Ewigkeit die Völker beherrschen, müssen sie die Weltregierung bilden? (...) Wir akzeptieren nicht, dass sich einige wenige Länder als Herren der Welt verstehen.“

Deutsche Interessen sind jedenfalls in keiner Weise berührt im „Konflikt“ mit dem Iran. Den USA geht es hier einmal mehr um handfeste Weltherrschaftsansprüche. Iran hat schließlich neun sensible Außengrenzen. Nachbarstaaten sind Irak, Pakistan, Afghanistan, Turkmenien, Aserbaidschan, Armenien und die Türkei. Irans südwestliche Küste liegt am Persischen Golf, der wichtigsten Wasserstraße zum Transport von Öl. Im Norden grenzt das Land an die Küste des rohstoffreichen Kaspischen Meeres. Und: Ein potenzieller Iran-Bündnispartner der Zukunft wäre China. Dazu kämen Russland und Indien. Solcherlei Verbindungen schmecken den USA ganz und gar nicht.

Martin Winkler

Weiterführend:
Winnicki: **Wer regiert die USA?**
Korn: **Wem dient Merkel wirklich?**



WER REGIERT DIE USA?
Die Drahtzieher der Globalisierung
ADAM WINNICKI

Neu im FZ-Verlag:
WER REGIERT DIE USA?
12,90 € | 144 Seiten | bebildert | Best. Nr.: 4962

Wie frei kann Obama handeln?
Wer entscheidet wirklich?

Der wahre Einfluss von Israel-Lobby, Super-Reichen und Globalisierern

Deutscher Buchdienst • 81204 München • ☎ 089/89608521
Fax: 089/8341534 • www.deutscher-buchdienst.de

Die Ukraine und wir

Der gescheiterte Versuch des Westens, Kiew zum antirussischen Vorposten zu machen

Seit dem am 14. Februar 2010 offiziell bestätigten Wahlsieg von Viktor Janukowitsch von der pro-russischen Partei der Regionen bei der Präsidentschaftswahl in der Ukraine macht sich im Westen Ernüchterung breit. Und der deutsche Standpunkt?

Zwar gratulieren die westlichen Staatschefs, dem diplomatischen Protokoll gehorchend, dem Wahlsieger und bringen ihre Hoffnung auf „enge Zusammenarbeit“ zum Ausdruck, doch in Wahrheit herrscht in den westlichen Regierungszentralen Katzenjammer und Katerstimmung.

NATO-Beitritt steht nicht mehr zur Debatte

Zu sicher glaubte man die Beute schon im Sack zu haben. Denn nach der „oranen Revolution“ von 2004, als der heutige Wahlsieger Janukowitsch bereits einmal bei einer Präsidentschaftswahl angetreten war und diese gewonnen zu haben schien, dann aber massive Wahlfälschung einräumen musste und vom Druck der Straße hinweggefegt wurde, schien die Ukraine dem Westen wie eine reife Frucht in den Schoß zu fallen. In der Tat drängte die ukrainische Regierung mit allem Nachdruck auf den Beitritt ihres Landes zur EU, wollte sich durch einen Beitritt zur NATO unter den militärischen Schutz der USA stellen, versprach umfassende Rechts- und Wirtschaftsreformen und verlangte den baldigen Abzug der russischen Schwarzmeerflotte von der Halbinsel Krim. Ohne jede Rücksicht auf russische Befindlichkeiten war die unbedingte Annä-

Bandera „Held der Ukraine“

Protest aus Warschau

Stepan Bandera (1909–1959) wurde am 22. Januar 2010 trotz polnischer Proteste vom ukrainischen Präsidenten Juschtschenko zum „Helden der Ukraine“ erklärt. Der ukrainische Unabhängigkeitskämpfer war 1939 von der vorrückenden Wehrmacht aus polnischer Haft befreit worden. Er ging nun auf die Ostseite der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie und bekämpfte dort die Rote Armee.

1941 rief Bandera nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges einen unabhängigen ukrainischen Staat aus. Er wurde daraufhin von der Gestapo festgenommen und in Sachsenhausen inhaftiert. 1944 entließ man ihn.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte Bandera seinen Kampf von München aus fort, bis er 1959 von Bogdan Staschinski im Auftrag des sowjetischen Geheimdienst KGB mit Blausäure vor seiner Wohnung ermordet wurde.

Staschinski wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Der BGH bestätigte 1962 die Verurteilung Staschinskis zu nur acht Jahren, da er lediglich Gehilfe gewesen sei. Täter sei, „wer die Tat als eigene will“ – und das war hier KGB-Chef Alexander Schelepin.

Polens Präsident Lech Kaczynski



Viktor Janukowitsch (Mitte): Jetzt wird er ukrainischer Staatspräsident und löst den westlich orientierten Viktor Juschtschenko ab. 2006/2007 war Janukowitsch bereits Ministerpräsident. Das Bild zeigt ihn bei einer Pressekonferenz des EU-Ukraine-Kooperationsrates im Juni 2007 mit den damaligen Außenministern der Ukraine und Deutschlands.

herung an den Westen das Leitmotiv der ukrainischen Außenpolitik der letzten fünf Jahre.

Umso größer ist jetzt der Schock über den Wahlsieg des engen Putin-Freundes Janukowitsch. Und dessen erste Verlautbarungen nach der offiziellen Bestätigung des Wahlergebnisses werden kaum dazu angetan sein, die Befürchtungen des Westens vor einer Wiedereingliederung der Ukraine in den russischen Macht- und Einflussbereich zu zerstreuen: Die Beziehungen zu Russland hätten Priorität, ein Beitritt zur NATO stehe überhaupt nicht zur Debatte, Russisch soll als zweite offizielle Landessprache anerkannt werden, ein dauerhafter Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim sei durchaus vorstellbar.

Wie konnte es zu dieser Kehrtwende kommen? Drei Gründe sind maßgeblich: Erstens führte der erbitterte Dauerstreit zwischen dem bisherigen Präsidenten Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, den einstigen Hoffnungsträgern der „oranen Revolution“ von 2004, und die damit verbundene politische Lähmung zu einer massiven Enttäuschung der Bevölkerung,

die vergeblich auf durchgreifende Reformen wartete. Zweitens wurde das Land von der weltweiten Finanzkrise besonders hart getroffen. Die Wirtschaftsleistung sank innerhalb eines Jahres um rund 20 Prozent, die Landeswährung, die Hrywnja, verlor im selben Zeitraum etwa die Hälfte ihres Außenwertes.

EU-Mogelpackung „östliche Partnerschaft“

Der dritte Hauptgrund für den politischen Umschwung in der Ukraine liegt im Verhalten des Westens, insbesondere der EU begründet. Während die Ukraine fast schon flehentlich um Aufnahme in die EU bat, tat Brüssel alles, um die Ukraine mit leeren Phrasen abzuspeisen. Und nicht nur das: Hinter vollmundigen Begriffen wie „östliche Partnerschaft“ und „Assoziierungsabkommen“ verbarg sich alles andere als echte Partnerschaft oder gar selbstlose Hilfe für ein notleidendes Nachbarland, sondern knallharte Interessenpolitik zum einseitigen Vorteil der EU.

Die „östliche Partnerschaft“ war am 7. Mai 2009 von der EU mit den folgenden sechs Staaten vereinbart worden: die Ukraine, Weißrussland, die Republik Moldau, Georgien, Aserbaidschan und Armenien. Offiziell handelt es sich dabei um die Intensivierung der Beziehungen in Sachen Wirtschaft und Handel, Energiesicherheit, Inneres und Justiz, Wissenschaft und Kultur. Doch in Wahrheit geht es vor allem um die Angleichung der Rechtsvorschriften dieser Staaten an die EU-Rechtsnormen und die „allmähliche Integration in die EU-Wirtschaft“. Das heißt nichts anderes, als dass die EU diese Staaten als neue, schrankenlose Absatzmärkte gewinnen will, ohne aber irgendeine nennenswerte Gegenleistung für die Öffnung der Märkte zu geben. Insbesondere ist mit der „östlichen Partnerschaft“ keine Aussicht auf einen späteren EU-Beitritt verbunden. Während die neuen EU-Mitgliedstaaten im Osten wie Polen, Ungarn oder Tschechien als Ausgleich für die Überschwemmung ihrer Märkte mit EU-Waren (was vielfach zur Verdrängung der einheimischen Waren und Zerschlagung traditioneller Wirtschaftsstrukturen geführt hat) Zugang zu den milliardenschweren EU-Hilfs- und Förderprogrammen erhalten haben, werden die Staaten der „östlichen Partnerschaft“ mit schönen Worten abgespeist. Zugleich fördert die EU durch die „östliche Partnerschaft“ den Aufbau eines Freihandelsnetzes und einer eigenen Wirtschaftsgemeinschaft der beteiligten Staaten untereinander.

Außerdem wird die Schaffung ei-

ner „multilateralen Dimension“ angestrebt, damit die Partner „bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zusammenwirken“ können. Damit sollen diese Staaten sowohl wirtschaftlich als auch politisch aus ihrem bisherigen Beziehungsgeflecht mit Russland weitestgehend herausgelöst und zu Satellitenstaaten des Westens umfunktioni-ert werden.

Entsprechend irritiert zeigte sich Moskau. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte dazu, man sei nicht gegen bessere Beziehungen der EU zu östlichen Staaten. Russland beharre aber darauf, besondere Beziehungen zu vielen östlichen Staaten zu unterhalten: „Wir können Länder, mit denen wir Hunderte und Aberhunderte von Jahren gemeinsamer Geschichte haben, nicht als unwichtig für uns betrachten. Die Verbindungen zwischen uns sind so zahlreich, dass man sie unmöglich ignorieren kann.“

Das geplante „Assoziierungsabkommen“

In die gleiche Richtung wie die „östliche Partnerschaft“, nur noch ein Stück weiter, geht das geplante Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, das derzeit ausgehandelt wird. Der Begriff „Assoziierungsabkommen“ ist eigentlich eine Augenauswischerei, denn im Gegensatz zu den früheren Assoziierungsabkommen mit den neuen östlichen und südlichen Mitgliedstaaten der EU ist eine Beitrittsperspektive darin gerade nicht vorgesehen. Mehrere Staaten, allen voran Polen, Tschechien, die baltischen Staaten, aber auch Großbritannien und Schweden, hatten sich im Vorfeld für eine solche Beitrittsperspektive der Ukraine ausgesprochen. Vor allem Deutschland und die Benelux-Staaten haben das verhindert. „Annäherung ohne Beitritt“ ist die Formel, die u.a. Bundeskanzlerin Merkel ver-

wendet – ein Standpunkt, den man bei ihr in Sachen Türkei vermisst.

Die Ukraine als willfähriger Vorposten der EU, der seine Märkte ohne Rücksicht auf die einheimische Wirtschaft für die europäischen Waren öffnet und politisch zum Dunstkreis des Westens gehört, ohne aber etwas mitbestimmen zu können? Wen wundert es da, dass die ukrainische Bevölkerung sich enttäuscht von der „pro-westlichen“ Regierung abgewendet hat!

Es ist sicherlich richtig, dass die EU in ihrer jetzigen Form die Ukraine nicht als weiteren Staat aufnehmen kann. Beitritts-hilfen, das gewaltige Umverteilungssystem und die Freizügigkeit würden den Rahmen sprengen. Erst wenn die EU all das bleiben ließe, könnte sie eine wahrhafte europäische Union werden, in der auch die Ukraine ihren Platz hat. In ihrer jetzigen Form ist die EU, wie das sich immer deutlicher abzeichnende Auseinanderbrechen der Euro-Zone zeigt, langfristig ohnehin nicht bestandsfähig. Nicht noch weitere Zentralisierung, wie jetzt als angeblicher Ausweg aus der Krise des Euro-Raums gefordert wird, sondern im Gegenteil die Rückübertragung von Kompetenzen an die Mitgliedstaaten ist der einzige Ausweg, um die EU zukunftsfähig zu machen.

Wann kommt ein echter europäischer Staatenverbund?

Vor allem darf nicht vergessen werden: Die Ukraine ist ein Land mit einer langen gemeinsamen Geschichte mit Russland. Immerhin 17,3% der Einwohner der Ukraine sind Russen, selbst wenn die Menschen mit gemischter ukrainisch-russischer Nationalität nur als Ukrainer gezählt werden. Drei von vier Ukrainern beherrschen Russisch. Im Osten und Süden des Landes dominiert die russische Sprache als Muttersprache bis heute.

Jeder Versuch des Westens, die Ukraine von Russland abzuspalten, ihren Markt und ihre Bodenschätze auszubeuten und als Vorposten des Westens gegen Russland in Stellung zu bringen, ist zum Scheitern verurteilt. Wenn Deutschland den außerordentlich großen Sympathien, die unser Land und die Deutschen in der Ukraine genießen, gerecht werden soll, darf es sich daran nicht beteiligen.

Für die Ukraine gibt es vernünftigerweise kein „entweder Russland oder der Westen“. Die Ukraine kann stattdessen zu einem echten Mittler und Stabilitätsanker in Europa werden. Und wenn es dereinst zu einem europäischen Staatenverbund kommt, der die Rechte und Wünsche der ihm angehörenden Völker achtet, muss die Tür für die Ukraine wie auch für Russland offenstehen!

Dr. Petersen

Antwort an Warschau

Was Polens Regierung verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt

19,90 € | 240 Seiten | Best. Nr.: 4908

Geht es nach der Regierung in Warschau, gibt es immer einen Grund zu sterben: Für ein polnisches Danzig. Für die Oder-Neiße-Grenze. Zur Abwechslung auch mal für die „Quadratwurzel“, ein Polen privilegierendes Abstimmungsverfahren in der EU. Ähnlich entgegenkommend zeigt sich Polen, wenn es um die Rückgabe deutschen Kulturguts geht. „Wir haben den Deutschen nichts gestohlen“, lautet die dreiste Sprachregelung. Stets führt Warschau dabei die Geschichte ins Feld. Doch ist es bestenfalls die halbe Wahrheit.

Deutscher Buchdienst • 81238 München • ☎ 089/89608521
Fax 089/8341534 • info@deutscher-buchdienst.de

Schwere Krise in der Eurozone

Zahlt Deutschland die Zeche?

Griechenlands Krise und die Gefahr, die daraus für die Stabilität des Euros erwächst, hat das Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 11. Februar in Brüssel beherrscht. Eine Lösung wird gesucht, die nicht nur die Griechen rettet, sondern auch verhindert, dass sich das Desaster auf andere Euroländer mit gravierenden Schuldenproblemen ausdehnt. Britische Zeitungen fassen diese Länder unter der Bezeichnung „PIIGS“ zusammen, nämlich Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien.

Aber was der neue ständige EU-Vertreter, der Belgier Herman Van Rompuy, nach dem Treffen den Medien zu berichten hatte, war kein konkreter Rettungsplan, sondern lediglich „politische Unterstützung“, verbunden mit der Aufforderung an Griechenland, seinen vorgelegten

Bereitschaft der Allgemeinheit, Steuern zu zahlen.

Von den „Menschen auf der Straße“ berichten schwedische Medienvertreter auf Fragen nach den persönlichen Auswirkungen der Krise auf sie und nach den Schuldigen dafür: „Viele weisen dabei auf die starke Zuwanderung und Flüchtlingsströme nach Griechenland hin. Man meint, man habe eine Million Immigranten bekommen, die ebenfalls nach Arbeitsplätzen und Ausbildung nachfragen. Einige sind sehr wütend darüber.“ Was die Frage nach den Schuldigen für die Krise anbelangt, „meinen fast alle Befragten, dass nicht sie Fehler gemacht hätten, sondern die Politiker, die Banken und die Berater der Politiker. Diese hätten sie in den Schlamm hineingezogen“.

„Deshalb bezweifeln sie auch, dass sie dieselben Leute wieder aus der

In Deutschland tun die maßgebenden Politiker und die „angepassten Medien“ (Scholl-Latour) wieder einmal so, als gäbe es zu ihrer Politik rigider Sparkurse zu Lasten der Arbeitnehmer und Rentner zur Sanierung von defizitären öffentlichen Haushalten keine Alternative. Mit einer Ausnahme: Ausgerechnet die neo-liberale „Welt“ stellt in ihrer Netzausgabe zutreffend fest: „Radikales Sparen führt zum politischen Tod“ und empfiehlt Griechenland stattdessen: „Zurück zur Drachme!“

Die beste Lösung

Der erste Schritt dazu wäre natürlich der Austritt aus der Währungsunion. Doch mit der nationalen Währung könnte das Land dann wieder abwerten und so seine internationale Preiswettbewerbsfähigkeit auf einen



quer gedacht

VON BRUNO WETZEL

Auch nach dem Urteil: Hartz IV muss weg!

Wieder einmal fiel das Bundesverfassungsgericht den Herrschenden in Deutschland in den Arm und kippte eine verfassungswidrige Regelung. Wieder einmal mussten betroffene Bürger, diesmal waren es drei kinderreiche Familien, dafür erst einen langwierigen Rechtsstreit bis hinauf nach Karlsruhe führen. Und wieder einmal weigerte sich die Bundesregierung, ihre absehbare Niederlage abzuwenden und sich – ohne das Machtwort der Verfassungsrichter abzuwarten – zu korrigieren. Man spielte lieber auf Zeit in der vagen Hoffnung, mit dem Verfassungsbruch durchzukommen. Doch das oberste deutsche Gericht stufte die geltenden Hartz-IV-Regelsätze als klar grundgesetzwidrig ein.

Die „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (bekannt als „Hartz IV“) sieht derzeit für einen Alleinstehenden als Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts 359 Euro monatlich vor. Derzeit leben auch 1,7 Millionen Kinder von Hartz IV. Ausgehend vom Regelsatz erhalten sie gestaffelte Zahlungen, und zwar unter sechs Jahren 60 Prozent (215 Euro), unter 14 Jahren 70 Prozent (251 Euro) und darüber 80 Prozent (287 Euro). Das Kindergeld wird damit verrechnet. Die willkürliche Pauschalierung ist realitätsfremd. Kinder brauchen eher mehr Geld als Erwachsene. Sie wachsen, brauchen laufend neue Kleidung und Schuhe. In der Pubertät entwickeln sie Heißhunger. Hinzu kommen Aufwendungen für die Schule.

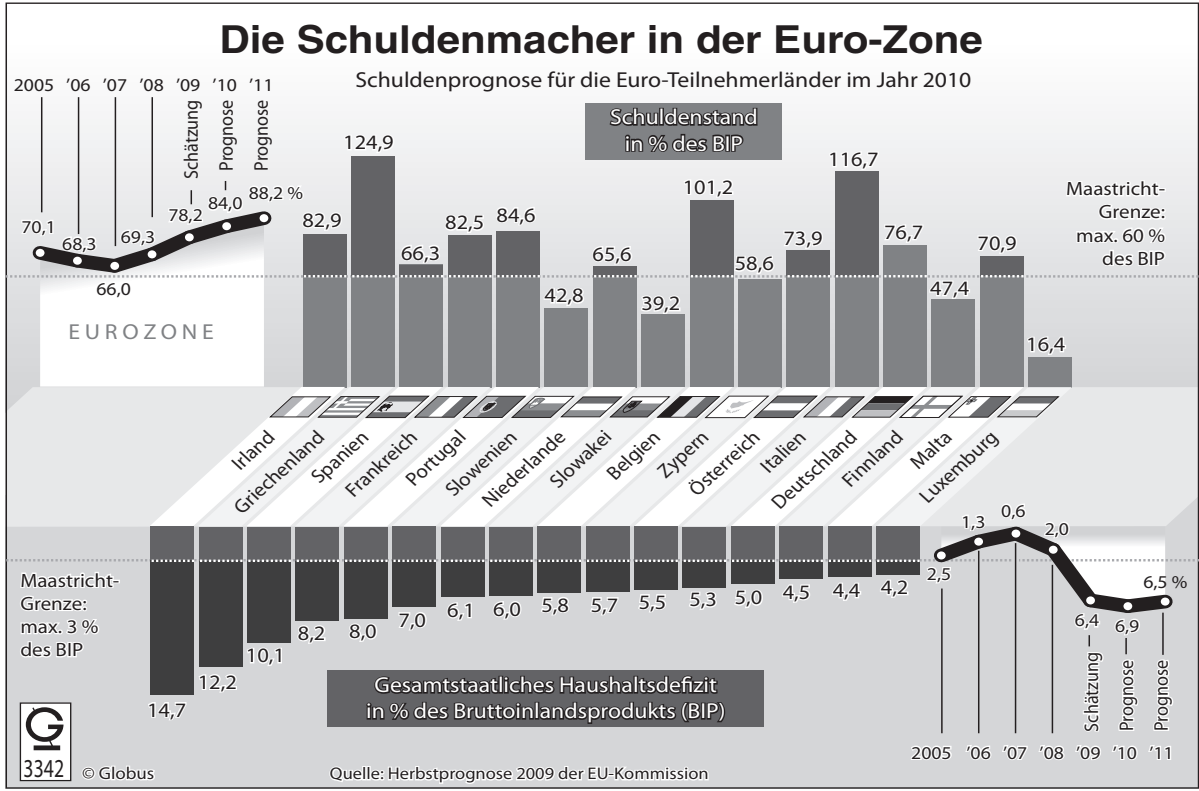
Die Karlsruher Richter haben nun die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Regelleistungen für Erwachsene und Kinder bis zum 31.12.2010 auf der Basis realistischer Berechnungen neu festzulegen. Die bisherigen Leistungen würden „nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG erfüllen“. Zur Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Leistungsanspruchs habe der Gesetzgeber „alle existenznotwendigen Aufwendungen folgerichtig in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf, also realitätsgerecht, zu bemessen“.

In der Bundesregierung ist nun das Gejammer groß. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie leerer öffentlicher Kassen dürfe es zu keiner Mehrbelastung des Haushalts kommen, heißt es. Schon wird überlegt, wie man die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unterlaufen kann, nachdem dieses dem Gesetzgeber einen Gestaltungsspielraum bei der exakten Bezifferung des Anspruchs zubilligte. Um eine Nachvollziehbarkeit des Umfangs der gesetzlichen Hilfeleistungen sowie deren gerichtliche Kontrolle zu gewährleisten, müssten aber die Festsetzungen der Leistungen auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren tragfähig zu rechtfertigen sein.

Im Übrigen gehört die gesamte Hartz-IV-Regelung abgeschafft. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, dass sich das Arbeitslosengeld II nicht mehr wie die frühere Arbeitslosenhilfe nach der Höhe des früheren Lohnes richtet. Das heißt, auch jene, die zum Teil über Jahrzehnte gut verdient und entsprechend hohe Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entrichtet haben und vielfach unverschuldet ihren Arbeitsplatz verloren haben, werden nach relativ kurzer Zeit mit den dürftigen Sozialhilfesätzen abgespeist und geraten in Not und Armut.

Ganz anders das Leben von Peter Hartz, dem Erfinder des nach ihm benannten asozialen Unflats. Es kennzeichnet den Zustand der deutschen Politik, einen Mann von dessen moralischer Qualität mit der Ausarbeitung wichtiger Gesetze zu beauftragen. Der ehemalige VW-Personalvorstand musste seinen Posten räumen, nachdem herauskam, dass er Luxusreisen in ferne Länder mit Bordellbesuchen für sich, seine Mitarbeiter und Betriebsräte auf Kosten des Unternehmens organisiert hatte. Der Name Hartz ist seitdem nicht nur zum Synonym für die misslungene Arbeitsmarkt-Reform geworden, sondern steht auch für Korruption und Machtmissbrauch.

bruno.wetzel@national-zeitung.de



harten Sanierungsplan nun auch zügig umzusetzen. Der Plan sieht vor: Erhöhung des Pensionsalters (von 60 auf 63 Jahre), einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst sowie Steuererhöhungen mit dem Ziel, das Haushaltsdefizit (knapp 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes) noch in diesem Jahr um 4 Prozentpunkte zu drücken.

Erbitterter Widerstand

Derweil organisiert sich in Griechenland erbitterter Widerstand gegen den von der Regierung angekündigten rabiaten Sparkurs. „Gegen den arbeitnehmerfeindlichen Tsunami antworten wir mit Streik“, war auf Protestplakaten streikender Beschäftigter des öffentlichen Dienstes in Athen zu lesen. „Wir werden zeigen, dass sich eine breite europäische Gewerkschaftsbewegung gegen die globalen Marktkräfte stellt“, hat Giorgos Gavrilis, Vorstandsmitglied von Griechenlands größter Gewerkschaftsdachorganisation GSEE, der Netzausgabe des „Svenska Dagbladet (SvD)“ anvertraut. Der Streik am 11. Februar war die Generalprobe für einen auf den 24. Februar 2010 angesetzten Generalstreik, zu dem Gavrilis zwei Millionen Teilnehmer erwartet.

Costas Bakouris, Manager der Olympischen Spiele 2004 in Athen und jetzt Vorsitzender von „Transparency International“, sieht im Wesentlichen zwei Ursachen für die Krise seines Landes: Kreditfinanzierten Konsum und mangelnde Produktivität sowie Korruption unter Politikern. „Auch die Medien erfüllen ihre Aufgabe nicht“, meint er und beklagt, dass die Korrupten nicht bestraft werden. Das schade der Konkurrenzkraft des Landes ebenso wie seinen Staatsfinanzen und senke die

Krise führen können“, sondern setzen lieber auf die Hilfe durch die übrigen EU-Länder, „da diese befürchten, Griechenlands Krise könnte sich auf ganz Europa ausdehnen“.

Warum selbst sparen?

Mit der Einschätzung, dass finanzstarke EU-Staaten, allen voran Deutschland, am Ende für den kreditfinanzierten Konsum und die griechische Korruption zahlen werden, liegen die Griechen wohl nicht falsch. Aus zwei Gründen: Zum einen werden laut „Spiegel Online“ drei Viertel der griechischen Staatsverschuldung von Ausländern gehalten. Im Falle eines Staatsbankrotts – oder einer halbwegs geordneten Schuldenrestrukturierung – prellt man ja vor allem ausländische Anleger, nicht heimische Wähler. Warum soll man selbst sparen, bloß damit jemand anderswo sein Geld zurück bekommt?“ Zum anderen wird Deutschland – ungeachtet der No-Bail-Out-Klausel im Maastrichtvertrag – „für die Schulden gerade stehen, weil sonst eine Kettenreaktion von weiteren fiskalischen Zusammenbrüchen droht“.

Ganz anders dagegen Schweden. „Schweden wird Griechenland nicht retten“, titelte am 12. Februar 2010 die Netzausgabe des „Svenska Dagbladet“ und zitiert dabei Ministerpräsident Reinfeldt, der „nicht will, dass schwedische Steuergelder für einen Notkredit eingesetzt werden“. Schweden hält im September Reichstagswahlen ab. Das schwedische Volk ist bei Abstimmungen seinen Politikern immer wieder in die Parade gefahren, zuletzt bei seiner Ablehnung eines Beitritts Schwedens zum Euro. Diesem Umstand verdankt das Land seine komfortable Lage außerhalb der Turbulenzen in der Eurozone.

Schlag entscheidend verbessern. Die in Griechenland sehr bedeutende Tourismusbranche würde unmittelbar davon profitieren, weil „Urlaub in Griechenland“ wieder billiger wäre. Und anstatt politisch kaum durchsetzbarer Lohnsenkungen wäre die Senkung des Wechselkurses der Drachme praktisch und politisch unproblematisch.

Im Jahr 1992 sah sich Großbritannien gezwungen, aus dem damaligen Europäischen Wechselkurssystem auszusteigen, weil das englische Pfund die ihm vorgegebene Schwankungsbreite nicht mehr einhalten konnte. Nachdem viel Geld zur Stützung des Pfundes verbraten worden war, nahm Großbritannien seine Währung aus dem System, ließ den Kurs flexibel und – zunächst – fallen und legte damit den Grundstein für einen in der Geschichte des Landes beispiellosen fünfzehnjährigen Wirtschaftsboom und Höhenflug des britischen Pfundes, die erst mit der aktuellen Finanzkrise ihr Ende gefunden haben.

Es ist unbestritten, dass auch die Abwertung der schwedischen Krone wesentlich dazu beigetragen hat, dass das Land schnell wieder aus seiner Wirtschafts- und Finanzkrise Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts herausgefunden hat. Beide Länder, Großbritannien und Schweden, haben daraus die Lehre gezogen und sich vom Abenteuer Euro ferngehalten. Es stellt sich die Frage, was noch alles geschehen muss, bis sich in Berlin die Einsicht Bahn bricht, dass die Abschaffung der stabilen und weltweit geschätzten Deutschen Mark die größte währungs- und wirtschaftspolitische Fehlleistung in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist.

Gerhard Reiber



MIT DER EU IN DEN ABGRUND
Ist Deutschland noch zu retten?
14,90 € | 160 Seiten | bebildert | Best. Nr.: 4606

Was hinter den Kulissen der EU wirklich gespielt wird.
Eine aufschlussreiche Analyse von Rechtsanwalt
Ingmar Knop.

Deutscher Buchdienst • 81204 München • ☎ 089/89608521
Fax: 089/8341534 • www.deutscher-buchdienst.de

(6.4)
68. OEL8 de ESL 1159/ SSD DPB Nr. 35 1918 2 Tle. 197 182 DTD
OEL8 5545
An B d O NIEDER- und OBERSCHLESISIEN in BAD WARMBRUNN, Kdo.
der Schupo Breslau.
Verluste beim Terrorangriff am 13.2.45. Schupo: 2 gefallen,
35 vermisst. LS-Pol.: 25 gefallen, 151 vermisst. Feuerschupo:
3 gefallen. Weibliche Hilfskräfte: 13 vermisst. Ukr.
Schutzmannschaft: 43 gefallen, 192 vermisst aus gesamten
B d O-Bereich, davon etwa 95% Breslauer. Grösster Teil
~~VON DEN VERMISSTEN HÖCHST WAHRSCHEINLICH TOTAL VERKOHLT, DAHER NICHT IDENTIFIZIEREN.~~
~~VON KDO. DER SCHUPPO BRESLAU, AUSWEICHT. DRESDEN.~~
[AT Nr. 1719].

Polizeifunkspruch vom 5. April 1945: „Größter Teil der Vermissten höchst wahrscheinlich total verkohlt, daher nicht [zu] identifizieren.“ Die Auskunft bezieht sich auf in Dresden umgekommene Breslauer Polizisten. Sie verdeutlicht die Bedeutung des Wortes „vermisst“ in dem zentralen Funkspruch vom 24. März 1945, der auf Seite 1 zu sehen ist.

„Über 100.000 Menschen starben in Dresden“

David Irving hat die geheimen deutschen Polizeifunksprüche im Londoner „Public Record Office“ ausgewertet – und Sensationelles gefunden

Niemand hat so viele Dokumente gesichert und erschlossen wie der britische Historiker David Irving. Das räumen auch seine größten Gegner ein. Die National-Zeitung hat Irving zu seinem neuen Dokumentenfund befragt: dem auf Seite 1 abgedruckten Funkspruch aus Dresden vom 24. März 1945.

National-Zeitung: Herr Irving, was bedeutet der von den Engländern mitgehörte deutsche Polizeifunkspruch vom 24. März 1945, den Sie im britischen Staatsarchiv fanden?

Irving: Mit diesem Funkspruch berichtete der Dresdner Polizeipräsident an jenem 24. März um 17.55 Uhr in verschlüsselter Form an SS-

Oberführer Dr. Dietrichs: „80 bis 100.000 Vermisstenanzeigen bis jetzt schätzungsweise eingegangen.“ Wohl gemerkt: „bis jetzt“.

„Größter Teil der Vermissten total verkohlt“

National-Zeitung: Was heißt in die-

sem Zusammenhang „vermisst“?

Irving: Was „vermisst“ unter diesen Umständen bedeutet, geht aus einem anderen, am 5. April 1945 abgefangenen Polizeifunkspruch hervor, in dem es um „Verluste beim Terrorangriff am 13.2.45“ unter Polizisten aus dem BdO-Bereich Nieder- und Oberschlesien (Anm. d. Red.: BdO=Befehlshaber der Ordnungspolizei) geht und in dem es heißt: „Größter Teil der Vermissten höchst wahrscheinlich total verkohlt, daher nicht [zu] identifizieren.“

National-Zeitung: Was sagen Sie zu dem möglichen Einwand, dass ein und dieselbe Person manchmal mehrfach vermisst gemeldet wurde?

Irving: Unwahrscheinlich. Man stirbt ja nur einmal. Die Listen wurden namentlich geführt, also mit Name und Adresse. Der ehemalige Leiter der Abteilung Tote der Dresdner Vermisstennachweisen-

trale, Hanns Voigt, hat mir schon 1960 – da war er Oberstudienrat in Hannover – die ganze Geschichte erzählt.

„Peinlich für die Konformhistoriker“

National-Zeitung: Was folgt aus diesen bisher unbekannten Quellen?

Irving: Diese Dokumente werfen ein neues Licht auf die Kontroverse über die Frage: Wie viele starben, wer kennt die Zahl? Der Funkspruch vom 24. März 1945 ist besonders wichtig. Denn auch er legt nahe, dass deutlich über 100.000 Menschen in Dresden starben. Hanns Voigt hat mir also die Wahrheit gesagt. Er nannte als seine seinerzeitige – das heißt: aus dem Jahr 1945 stammende – Schätzung der Totenzahl: 135.000. Diese Angabe habe ich in meinem 1963 erschienenen Buch „Der Untergang Dresdens“ als die wahrschein-

lich beste Schätzung bezeichnet. Jetzt wird es bestätigt; peinlich für die Konformhistoriker.

Die von der Stadt Dresden beauftragte Kommission von BRD-Historikern, die 2008 eine Mindestzahl von 18.000 und eine Höchstzahl von 25.000 getöteten Menschen angab, hat die vom britischen Geheimdienst entzifferten Funksprüche überhaupt nicht verwertet!

National-Zeitung: Ist der Funkspruch vom 24. März 1945 in Bletchley Park dechiffriert worden?

Irving: Ja. Dort arbeiteten die Codeknacker von der Government Code and Cypher School. Bletchley Park ist heute ein Museum.

National-Zeitung: Was bedeuten die vielen Abkürzungen in der ersten Zeile des Funkspruchs? Und was heißt „Paula HEIDELBERG 42“ in der zweiten Zeile?

Irving: Der Funkspruch ging von dem Sender „DPB“ an „DQB“ und kam um „22.25“ Uhr an. „SSD“ bedeutet höchste Dringlichkeitsstufe. „17.55“ ist die Uhrzeit des Absendens. „3Tle.“ bedeutet: Der Spruch wurde aus Sicherheitsgründen in drei Teilen gesendet. „155“ steht für die Sendewelle. „Paula“ kommt in dem betreffenden Band oft vor, es handelt sich um eine Tarnbezeichnung.

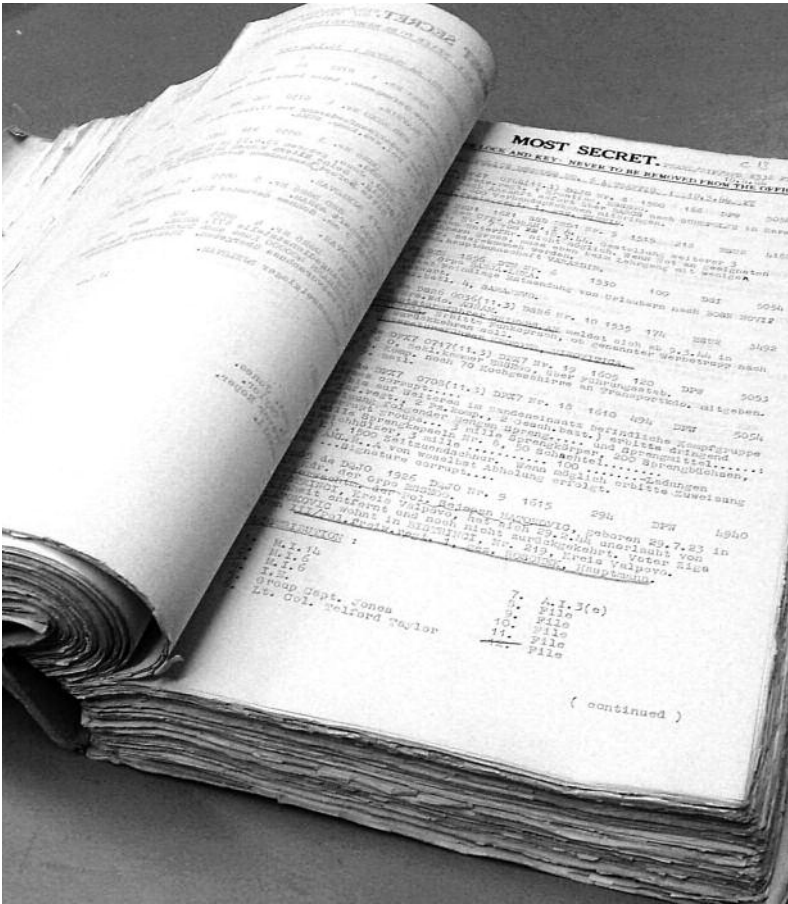
„45 Bände entschlüsselte SS- und Polizeifunksprüche“

National-Zeitung: Wo genau befindet sich das Dokument?

Irving: Im ehemaligen „Public Record Office“ in Kew, West-London. Heute nennt es sich „The National Archives“. Der Funkspruch findet sich in Band 043 des Bestands HW 16. German Police Decodes, Bericht Nr. GPD 4973. Ich habe ihn darin vor einigen Monaten entdeckt. Die Entzifferungsergebnisse der SS- und Polizeifunksprüche umfassen 45 Bände. Jeder Band zirka 1.500 bis 2.000 Blatt, jede Seite 5 bis 10 Entzifferungen. Ich habe das alles Seite für Seite für die Himmler-Biografie, an der ich arbeite, durchgelesen. Das tut kein Konformhistoriker. Und man kann nur staunen, was wir Engländer alles gewusst haben!



Wer Dokumente liest, ist als Historiker klar im Vorteil: David Irving vor dem Staatsarchiv in Kew, West-London.



Eine ganze Stadt in Flammen

Der Untergang Dresdens 1945



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-Z0309-310 cc-by-sa 3.0

Totale Zerstörung: Der Blick vom Rathausturm in Dresden offenbart das Ausmaß der Bombenangriffe.

Viel ist über Dresden und die beiden Februarnächte 1945, als eine ganze Stadt ermordet wurde, schon geschrieben worden. Und doch bleibt es bis heute unmöglich, die richtigen Worte zu finden, wenn es um die zahllosen Opfer des Feuersturms jener Winternächte geht, deren Leid und Tod eine der größten Tragödien in der deutschen Geschichte bedeuteten. Denn es lässt sich nicht angemessen ausdrücken, in welch fürchterlicher Weise sich der Inbegriff der Kriegsschrecken vor 65 Jahren in der Stadt, die den schönen Beinamen „Elbflorenz“ trug, verwirklichte.

Dresden – ein Inferno

Wolfgang Schaarschmidt, geboren 1931, verbrachte Kriegs- und Nachkriegsjahre in Dresden. Seit langem beschäftigt ihn der Untergang Dresdens 1945, den er selbst miterlebte und überlebte. Seit beinahe eininhalb Jahrzehnten erforscht der studierte Historiker quellenkritisch die Umstände der Zerstörung der Stadt. Sein in einer neuen und völlig aktualisierten Auflage erschienenes Buch „Dresden 1945“ stellt vor allem „Daten. Fakten. Opfer“, so der Untertitel, in den Vordergrund. Denn viele Informationen liegen noch im Dunkel der Geschichte und können eventuell nie wieder rekonstruiert werden.

Detailliert schildert Schaarschmidt den Ablauf der Bombenangriffe, die innerhalb von vierzig

Stunden die Stadt Dresden in ein einziges Inferno verwandelten. Der australische Oberstleutnant Le Good notierte dazu in sein Tagebuch: „Dresden. Keine Wolken über dem Ziel, praktisch die ganze Stadt in Flammen.“

Gret Palucca, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine der berühmtesten Tänzerinnen Deutschlands und jüdischer Herkunft, erlebte den Bombenangriff auf Dresden. Sie berichtete:

„Tausende suchten dem Inferno zu entkommen, brachen zusammen, erhoben sich mühsam, versuchten, noch ein paar Meter weiterzukommen, und blieben doch wieder hilflos liegen. Ein mir ganz fremder Mann fiel mich buchstäblich an und wollte von mir wissen, wo seine Frau hingekommen wäre. (...) Ich war ständig von dem Gedanken an die verschütteten Menschen gepeinigt und hoffte, helfen zu können, sie noch lebend aus dem Grab herauszuholen ... Straßen und Plätze waren aufgerissen und mit Toten und Verwundeten besät.“

Zahl der Opfer liegt im Dunkeln

Nach wie vor ist es nicht möglich, die Gesamtzahl der Opfer zu erfassen, allein Schätzungen liegen vor. Dieses Thema nimmt großen Raum ein in Schaarschmidts Abhandlung. Opferzahlen zwischen 20.000 und 30.000 scheinen ihm zu gering. Er zieht den Vergleich mit Hamburg: 1943 zerstörte hier die Operation Gomorrha der RAF ein Gebiet von

etwa 13 Quadratkilometern, wo ungefähr 275.000 Menschen lebten. Die Hansestadt hatte vergleichsweise viel Erfahrung mit Luftangriffen und war verteidigt sowie mit zahlreichen Bunkern ausgestattet.

Außerdem konnte im Gegensatz zu Dresden hier die Zahl der Toten ziemlich genau ermittelt werden. 41.800 Menschen waren getötet worden. In Dresden 1945 hielten sich auf den 12 Quadratkilometern zerstörter Fläche mindestens 467.000 Menschen auf. Die barocke Residenzstadt hatte kaum Erfahrung mit Bombenschlägen aus der Luft. Die nahende Front, das bevorstehende Kriegsende und die damit verbundenen Umwälzungen machten ein genaues Erfassen der Opfer nahezu unmöglich. „Zieht man die Unterschiede in Betracht“, resümiert Schaarschmidt, „so wird deutlich, dass für Dresden weit höhere Schätzungen angebracht sind.“

Auch ein Vergleich zu Pforzheim ist aufschlussreich: „Pforzheim wurde am 23. Februar 1943 in einem Feuersturm eingeäschert. Die Stadt hatte im Februar 1945 etwa 65.000 Einwohner. In dem Gebiet des Feuersturms von 2,5 Quadratkilometern starben rund 20.000 Menschen. Es waren also grob gerechnet 40.000 Einwohner vom Angriff betroffen. Im Feuersturmgebiet kam jeder zweite davon ums Leben. Ähnliche Verhältnisse wie in Pforzheim, jedoch auf ein größeres Gebiet zum Teil mit höherer Menschendichte bezogen, entsprachen denen in Dresden.“

Schaarschmidts Buch ist ausgestattet mit einem umfangreichen Bildteil, mit vielen Dokumenten und einem Anhang, der die Tieffliegerangriffe auf Dresden zum Thema hat. Das Buch versteht sich als Beitrag zur Luftkriegsgeschichte und zur Geschichte der Stadt Dresden. Vor allem aber will es erreichen, dass eines der folgenschwersten Ereignisse des Zweiten Weltkrieges nicht aus dem Gedächtnis verschwindet.

Marleen Loebuch

Buch-Tipp:
Wolfgang Schaarschmidt: **Dresden 1945** – Daten, Fakten, Opfer, 272 Seiten, € 19,90.

Anordnung!

Die französische Besatzungsmacht trifft nachstehende Anordnungen:

1. Zwischen 19 Uhr abends und 7 Uhr früh darf sich niemand außerhalb des Hauses aufhalten.
2. Bis Freitag, den 27. April 1945, mittags 12 Uhr, müssen sämtliche Schuß-, Hieb- und Stichwaffen – einschließlich Jagdgewehren – nebst Munition bei den Polizeirevierern abgeliefert werden, ebenso die Radio- und Photo-Apparate.

Die abgegebenen Sachen sind durch die Angaben des Eigentümers und seiner Wohnung zu kennzeichnen.

Jeder Haushaltsvorstand ist für die in seinem Haushalt gefundenen Waffen und Munition verantwortlich.

3. Radfahren ist verboten, ebenso privater Kraftwagen- und Motorrad-Verkehr.

4. Telefongespräche sind nur im Ortsnetz Konstanz zugelassen. Ferngespräche sind verboten. Jeder Telefonverkehr wird auf den Inhalt der Gespräche überwacht.

5. Jede feindselige Handlung gegen die Besatzungsmacht zieht schwerste Folgen nach sich, z.B.:

Verhängung der Todesstrafe,
Erschießung von Geiseln,
Niederbrennen von Gebäuden, aus denen geschossen worden ist,
oder auch Niederbrennen der Umgebung von Häusern, aus denen geschossen worden ist.

Konstanz, den 26. April 1945.

Der Oberst und Stadtkommandant.

Schuld nur auf deutscher Seite?

Die hier wiedergegebene „Anordnung“ der französischen Besatzungsmacht in Konstanz vom 26. April 1945 dokumentiert, wie die deutsche Bevölkerung die viel gepriesene „Befreiung“ von 1945 erlebte.

Im Südwesten

Deutschlands übten Besatzer Terror aus, nicht unähnlich dem nach dem Ersten Weltkrieg. Wie in Konstanz verhielt es sich in anderen Städten und Gemeinden, in die französische Truppen einrückten. So wurde den Einwohnern von Singen mit einer Bekanntmachung noch wenige Stunden vor der Kapitulation der Wehrmacht ihre Erschießung angedroht, sofern sie deutsche Soldaten versteckt halten. Ferner hieß es in der Bekanntmachung: „Der Bürgermeister nennt 30 Geiseln aus angesehenen Familien, die für Attentate auf Angehörige der alliierten Truppen verantwortlich gemacht werden.“ Und: „Ich (der französische Kommandant) wiederhole hiermit den Befehl, dass die männliche Bevölkerung Singens die französischen Offiziere zu grüßen hat. Der Herr Kommandant des Platzes Singen wird jedem, welcher der Grußpflicht nicht nachkommt, eine Buße von RM 50,- auferlegen.“ In Tuttlingen hieß es in einer französischen Bekanntmachung vom 1. Mai 1945 unter anderem: „Für jeden französischen Soldaten, der getötet wird, sind 50 Geiseln zu stellen, die erschossen werden.“

Opfer der Mauer

Wichtiges Buch: Zeitzeugen berichten

Kommenden Oktober jährt sich der Tag der Deutschen Einheit zum 20. Male. Auf vielfache Weise wird dann im Herbst an die Ereignisse erinnert werden, die zum Fall der Berliner Schandmauer führten und in der offiziellen Vereinigung von West- und Mitteldeutschland mündeten. Schlicht, leise und doch intensiv kommt in diesem Zusammenhang ein wichtiger Titel aus dem List-Verlag (Ullstein, Berlin) daher: „Die vergessenen Opfer der Mauer.“ Untertitel: „Inhaftierte DDR-Flüchtlinge berichten“ (363 Seiten, 8,95 Euro). Herausgegeben ist das Werk von Hubertus Knabe, wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnis des DDR-Staatssicherheitsdienstes.

Denkmal für Flüchtlinge

Das Buch setzt Flüchtlingen ein Denkmal, die einst den Versuch unternahmen, die deutsch-deutsche Grenze zu überwinden. Dafür riskierten sie ihr Leben. Manche wurden bei dem Versuch getötet, den Todesstreifen zu überwinden, viele verhaftet und anschließend von der Stasi wie Schwerverbrecher behandelt. Ihnen ist dieses

Buch gewidmet. Der Herausgeber hat teilweise erschütternde Augenzeugen- und Erlebnisberichte zusammengetragen und in „Die vergessenen Opfer der Mauer“ veröffentlicht. Die Schilderung verschiedener Fluchtversuche und Haftenerlebnisse illustrieren auf eindringliche Weise finstere Kapitel DDR-Geschichte.

Insgesamt sind 15 solcher Erlebnisberichte erfasst. Herausgeber Knabe: „Die meisten Autoren dieses Buches haben ihre Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen verbracht; einige saßen in einem der 16 anderen Untersuchungsgefängnisse des MfS. In endlosen Verhören versuchte man dort, sie zu belastenden Aussagen zu erpressen, um sie anschließend vor Gericht zu stellen, abzuurteilen und dem DDR-Strafvollzug zu übergeben; einige kamen in Arbeitslager. Die strikte Isolation, der ungeheure psychische Druck und die völlige Entrechtung durch den Staatssicherheitsdienst haben die Untersuchungshaft für die meisten zur schlimmsten Zeit ihres Lebens gemacht.“

Knabe (Hg.): **Die vergessenen Opfer der Mauer. Inhaftierte DDR-Flüchtlinge berichten.** 363 Seiten, bebildert, € 8,85.

Anzeige

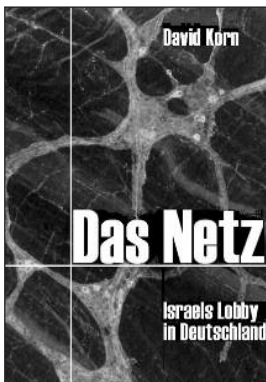


WEM DIENT MERKEL WIRKLICH?
12,90 € | 128 Seiten | Bilder, Dokumente
Best. Nr.: 4657

Das aktuelle Buch deckt auf, wer in Merkels „Innerem Zirkel“ wirklich das Sagen hat, wozu sie sich gegenüber internationalen Insiderkreisen verpflichtet hat, wer die maßgeblichen Förderer ihrer Karriere waren und was sie aus ihrer und ihres Vaters DDR-Zeit heimlich will.

Deutscher Buchdienst • 81238 München • ☎ 089/89608521
Fax 089/8341534 • info@deutscher-buchdienst.de

Anzeige



Wichtiges Buch, brisantes Thema:

**DAS NETZ
ISRAELS LOBBY IN DEUTSCHLAND**
19,90 € | 240 Seiten | zahlreiche Abbildungen
Best. Nr.: 4677

Namen, Organisationen, Hintergründe

Gewisse Vereinigungen und Gesellschaften üben hinter den Kulissen erheblichen Einfluss aus, um Politik und Medien zu lenken. Das Buch nennt die entscheidenden Organisationen und ihre Mitwirkenden beim Namen und deckt Hintergründe auf.

Deutscher Buchdienst • 81238 München • ☎ 089/89608521
Fax 089/8341534 • info@deutscher-buchdienst.de

Der Bombenterror gegen Deutschland

Was Massenmedien verschweigen

Üblich geworden ist es in der Bundesrepublik, hauptsächlich nur an solche geschichtlichen Ereignisse zu erinnern, die dazu geeignet sind, einseitig das deutsche Volk zu belasten. Freudige historische Momente der deutschen Geschichte werden entweder ausgeblendet oder in ein schlechtes Licht gerückt. Lässt sich die Thematisierung von Kriegsverbrechen der Sieger einmal nicht verschweigen, nimmt man sich des Themas in der Meinungsindustrie zwar zähneknirschend an, verdreht die Zusammenhänge aber dergestalt, dass letztlich doch die Deutschen als Übeltäter dastehen, das heißt dass es sich bei alliierten Untaten um legitime Gegenschläge gehandelt habe. Immer wieder verbreiten Massenmedien die These von der deutschen Schuld am Bombenkrieg. Insbesondere die Städtenamen Guernica, Warschau und Coventry fallen in diesem Kontext. Wer aber trägt wirklich die Verantwortung für den Luftkrieg und welche Ziele wurden verfolgt?

Alliierte gegen Ächtung des Bombenkrieges

Auf einer Konferenz internationaler Luftkriegshistoriker im Jahre 1988 in Freiburg kam heraus, dass die britische „Royal Air Force“ (RAF) bereits 1918 den Bombenkrieg gegen Zivilbevölkerungen plante. Zur Unterdrückung von Aufständen im Irak und in Indien setzten Briten bereits 1925 Bordwaffen zum Beschuss von Häusern und Zivilisten ein. Deutschland hatte demgegenüber zwischen 1928 bis 1933 auf den Abrüstungskonferenzen des Völkerbundes, aber auch noch 1934 ein weltweites Verbot von Luftangriffen auf Zivilbevölkerungen vorgeschlagen. England, Frankreich und die USA lehnten dies ab. Die britische RAF entwickelte seit 1934 schwere, viermotorige Langstreckenbomber (Lancaster, Halifax), die eindeutig auf strategische Luftkriegsplanungen hinweisen. Deutschland hingegen verfügte fast nur über leichte und mittelschwere Maschinen.

Auch die USA entwickelten schon 1937 viermotorige Langstreckenbomber („flying fortress“), und spätestens Anfang 1941, als die USA noch nicht im Krieg mit Deutschland standen, gab es bereits gemeinsame Planungen mit Großbritannien über einen potenziellen Bombenkrieg gegen Deutschland. Das Deutsche Reich hatte seine Luftwaffe zur Unterstützung der Bodentruppen, zum Kampf gegen die feindliche Versorgung und zur Abwehr gegnerischer Luftangriffe konzipiert. In der betreffenden



Verdrängte Kriegsverbrechen: Deutsche Bombenopfer in Dresden.

ments als Reaktion erfolgen. Der bekannte englische Militärgeschichtler Sir Liddel Hart (1895–1970) stellte fest, dass die Deutschen „nur an den taktischen Wert von Bombern“ glaubten und „im Gegensatz zu den Briten“ die Konzeption strategischer Bombenangriffe „praktisch aufgegeben“ hatten.

Was geschah in Guernica?

Im Rahmen des Spanischen Bürgerkrieges, in den sich zahlreiche ausländische Mächte einmischten, flogen Verbände der „Legion Condor“ zur Unterstützung der Nationalspanier am 26. April 1937 einen Angriff auf militärische Ziele nahe Guernica. Es galt, u. a. eine Brücke auf dem Wege nach Bilbao, der Hauptstadt des Baskenlandes, zu zerstören, auf die rotspanische Truppen angewiesen waren. Aufgrund fehlender Zielgeräte für den Abwurf und Schiebewind verfehlten die Bomben die Brücke und trafen vereinzelt die Stadt Guernica selbst. Die Ausmaße der Zerstörung sind nicht zuletzt dadurch zu erklären, dass viele Häuser aus Holz bestanden, also leicht brennbar waren, und zudem dort befindliche Munitions- und Sprengstoffdepots getroffen wurden.

Hauptmann Ehrhart Krafft von Dellmensingen, damals Staffelpilot, sagte in einem Interview im Jahre 1987: „Wir hatten unser Angriffsziel im Kopf – Brücke und Straßen. Ein Angriff auf die Stadt Guernica war nie geplant.“ Bei den Bombardements kamen nicht, wie vielfach berichtet, über 1.500 Menschen ums Leben, sondern zwischen 100 bis 300. Die britische „Times“ fabulierte am 28. April 1937 wahrheitswidrig von einem systematisch geplanten deutschen Flächenbombardement und unterstellte obendrein gezielte Maschinengewehrsalven auf Zivi-



Verdrängte Kriegsverbrechen: Deutsche Bombenopfer in Hamburg.

listen. Es war die Rede von „Kampfmaschinen, die sich auf panisch aus Unterständen fliehende Menschen hinabstürzten, um sie per Maschinengewehr niederzuschießen“.

England beginnt systematischen Luftkrieg

Schon im September 1939 wurden Wilhelmshaven und Vechta von Briten bombardiert, im Dezember Helgoland, Borkum und Sylt. Der britische Unterstaatssekretär J. M. Spaight schreibt in seinem Buch „Bombing vindicated“ (1944): „Wir begannen, Ziele in Deutschland zu bombardieren, ehe die Deutschen das in England taten.“ Der britische Historiker A. J. P. Taylor (1906–1990) bestätigt, dass die deutsche Bombardierung von Warschau und Rotterdam (im letzten Fall wurde der Angriffsbefehl zurückgenommen, erreichte aber zu spät die Piloten) Teil eines militärischen Feldzuges gegen verteidigte Städte war. Die Angriffe seien somit vom Kriegsvölkerrecht gedeckt. Die deutschen Luftangriffe gegen England „begannen erst, nachdem die Briten schon fünf Monate lang deutsche Städte bombardiert“ hatten, so Taylor. Warschau war keine offene Stadt, sondern als Festung ausgebaut und gab trotz mehrmaliger deutscher Warnungen nicht auf. Der französische Luftattaché in Warschau meldete nach Paris, so das achte amtliche deutsche „Weißbuch“ (1943), dass die deutsche Luftwaffe „nach den Kriegsgesetzen gehandelt und nur militärische Ziele angegriffen“ habe.

Als Churchill im Mai 1940 Premierminister geworden war, beschloss er, die Bombardierungen von umkämpftem auf nicht umkämpftes Gebiet gegen die deutsche Zivilbevölkerung auszudehnen. Es erfolgten schon ab Mitte Mai Angriffe auf Gebiete östlich des Rheins. Am 28./29. Mai 1940 wurde Mönchengladbach angegriffen, wenig später Berlin – ohne dass bisher deutsche Vergeltungsbombardements folgten. Die deutschen Angriffe ab August 1940 richteten sich gegen britische Flughäfen, Flug-

zeugwerke, Docks und Schiffe, nicht jedoch gegen zivile Ziele. Liddel Hart schreibt, dass sich etwa zehn deutsche Bomber verfliegen und deshalb irrtümlich ihre restliche Bombenlast über der Londoner Innenstadt abgeworfen hatten.

Die Wahrheit über Coventry

Der erste deutsche Angriff auf London am 7. September 1940 war eine Vergeltungsmaßnahme, nachdem die Reichsführung vor dem sechsten britischen Angriff auf Berlin mit Gegenschlägen gedroht hatte. Erst später, am 15. November 1940, erfolgte der deutsche Vergeltungsangriff auf Coventry. Die Stadt war militärisch

bedeutsam wegen ihrer Flugzeugmotorenwerke. Ein gezielter Angriff gegen Zivilisten fand nicht statt. Beim Coventry-Einsatz, der immer wieder fälschlich als Auslöser des Luftterrors bezeichnet wird, kamen zwischen 380 und 800 Engländer ums Leben. Zum Vergleich: Beim Luftangriff auf Pforzheim im Februar 1945 kam fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung zu Tode, was rund 20.000 Opfern entspricht.

In Hamburg bei der „Operation Gomorrha“ im Juli/August 1943 fanden knapp 40.000 Menschen den Tod. In Dresden kamen nach Schätzungen mindestens 135.000 Menschen ums Leben, möglicherweise aber auch 150.000 oder mehr. Die genaue Zahl lässt sich nicht ermitteln, wird aber von verschiedener Seite auf 35.000 oder neuerdings sogar 25.000 heruntergelogen. Näher befasst sich mit dem Thema Dresden der Historiker Wolfgang Schaarschmidt in seinem Buch „Dresden 1945. Daten, Fakten, Opfer“, das im Ares-Verlag (Graz) in einer überarbeiteten Neuauflage erschienen ist.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kamen über 600.000 Deutsche durch den alliierten Bombenterror ums Leben. Dem britischen Luftmarschall Arthur Harris, der maßgeblichen Figur beim Bombenkrieg gegen Deutschland, wurde am 31. Mai 1992, dem Jahrestag der Bombardierung Kölns, in London ein Denkmal gesetzt – in Anwesenheit der Königinmutter. Der britische „Evening Standard“ ätzte damals auf deutsche Kritik: „In jeder deutschen Stadt sollte eine Statue dieses Mannes stehen!“ Eine Erörterung des Luftkrieges und seines Zustandekommens wurde übrigens beim Nürnberger Prozess nicht zugelassen. Diese Fakten sollten die Deutschen wissen, um historische Zerrbilder der Meinungsindustrie richtig einordnen zu können.

Hans Gredelmann

Buchtipp:
Schaarschmidt: **Dresden 1945.** Daten, Fakten, Opfer. 270 Seiten, bebildert, € 19,90.

Stolz auf Deutschland Medaillen als Bekenntnis



Wiedervereinigung



Deutschlandlied



Tapferkeit



Bismarck



Arminius

Auf einen Blick:

Arminius	Wilhelm II.
Bismarck	Berlin
Walther Dahl	Königsberg
Eduard Dietl	Österreich
Karl Dönitz	Ostpreußen
Friedrich Ebert	Pommern
Ludwig Erhard	Preußen
Friedrich II.	Sachsen
Adolf Galland	Schlesien
Reinhard Gehlen	Sudetenland
Goethe	Südtirol
Alfons Gorbach	Deutsche Frauen
Heinz Guderian	Kriegsgefangene
Erich Hartmann	Luftterror-Opfer
Hindenburg	Medaille der Deutschen
Andreas Hofer	Tapferkeit
Hoffmann von Fallersleben	Unbek. Soldat
Erich Kern	Vertriebene
Erich Ludendorff	Wehrmacht
König Ludwig II.	Wiedervereinigung
Königin Luise	Deutschlandlied
Maria Theresia	D-Mark
Hans J. Marseille	
Walter Nowotny	
Hermann Oberth	
Hanna Reitsch	
Leni Riefenstahl	
Erwin Rommel	
Hans-Ulrich Rudel	
Dr. Schumacher	
Otto Skorzeny	
Stresemann	

Gold: Ø 24 mm, Feingold 999,9 ~7g € 349,-
Silber: Ø 40 mm, Feinsilber 1000 ~25g € 79,-

FZ-Verlag • 81238 München
Bestellschein letzte Seite oder
(089) 89 60 85 21
www.deutscher-buchdienst.de

Anzeige

Geehrter Kriegsverbrecher:
Denkmal für den britischen Luftmarschall Arthur Harris in London.



Olympische Widrigkeiten Zum Auftakt der Winterspiele in Vancouver

Auf die deutschen Rodler ist Verlass. Felix Loch hatte bei den Olympischen Winterspielen in Vancouver im Einzelwettbewerb die erste Goldmedaille für die Bundesrepublik gewonnen. David Möller (Bundesrepublik) und Armin Zöggeler (Südtirol) fuhren Silber und Bronze ein und sorgten damit für einen deutschen Triumph im Eiskanal von Whistler. Andi Langenhan aus der Bundesrepublik wurde Fünfter, Daniel Pfister aus Österreich Sechster. Der neue Olympiasieger gewann mit deutlichem Vorsprung, und das, obwohl die Rennstrecke nach dem tragischen Unfall eines georgischen Roodlers am Eröffnungstag entschärft worden war und somit auch andere Rodler bessere Chancen hatten..

Ansonsten hatten die Olympischen Spiele einen schleppenden Anfang genommen. Der Tod an der Rodel-Rennstrecke überschattete die Eröffnungsfeier, die zudem nicht frei von Pannen war. Die Wetterverhältnisse sorgen zudem gleich zu Beginn für immer neue Verschiebungen von Entscheidungen. Schließlich kam es darüber hinaus in den ersten Tagen immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen durch Olympia-Gegner, die in der Innenstadt randalierten. Es kam zu erheblichen Auseinandersetzungen mit Polizeikräften. Die Kritik der Olym-

pia-Gegner richtet sich vor allem gegen die Kosten und die Umweltbelastungen durch die Spiele.

Der Biathlon-Wettbewerb (Sprint, Herren) ging im kanadischen Schneesturm regelrecht unter. Michael Greis aus der Bundesrepublik konnte seinen Olympiasieg nicht wiederholen und kam nur auf Platz 21. Erfolgreich konnte nur sein, wer eine niedrige Startnummer zog. Denn zu Beginn des Wettbewerbes waren die Bedingungen noch regulär. So kam es hier zu einem Außenseitersieg durch einen Franzosen, den zuvor niemand auf der Rechnung hatte. Bei den Damen lief es aus deutscher Sicht besser. Magdalena Neuner fehlten am Ende nur 1,5 Sekunden zum Olympiasieg.

Bei den Eisschnellläuferinnen gab es zum Auftakt eine Silbermedaille für die deutschen Starterinnen. Stephanie Beckert kam bei ihren ersten olympischen Spielen auf den zweiten Platz. Eine positive Überraschung, ist die neue Vize-Olympiasiegerin doch eigentlich eine Langstreckenspezialistin. Daniela Anschütz-Thoms verpasste knapp, nämlich um drei Hundertstelsekunden, Bronze.

Weiterführend:
Sieg, Ruhm, Ehre – Sternstunden des deutschen Sports



Gold für Deutschland: David Möller (links), Olympiasieger Felix Loch und Armin Zöggeler beherrschten den olympischen Rodelwettbewerb.

Trügerischer Schein? Winterspiele auf „gestohlenem Indianer-Land“

In der weltweiten Berichterstattung über die Olympischen Winterspiele in Vancouver, im Westen Kanadas, finden sie kaum Berücksichtigung. Und doch bewegen sie viele Menschen nicht nur in Reservaten in British Columbia (BC): Die Proteste der Ureinwohner. Indianer, „First Nations“, sind alles andere als von Olympia begeistert. Vom „Skizirkus auf gestohlenem Land“ ist die Rede. Für Gegendemonstrationen gebe es viele Gründe, betonen Vertreter der ansässigen Indigenen. „Umweltzerstörung, mangelndes Mitspracherecht, doch vor allem geht es um Land und die Frage, wem es gehört.“

Tatsächlich werde auf die jahrtausendalte Verbindung zwischen Kanadas Ureinwohnern und dem Land ihrer Vorfahren von Seiten der Regierung und der Industrie wenig Rücksicht genommen. Doch nicht nur zwischen Regierung und „First Nations“ gibt es Auseinandersetzungen. Dass im Rahmen der Winterspiele kulturelle Bräuche der Indigenen zum Ausdruck kommen, sieht David Dennis, Olympia-Gegner und Präsident der Organisation Vereinigte First Nations als „Akt der Täuschung“. Diejenigen der Ureinwohner, die an den Veranstaltungen teilnehmen, würden „gekauft“ und „vertuschen die Realität“. „In Wirklichkeit leben sie jedoch in Armut und ihre Cousins, ihre Nichten, ihre Verwandten haben keine Zukunft in diesem Wirtschaftsklima.“ Unbestreitbar ist, dass ein Großteil der First Nations in British Columbia in

Not und Elend, ohne Erwerbseinkommen und Sozialversicherung lebt. Der Olympia-Austragungsort Vancouver ist die Stadt mit der höchsten Obdachlosenrate in Kanada. Berichten zufolge sind über 50 Prozent dieser Ärmsten der Armen Ureinwohner. Vom Schein der Fackel der mehr als 900 Millionen Dollar teuren Olympischen Winterspiele wird ihre Lage nicht erhellt!

Kehrseite der Medaillen

Helena Nyberg, Funktionärin von „Incomindios Schweiz“, stellt fest, dass Indigenen-Vertreter schon bevor Vancouver 2003 den Zuschlag für die Spiele erhielt, vor negativen Auswirkungen gewarnt hätten und deshalb von Entscheidungsträgern und Medien als Sportgegner abgestempelt worden seien. Tatsächlich aber sei der Schaden vor allem durch die Straßen und Skilifte, die in die Steilhänge der unberührten Berge gesprengt wurden, enorm. Dazu gehöre der Kahlschlag der Urwälder mit den für Nahrung und Heilkunst nötigen Beeren, Wurzeln und Pilzen, der Verlust des Lebensraums für Wildtiere und nicht zuletzt die Entweihung der heiligen Stätten der Indianer. Etwa 15 Prozent der insgesamt ca. 1,3 Millionen kanadischen Indigenen, also rund 200.000, leben in jener Provinz, in der die Olympischen Winterspiele stattfinden, nämlich in British Columbia, wo mit den Ureinwohnern nie Verträge abgeschlossen wurden.

Hans Weidenbach

Presseschau

Was ist eine Schande?

JÜDISCHE ALLGEMEINE

HOCHSCHULE FÜR POLITIK, KULTUR, RELIGION UND JÜDISCHES LEBEN

Berlin, 11. Februar 2010

Viel zu lange hat sich die Stadt Dresden in ihrer Rolle gefallen: Opfer „angloamerikanischer“ Bomber sei man 1945 geworden. Und nach Jahrzehnten dieser von der SED geförderten Einschätzung glaubten viele Menschen dort wohl selbst, irgendwie nur Opfer zu sein und mit den bösen Nazis nichts zu tun zu haben. Diese Lüge rächt sich seit Langem: Neonazis nutzen den Mythos des „Bomben-Holocaust“, um ihre Propaganda zu betreiben. Jedes Jahr kommen die Rechtsextremen am 13. Februar, dem Tag der Zerstörung der Stadt, zur größten Nazi-Kundgebung Deutschland zusammen – eine Schande für Dresden.

Aber: Die Stadt wehrt sich. Eigentlich sollte ein Gesetz des Freistaats verhindern, dass die Neonazis weiter in Dresden demonstrieren können. Das Gesetz aber war offenbar so eilig zusammengeschustert, dass diese Einschränkung der Versammlungsfreiheit sogleich vor Gericht gescheitert ist.

Weiterführende Literatur:
Schaarschmidt: **Dresden 1945**

NATO als größte Bedrohung

Neue Zürcher Zeitung

9. Februar 2010

Dimitri Medwedew hat Russlands neue Militärdoktrin unterzeichnet. Die Nato-Erweiterung wird als eine der Hauptbedrohungen genannt. Die Militärdoktrin weist dem Nordatlantischen Bündnis den ersten Platz in der Aufzählung externer militärischer Bedrohungen zu. Die Nato strebe unter Verletzung internationalen Rechts globale Funktionen an und führe ihre militärische Infrastruktur unter anderem mittels Erweiterung der Allianz an Russland heran. Weitere Punkte der Bedrohungsanalyse lesen sich wie Vorhaltungen an die Amerikaner.

Das gilt vor allem für die an dritter und vierter Stelle genannte Stationierung von Armee-Einheiten ausländischer Staaten in unmittelbarer Nähe zu Russland und seinen Verbündeten und die Einrichtung eines Systems strategischer Raketenabwehr, das die Balance der Kräfte im Bereich nuklearbestückter Raketen untergrabe.

Weiterführende Literatur:
Adam Winnicki: **Wer regiert die USA?** / Die Drahtzieher der Globalisierung

Es geht um Öl und Gas

Zeit-Fragen

Zürich, 10. Februar 2010

Die Nato wurde nach dem Zweiten Weltkrieg für den Kampf gegen den Kommunismus und insbesondere gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten gebildet. Die Auflösung des Warschauer Paktes war aber nicht das Ende der Nato. Heute wird sie eingesetzt, um die westliche Hegemonie zurückzuerobieren, respektive den Kapitalismus mit billigem Öl und Gas zu versorgen. Vorgeschoben wird, Menschenrechte durchzusetzen. Deshalb darf die Schweiz der Nato kein Geld geben, nicht für ihre Operationen, aber auch nicht zur Verwaltung für den Kauf von Medikamenten und medizinischen Hilfsmitteln.

Afghanistan ist eine geostrategi-

sche Schlüsselstelle im Mittleren Osten. Seit über hundert Jahren versuchen die temporären Weltmächte, Afghanistan zu unterwerfen. Alle sind sie gescheitert.

Weiterführende Literatur:
William Blum: **Schurkenstaat** / Leitfaden zum Verständnis der einzigen noch verbliebenen Supermacht der Welt

Zahlt Deutschland die Schulden Griechenlands?

Frankfurter Allgemeine

11. Februar 2010

Deutschland zögert noch. Aber der Druck wächst. Europa muss den Griechen helfen, lautet die Parole der EU-Kommission, befeuert vom französischen Präsidenten Sarkozy. Im Klartext heißt das: Deutschland soll für die Schulden Griechenlands einstehen. Aber so hat man den Deutschen den Euro nicht verkauft. Vor dem Abschied von der Deutschen Mark wurde feierlich der Maastrichter Vertrag unterzeichnet, der ausdrücklich verbietet, dass ein Mitglied der Währungsunion für die Schulden eines anderen haftet. Wenn dieses zentrale Gebot finanzpolitischer Stabilität nicht mehr gilt, dann sind der Maastrichter Vertrag, der Stabilitäts- und Wachstumspakt und auch die Schuldengrenze im Grundgesetz das Papier nicht wert, auf dem Stabilität gelobt wird. Dann werden sich die Deutschen die Mark zurückwünschen.

Ein Agent des Mossad?

RIVAROL

Paris, 29. Januar 2010

Geert Wilders versichert gerne, „Israel, Amerika und Maggie Thatcher zu lieben“. 1981, gleich nach dem Abitur, hat er sich nach Israel begeben. Die Wochenzeitung der jüdischen Gemeinde in Holland, »Nieuw Israelietisch Weekblad«, bestätigte am 3. Mai 2005, dass er sich bis 1983 im Land Israel aufgehalten hat. Er plante sogar, „sich im Judenstaat niederzulassen“ (»De Volkskrant« vom 10.04.2007).

Wenn Wilders letztlich doch zurückkehrte, um an der Universität von Amsterdam Recht zu studieren, hat dies seine Liebe zu Israel nicht reduziert. Als Abgeordneter hat er weiterhin und ohne Unterbrechung den hebräischen Staat unterstützt, in dem er sich im Lauf der letzten 25 Jahre rund vierzigmal aufgehalten hat (»Nieuw Israelietisch Weekblad« vom 3.10.2005). Er hat auch wiederholt den früheren Premierminister Ariel Scharon getroffen ebenso wie dessen Interims-Nachfolger Ehud Olmert (»De Volkskrant« vom 10.4.2007). Im Juni 2009 erklärte er der Zeitung »Haaretz«, Israel sei „die Avantgarde des Westens und die erste Verteidigungsfront Europas gegen die vordringende Flut des Islam“.

Dies ist ein ziemlich merkwürdiger Werdegang für einen „Nationalisten“-Chef, von dem niemand vermuten möchte, Agent des Mossad zu sein. Die Tageszeitung »Le Pers« berichtet: „Am Abend des 11. November 2009 haben G. Wilders und der sehr umstrittene israelische Außenminister Avigdor Lieberman (der 1999 die extrem rechte Partei „Unser Haus Israel“ gegründet hatte) bei einem Besuch in La Haye an einem geheim gehaltenen Ort zusammen zu Abend gegessen, um ihre Beziehungen zu verfestigen.“

Putin gibt die Kirchen zurück

BERLINER MORGENPOST

19. Januar 2010

Putin will der Kirche Vermögen zurückgeben und gewinne damit einen mächtigen Verbündeten. Für die gesamte russisch-orthodoxe Kirche hat Premierminister Wladimir Putin nun eine Zeitenwende eingeläutet.

Ein seit 2007 in Arbeit befindliches Gesetz über die Rückgabe des kirchlichen Eigentums an die Religionsgemeinschaften, das in sowjetischer Zeit nationalisiert worden war, soll endlich durch die Duma gebracht werden. Womit – zumindest auf dem Papier – der Weg frei gemacht wäre für die Rückgabe sämtlichen kirchlichen Eigentums. Dabei geht es um erhebliche Werte. Mehr als 100 Kirchen waren bereits in den vergangenen 15 Jahren an die Orthodoxie zurückgegeben worden.

Jeder vierte Asylbewerber taucht sofort unter



Wien, 10. Februar 2010

Heftige Polit-Diskussion über den Vorschlag von Innenminister Fekter, für neu in Österreich ankommende Asylbewerber eine „Ausgangssperre“ von mindestens 7 Tagen einzuführen, um ihren Status prüfen zu können. Fekter hat gute Argumente dafür.

Das wohl wichtigste Argument der Innenministerin ist, dass jeder vierte neu ankommende Fremde, der in Österreich um Asyl ansucht, „Asyl sagt, aber sofort untertaucht“. Diesem Missstand, so Fekter, solle mit der Ausgangssperre ein Riegel vorgeschoben werden.

Weiterführende Literatur:
Dr. Gerhard Frey (Hg.): **Halbmond über Deutschland?** / Warum die Türkei nicht in die EU gehört
Peter Winkelvoß: **Die türkische Frage** / Wie Deutschlands Zukunft entschieden wird

Kriminelle Jugendbande

OFFENBACH-POST

AMTLICHES BERICHTSBLATT FÜR STADT UND UMSCHLIEßLICHE VERANTWORTUNG

5. Februar 2010

Die Offenbacher Polizei hat eine Bande von 18 „Heranwachsenden“ geschnappt, denen mehr als 100 Straftaten zur Last gelegt werden. Wie die Ermittler gestern berichteten, hat die polizeiliche Arbeitsgruppe „Ev“ mit zahlreichen Festnahmen nach sechs Monaten ihre Arbeit beendet. „Ev“ ist türkisch und bedeutet „Haus“. Die zumeist türkischen Jugendlichen haben demnach 36 Einbrüche in Wohn- und 62 in Geschäftshäuser begangen. Hinzu kämen drei Raubüberfälle auf betrunkenen Opfer sowie einige Körperverletzungen.

Als Beispiel für die kriminelle Karriere eines Bandenmitglieds führt die Offenbacher Polizei den Fall eines 20-Jährigen aus Dietzenbach an. Er stand erst im November des vergangenen Jahres wegen diverser Raubstraftaten vor Gericht. Der Haftbefehl wurde seinerzeit jedoch ausgesetzt – um dem jungen Mann zu ermöglichen, sein Fachabitur abzuschließen. Geholfen hat diese Nachsicht bei dem 20-Jährigen offensichtlich nicht: Ende Januar musste sich die Justiz erneut mit ihm beschäftigen. Diesmal, weil er am 28. Dezember in Dietzenbach zusammen mit einem 17-jährigen Komplizen einem 84-jährigen Mann die Geldbörse geraubt hatte.

Darf der Staat geklaute Daten kaufen?

Gedanken zur Steuergerechtigkeit und zum Schweizer Bankgeheimnis

Ein neuer, lukrativer Handel scheint sich zu etablieren, der Handel mit widerrechtlich kopierten Daten von deutschen Bankkunden, die Geld in Ländern wie Liechtenstein und der Schweiz am heimischen Finanzamt vorbei deponiert haben. Dank moderner Technik können die Datendiebe Unmengen von Informationen auf einer handlichen kleinen Scheibe, einer so genannten CD, abspeichern, um sie deutschen Behörden für ein „kleines“ Salär anzubieten; klein deshalb, weil der deutsche Staat darauf hoffen kann, für beispielsweise 2,5 Millionen Euro 100 oder 200 Millionen Euro oder mehr bei den erappten Steuersündern eintreiben zu können.

Nach Umfragen gehen die Meinungen der Deutschen über diese Art der Steuerfahndung auseinander. Die einen argumentieren, der Staat müsse alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Steuerhinterziehern das Handwerk zu legen. Diese würden nicht nur Gesetze brechen, sondern auch die Allgemeinheit schädigen. Der Staat sei deshalb geradezu verpflichtet, gestohlene Daten zu kaufen und auszuwerten.

Andere wiederum argumentieren, der Rechtsstaat dürfe bei der Verfolgung von Straftätern nicht selbst Straftaten begehen. Das unbefugte Kopieren von Bankdaten sei nun mal Diebstahl, und der Staat dürfe sich nicht zum Hehler machen. In der Tat heißt es in § 259 (Hehlerei) des deutschen Strafgesetzbuches: „Wer eine Sache, die ein anderer gestohlen oder sonst durch eine gegen fremdes Vermögen gerichtete rechtswidrige Tat erlangt



Geld gegen CD: Mit dem Kauf von gestohlenen Bankdaten begibt sich der Staat auf rechtlich unsicheres Terrain.

hat, ankauft oder sonst sich oder einem Dritten verschafft, sie absetzt oder absetzen hilft, um sich oder einen Dritten zu bereichern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Animierung zu Straftaten?

Weiters wird gegen den Ankauf gestohlener Daten durch den Staat vor-

gebracht, damit werde zur Nachahmung animiert. Der Datenschutz insgesamt könne unter die Räder kommen, wenn er von staatlicher Seite derart missachtet werde. Vermehrt könnten Denunzianten, die sich bereichern wollen, den Datenklau auf andere Bereiche ausdehnen, beispielsweise Industriegeheimnisse ausspionieren und an Konkurrenzunternehmen verkaufen.

Letztlich wird nun das Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit des Ankaufs gestohlener Bankdaten entscheiden. In Karlsruhe ist die Klage eines Steuersünders anhängig, der mit der durch den Fall Zumwinkel berühmt gewordenen Liechtensteiner CD überführt werden konnte.

Es gibt Kritiker des zumindest anrühlich erscheinenden Datenhandels, die nicht rechtlich argumentieren, sondern die Relationen zurechtrücken wollen. Sie sagen, zwar seien die Millionenbeträge, um die es hier gehe, nicht zu verachten, schrumpften aber wieder in der Bedeutung, wenn man sie mit den rund 500 Milliarden Euro vergleiche, die der deutsche Staat zur Rettung von Banken bereitgestellt habe. Die Manager aber, die das verschuldet hätten, würden nicht straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen, sondern seien entweder mit Wahnsinnsbezügen immer noch im Amt oder mit horrenden Abfindungen in den Ruhestand geschickt worden.

Möglicherweise geht es der Bundesregierung beim Ankauf gestohlener Daten nicht nur um die Durchsetzung der Steuergerechtigkeit. Der Verdacht liegt nahe, dass man damit die Schweiz gefügig machen will. Der Bundesregierung wäre es wohl am liebsten, die Schweizer Banken würden die Daten ihrer deutschen Kunden freiwillig offenlegen und regelmäßig dem deutschen Fiskus übermitteln. Vom strikten Bankgeheimnis aber lebt die Schweiz schon

lange und sie hat auch alles Recht dazu, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu regeln. Im Übrigen erscheint das Schweizer Bankgeheimnis allemal sympathischer als der im Entstehen begriffene „gläserne Mensch“ in der Bundesrepublik.

Bundesdeutsche Provokationen

Wenn der Eindruck entstehen würde, das Bankgeheimnis in der Schweiz sei nicht mehr gewahrt, könnten internationale Anleger versucht sein, ihr Geld umzuschichten. Schließlich gibt es in der Welt noch andere so genannte Steuerparadiese. Will die Bundesregierung der Schweiz etwa zu verstehen geben, wenn sie mit den deutschen Steuerbehörden nicht besser kooperiere, dann werde man sich eben die benötigten Informationen auf anderem Wege beschaffen? Kein Wunder, dass die bislang problemlosen Beziehungen der Bundesrepublik mit der überwiegend von Menschen deutschen Volkstums besiedelten Schweiz inzwischen schwer belastet sind. Der vormalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) war es, der die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz zum offenen Streit puschte.

So höhnte Steinbrück, die „Schwarze Liste“ unkooperativer Steueroasen, die durch die internationale Politik spukten, sei wie eine Kavallerie, und fügte hinzu: „Die kann man ausreiten lassen. Aber die muss man nicht unbedingt ausreiten lassen. Die Indianer müssen nur wissen, dass es sie gibt.“ Die Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey bestellte daraufhin den deutschen Botschafter ein. Steinbrücks Äußerungen seien „inakzeptabel, aggressiv und beleidigend“, so die Außenministerin im Schweizer Parlament. Dies hinderte allerdings den damaligen SPD-Chef Franz Müntefering nicht daran, mit Bezug auf Steueroasen von sich zu geben, „früher hätte man dort Soldaten hingeschickt. Aber das geht heute nicht mehr.“

Die Schweizer Regierung lässt bislang keinen Zweifel daran, dass sie niemals einem automatischen Informationsaustausch mit anderen Staaten über Bankkunden zustimmen wird. In der Bundesregierung aber sollte man sich einmal überlegen, wie man relativ einfach alle Deutschen zu ehrlichen Steuerzahlern machen könnte. Mit niedrigeren Steuern und einem gerechteren Steuersystem vielleicht? In der Schweiz jedenfalls sind die Löhne und damit der Lebensstandard höher und die Steuern niedriger als in Deutschland. Es geht also!

Bruno Wetzel

Erneutes Ringen um Opel

GM-Sanierungsplan hat es in sich

Nachdem es die Bundesregierung nicht vermochte, den Verbleib von Opel bei der amerikanischen Muttergesellschaft General Motors (GM) zu verhindern, kommt jetzt das von Wirtschaftsexperten vorausgesagte dicke Ende. Der von Opel vorgelegte Sanierungsplan hat es in sich. Europaweit sollen fast 8.400 Stellen gestrichen werden, davon rund 4.000 in Deutschland. Im Gegenzug zu den damit erzielten Einsparungen will GM in den kommenden fünf Jahren angeblich elf Milliarden Euro in Opel investieren.

Um die Finanzierung zu sichern, sollen aber auch die Länder mit Opel-Standorten zur Kasse gebeten werden und 2,7 Milliarden Euro für staatliche Bürgschaften und Kredite zur Verfügung stellen. Der Löwenanteil von 1,5 Milliarden Euro wird von

Deutschland verlangt. Gelingt die Sanierung nicht, ist das Geld verloren. General Motors selbst aber ist fein heraus. Zum gesamten Finanzbedarf in Höhe von 3,3 Milliarden Euro will der US-Konzern nur 600 Millionen Euro beisteuern.

Die verbleibende Opel-Belegschaft soll einen massiven Lohnverzicht hinnehmen. Die Rede ist von rund 265 Millionen Euro jährlich. Der Opel-Betriebsrat verweigert bislang seine Zustimmung und fordert, falls es zu einer Einigung kommen sollte, dafür eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmen, die Umwandlung Opels in eine Aktiengesellschaft sowie ein Mitspracherecht bei Werkschließungen und Stellenabbau. Opel-Chef Reilly kündigte an, bei einem Scheitern der Verhandlungen mit dem Betriebsrat müssten sich die staatlichen Hilfen erhöhen.

Im Rahmen des Sanierungsplans soll u. a. das Elektroauto Opel Ampera nächstes Jahr auf den Markt gebracht werden. Dieses Zukunftsmodell soll jedoch nicht in Deutschland, sondern in den USA gebaut werden. Man muss davon ausgehen, dass die Bundesregierung auch diese Unverschämtheit klaglos hinnehmen wird. Vertan wurde ja leider die Chance, auf die Autoexperten, wie Professor Ferdinand Dudenhöffer, hingewiesen hatten, nämlich Opel zumindest so lange in deutschen Staatsbesitz zu überführen – was ja auch im Falle der Pleite-Bank Hypo Real Estate (HRE) möglich war –, bis Opel saniert gewesen und für deutsche Investoren interessant geworden wäre. Später urteilte Dudenhöffer, für Opel seien die Entwicklungsmöglichkeiten bei der alten Mutter in den USA um ein Vielfaches schlechter.



Die Deutschland-Reportage

Wir wollen, dass man unser Land einmal durch Ihre Augen sieht. Ohne rosarote Brille, aber auch ohne Hass und Ressentiment – also völlig unüblich.

Wir wollen Sie ermutigen, das Wort zu ergreifen. Wir wollen Ihre Deutschland-Reportage, positiv oder negativ. Egal, ob Sie in Kreuzberg oder Duisburg-Marxloh recherchieren und die Lebenssituation dort erlebbar machen, ob Sie Beispiele intakten kulturellen und wirtschaftlichen Lebens oder ein interessantes Projekt beschreiben.

Neugierig geworden? Dann beteiligen Sie sich an dem Reportagewettbewerb der National-Zeitung, der Zeitschrift »Die Aula« und der Gesellschaft für freie Publizistik.

Ihr Beitrag sollte zwischen drei und vier Manuskriptseiten (Zeilenabstand 1 1/2; Schriftgröße 12) bzw. rund 8.000 Zeichen (mit Leerzeichen) umfassen und mit mindestens einem aussagekräftigen Foto illustriert sein. Die Veröffentlichung kann auch unter Pseudonym erfolgen.

Erster Preis: € 300,- • zweiter Preis: € 150,- • dritter bis zehnter Platz: Buchpreise

Die ersten zehn Beiträge werden in unseren Publikationen veröffentlicht. Die Teilnehmer werden außerdem zu einem Schreibseminar eingeladen, bei dem nur die Fahrtkosten getragen werden müssen.

Also, auf ins Leben. Mund aufmachen, verändern.

Einreichschluss ist der 15. April 2010. Bitte senden Sie uns Ihren Text mit dem Vermerk »Deutschland-Reportage« an: National-Zeitung, 81238 München • Fax: (089) 834 15 34 • E-Post: info@national-zeitung.de

Leserbriefe

Senden Sie Ihren Leserbrief an:
DSZ-Verlag, Leserbriefe, 81238 München
Fax: 089/8341534 | leserbriefe@dsz-verlag.de

Ausschließlich zivile Opfer

Beim Bombenangriff vor 65 Jahren auf Dresden, makaber in der Nacht zum Valentinstag, will man Glauben machen, dass es sich um ca. 20.000 Opfer handelt. Zeitzeugen und Historiker sprechen allerdings von wesentlich mehr Toten, von ca. 80.000. Viele Vertriebene und Flüchtlinge z.B. befanden sich zum Zeitpunkt in der Stadt und um die Stadt. Sie glaubten sich sicher, da es in Dresden keinerlei Militärbasis oder Rüstungsindustrie gab. So traf es ausschließlich gewollt zivile Opfer.

F. Schöne, Hoyerswerda

Wer zählt die Toten von Dresden?

Ich habe als 14-Jährige den Feuersturm auf Dresden miterlebt und überlebt, nur deshalb, weil ich nicht im Zentrum der niedergebrannten Stadt, sondern in einem teilzerstörten Vorort der Altstadt wohnte. Auch ich bin fassungslos und empört über so viel Unverfrorenheit, die Zahl der Bombenopfer von Dresden, immer wieder erneut, bis auf nunmehr 25.000 herabzudrücken.

Natürlich ist Dresden wieder wunderschön hergestellt worden, aber eigentlich betrifft das nur die historische Altstadt. Wo ist die Innenstadt geblieben, in der die vielen Brandopfer lebten? Dresdens heutige Straßen sind großzügig und breit angelegt. Das barocke Dresden war eng bebaut, mit Nebenstraßen, in denen man sich fast die Hände von Haus zu Haus reichen konnte. Vier- bis sechsstöckige Wohngebäude besaßen oft noch hölzerne Treppenhäuser, die wie Zunder brannten. Außerdem waren wir Dresdner unerfahren in Bombenangriffen, und viele Leute glaubten, in ihren Kellern besser geschützt zu sein, als durch die auflodernden Brände hinauszurennen in rettende Gebiete.

Später zog der entstandene Orkan die flüchtenden Menschen wie ein Magnet in den Feuerkamin. Ebenso verbrannten beim zweiten Angriff die Feuerwehrleute, die aus den verschiedenen Gebieten Sachsens herbeigeieilt waren. Auf welcher Liste stehen ihre Namen? Oder die der vielen Toten der Vorstädte? Wie zählte man die vielen umgekommenen namenlosen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen vom Hauptbahnhof? Fragen über Fragen.

H. Rentsch-Millin, per E-Post

Literatur-Hinweis:
Schaarschmidt: **Dresden 1945**, € 19,90

Mein Vater starb in Dresden

1944 geboren, bin ich noch einer der Ohrenzeugen des Bombenterrors von Dresden. Mein Vater war Berufsfeuerwehrmann in Zwickau und wurde mit seinen Kameraden zur Hilfe nach Dresden abkommandiert. Er wurde dort am 14. Februar 1945 in Ausübung seines Dienstes bei der dritten Angriffswelle getötet. Seine Schwester, meine 1994 verstorbene Tante, betrieb in der Prager Straße ein kleines Cafe und überlebte schwer-

verletzt. Sie bestätigte, dass sie auf den Elbwiesen von Tieffliegern beschossen wurden. Meine Tante wollte ihre Aussagen in DDR und BRD zu Protokoll geben, sie wur-

Lieber Leser!

Aus Anlass meines 77. Geburtstages bitte ich von Geschenken abzusehen. Ich freue mich aber über Ihre Unterstützung der deutschen Sache. Sie helfen der National-Zeitung am besten durch Ihre Spende an den Freundeskreis NZ e.V. oder den DSZ-Verlag oder durch Abonnements und Geschenk-Abonnements. Herzlich

Ihr Gerhard Frey

Dr. Gerhard Frey

de immer abgewiesen. Ich schäme mich für all diese Geschichtsfälscher, die unsere Toten einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Mein Vater hat durch seinen Einsatz vielen Menschen das Leben gerettet – er wird durch diese Typen verhöhnt. Wie ein Land mit seinen Toten umgeht, zeigt seine innere Verfassung!

B. Langheinrich, per E-Post

Vergessenes deutsches Leid

Zu: „Ungesühnte Verbrechen an Deutschen“, National-Zeitung vom 22. Januar 2010

Auch ich bin zwei Mal nur knapp dem US-Bombenterror und damit dem Tod entkommen. 1943 war ich in Gotenhafen, als dort im Juli ein Angriff erfolgte, mit Spreng- und Brandbomben und Luftminen! Es gab ungefähr 800 Tote. Ich überlebte damals, 12 Jahre alt, in einem Keller. Überall lagen zerfetzte Leichen. Im September 1944 wurde ich mit meiner Familie in Bremerhaven ausgebombt. Zum Glück gelangten wir in einen Bunker, sonst wären wir verbrannt. Es gab über 1.000 Tote, zumeist Brandleichen. Den Anblick werde ich nie vergessen. Es sind noch im Februar und März 1945 historische Städte wie beispielsweise Heilbronn und Ulm vernichtet worden mit zigtausenden Toten. Das wird von den Siegern vergessen.

H. Eden, Bremerhaven

Seltsame Maßstäbe

Jedes Jahr aufs Neue werden wir tagelang medial malträtirt mit den Hollywoods Glitzer-Scheinwelt ablaufenden Verleihungen von Golden Globes, Oscars und dergleichen mehr, mit samt den damit verbundenen Lobhudeleien, Umarmungen, Küssen sowie hysterischen Verrenkungen der Ausgezeichneten, echt, oder auch nur bestens gespielt. Was aber auffällt: Filme, Schauspieler und Regisseure haben dann sehr gute Aussichten auf eine so profitable Auszeichnung, wenn es um Naziverbrechen, KZ-Gräuel, um den Kampf der Guten für die USA, Gott und die Menschenrechte gegen die Bösen geht.

Ein Film über die Auslöschung deutscher Städte, wie Dresden, Hamburg, Köln, und die unermesslichen Leiden der deutschen Bevölkerung und Vertriebenen hätte, auch wenn er noch so hervorragend und professionell produziert worden wäre, bei diesem penetranten Auszeichnungs-Afentheater garantiert nicht die geringsten Chancen.

Da braucht es einem auch um das berufliche Weiterkommen des österreichischen Entertainers Alfons Haider nicht bange sein, seit er mit scheußlichen Angriffen auf seine Heimat, die er als „verlogenes und verschissenes Land, in dem Flüchtlinge wie Tiere behandelt werden“, vor aller Öffentlichkeit auftrat – und damit bei einschlägigen Kreisen größtes Wohlwollen erregte. Fehlt jetzt nur noch, dass ihm der österreichische Bundespräsident beim Opernball, wo Haider trotz dieser Erbärmlichkeiten für den ORF weiterarbeiten darf, ein Interview gewährt. In Österreich gilt eben: Es gibt nichts, das es nicht gibt. E. Lafert, Mürzzuschlag / Stmk.



Foto: Christian Kalluba, cc-by-sa 3.0

Alfons Haider bezeichnete Österreich als „verlogenes und verschissenes Land“. Berufliche Konsequenzen haben seine Entgleisungen für den Sänger und Moderator nicht.

Kriegsminister Guttenberg

Verehrter Herr Dr. Frey, ich bedanke mich ganz herzlich für den Deutschen Kalender 2010, hervorgehend als Preis aus der rätselhaften „Deutschen Dichterreise“. Der Kalender ist immer ein Gewinn, schon wegen seiner Personenporträts und der anderen phänomenalen Abbildungen. Meine Anregung für weitere Rätsel wäre die, aus dem reichen Born deutscher Kunst und Wissenschaft zu schöpfen.

Ganz besonders hat mich gefreut, dass der Autor Karl Diefenbach auf der Titelseite der National-Zeitung Nr. 6 vom 5. Februar zu Guttenberg als das bezeichnet hat, was er ist, nämlich Kriegsminister. Wir sollten uns auch fernerhin nicht scheuen, diesen Ausdruck zu gebrauchen, zumal bei solchen Staaten, die Krieg führen oder sich fern der Heimat als Kriegsknechte bei Überfällen und Besetzungen missbrauchen lassen.

D. Roloff, Birkholz/Altmark

National * Zeitung

DEUTSCHE WOCHENZEITUNG | 60. JAHRGANG

Deutschland muss leben!

Von Dr. Gerhard Frey

Entgegen dem Willen einer großen Mehrheit der Deutschen verstärken Merkel und Genossen den Kriegseinsatz im fernen Afghanistan weiter und verwandeln die Europäische Union illegitim in einen Zwangsstaat. Während die Verarmung von Millionen Deutschen einen neuen Rekord erreicht und Tausende Bonzen sich unerträglich bereichern, fließen die Gelder des deutschen Steuerzahlers an unsere EU-Partner, als immer neue Reparationen aus dem Zweiten Weltkrieg, an Israel und eine Vielzahl nichtdeutscher Einrichtungen.

Die von mir herausgegebene National-Zeitung klärt Woche für Woche die Bevölkerung über die wirklichen Hintergründe des Geschehens auf. Wir finanzieren uns nicht durch Stiftungen, Gewerkschaften, kirchliche oder gesellschaftliche Einrichtungen. Weil wir deutsche Interessen vertreten, erhalten wir auch keine Anzeigen, die presseüblich mehr als 75% der Einnahmen ausmachen. Ich selbst arbeite unentgeltlich.

Heute richte ich an Sie die Bitte, die National-Zeitung zu fördern und zu stärken. Jedes Abonnement und jedes Geschenk- oder Patenschafts-Abonnement hilft der deutschen Sache. Zehntausenden Deutschen ist es unmöglich, die National-Zeitung selbst zu abonnieren. Dies gilt für viele junge Leute ebenso wie für Senioren. Bitte verlangen Sie unsere Abonnement-Abteilung unter der Telefon-Nr. 089-8960850. Bitte benutzen Sie am besten jetzt gleich den Bestellschein auf der letzten Seite dieser Ausgabe.

Wenn Sie den Bestand der National-Zeitung für die Zukunft sichern wollen, bedenken Sie bitte die DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH in Ihrem Testament mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis, damit die National-Zeitung jede Woche neu am Kiosk, in den Briefkästen und im Internet erhältlich bleibt und ihre Stimme für Deutschland erheben kann.

Bei einem eigenhändigen Testament muss der gesamte Text vollständig handschriftlich geschrieben und am Schluss unterschrieben werden. Auch Orts- und Datumsangabe sind sinnvoll.

Wegen aller Fragen zu Form, Inhalt und Verwahrung eines Testaments können Sie sich jederzeit vertraulich wenden an:

DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH
Paosostraße 2, 81243 München
089/8960850 • Fax 089/8341534 • info@dsz-verlag.de

Guttenberg ins Stammbuch

Der im Konzentrationslager Dachau zum Priester geweihte Diakon Karl Leisner habe, wie die Rundfunkanstalt Bayern 2 mitteilte, das Attentat Georg Elzers auf Hitler befürwortet und wurde von Papst Johannes Paul II. seliggesprochen. Bekanntlich hat Elser aber nicht Hitler in die Luft gejagt, sondern acht unschuldige Zivilisten sowie über sechzig Zivilisten zum Teil schwer verletzt. Eindeutig eine terroristische Tat.

Nun hat Verteidigungsminister zu Guttenberg das von Oberst Georg Klein im Kundus zu verantwortende Bomben-Massaker als „angemessen“ bezeichnet. Die Parallele Leisner und Guttenberg ist unverkennbar: Beide hielten eine Untat für angemessen, nur mit dem Unterschied, dass Leisner seliggesprochen, Guttenberg hingegen abgewatscht wurde. Das finde ich ganz und gar nicht angemessen und werde deshalb beim Heiligen Vater für Guttenbergs Seligsprechung plädieren. Immerhin wurde er schon von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V., der Atlantik-Brücke, dem Aspen-Institut, der Bertelsmann-Stiftung und dem American Jewish Committee mit einem Heiligenschein ausgestattet, fehlt nur noch die Approbation des Heiligen Stuhls.

R. Heuschneider, Kirchberg

Schurkenstaaten

Sehr geehrter Herr Dr. Frey, National-Zeitung Nr. 7, 12. Februar 2010, Seite 3 „Sind die USA ein Schurkenstaat?“ (Antwort: JA). Ihr Artikel: Brillant wie immer! Ich erlaube mir meine Bitte zu wiederholen, dass am Ende eines jeden Jahres Ihre Artikel in gebundener Form uns Lesern der National-Zeitung zugänglich gemacht werden.

Zum Schurkenstaat USA: Sie schreiben unter anderem „... andererseits möchte man aber auch nicht die Überreste der Opfer sehen ...“

Vielleicht ist das ein Punkt, unseren „Verbündeten, Freunden, Befreiern“ vor Augen zu führen, was sie Unsägliches anrichteten, wenn ihnen Bilder ihrer Scheußlichkeiten auf Postkarten an ihre Zeitungen etc. zugesandt werden. Dresden liefert hierzu schreckliche Bilder (siehe hierzu z. B. aus dem Buch von Jörg Friedrich „Brandstätten“, Abschnitt „Bergung“, Seite 96–143). Damit ich nicht revisionistischer Anwandlungen bezichtigt werde, kann ich auf die Ausnahmejournalistin Freda Utley und ihr Buch „Kostspielige Rache“ als „Anwältin der Stummen“ verweisen. Als Frau Utley ihr Buch 1949 veröffentlichte, war das Wissen um die aktuellen Kriegsvorgänge noch frisch und nicht zensiert überarbeitet und gestrichen. In Abschnitt VI „Unsere Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, auf Seite 211, schreib sie über die Bombardierung Dresdens: „... unsere Angriffe auf Dresden, wo wir in einer Nacht mehr als einer Viertelmillion Menschen den grässlichsten Tod brachten ...“. Bilder dazu sind auch in dem (seltenen) Buch von Axel Rodenberger, 4. Auflage 1953, „Der Tod von Dresden“, Bilderanhang ab Seite 193 zu finden.

Die Frage lautete aber: „Sind die USA ein Schurkenstaat?“ Ich lasse diese Frage von Prof. Noam Chomsky beantworten, zehnfacher Ehrendoktor, von der „New York Times“ als „bedeutendster lebender Intellektueller“ gewürdigt, in seinem Buch „War against people“ (Menschenrechte und Schurkenstaaten), Europa Verlag, 2001, steht passend auf der letzten Seite: „Schurkenstaaten sind die USA und ihre Verbündeten, und die Menschenrechte sind ihr Vorwand!“

M. Krause, Isernhagen

An dieser Stelle veröffentlichen wir Leserbriefe. Die darin zum Ausdruck kommenden Meinungen decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Aus räumlichen Gründen vermögen wir nur einen Teil der eingesandten Leserbriefe zu veröffentlichen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen und Zusammenfassungen vor.

Der Tod fährt mit

Tiertransporte sind die reinste Qual

„Wir haben übertrieben und bäuerliche Tierhaltung in industrielle Produktion verwandelt, mit dem Ziel, die Tiere auf immer höhere Leistungen zu trimmen.“ Diese Erkenntnis veranlasste Karl Ludwig Schweisfurth, Gründer und ehemaliger Besitzer der „Herta“-Wurstfabrik, sein bisheriges Unternehmen aufzugeben und sich umzuorientieren. 1984 beschloss er: „Ich steige aus und beginne nochmal von vorne, mit ökologischer Landwirtschaft und Lebens-Mittelverarbeitung – mit den Erfahrungen von dreißig intensiv gelebten Jahren.“

Zwei Jahre später gründete er die Schweisfurth-Stiftung in München. In Hermannsdorf bei Glonn, südöstlich der bayerischen Landeshauptstadt, erwarb er ein großes Gut und begann mit dem Aufbau

Ethik gehört. So wird verständlich, dass alle umdenken müssen, den Tieren und damit den Menschen zu Liebe, die deren Milch trinken und deren Fleisch essen“, heißt es in den Grundsätzen der Firma.

Das Schlachtvieh stammt von den Bio-Bauern aus der Nachbarschaft. Es hat keine langen Transportwege hinter sich, die Tiere kennen die Bauern und können so ohne unnötigen Stress, so behutsam, wie es möglich ist, geschlachtet werden. „Das ist nicht nur aus Tierschutzgründen wichtig, sondern bringt auch eine Fleischqualität, die man lange suchen muss. Stress bei Transport und Schlachtung macht jede Fleischqualität kaputt.“

Solch kleine Schlachthöfe wie auf den Hermannsdorfer Landwerkstätten gibt es kaum noch in Deutsch-

land, das weiß Schweisfurth aus eigener Erfahrung. Früher stand er einem Unternehmen vor, das mit Schlachtung am Fließband bis zu 300 Schweine in der Stunde verarbeiten konnte.

Tagesordnung. Hinzu kommen Dehydrierung, Stress und vollkommene Erschöpfung. In der EU dürfen die Transporte eine Höchstdauer von acht Stunden haben. Jedoch können acht Stunden immer noch viel zu lange für die gestressten Tiere sein, und außerdem ist eine Verlängerung der Transportzeit unter bestimmten Auflagen auf eine unbegrenzte Anzahl von Stunden möglich.

Eine EU-weite Erneuerung der Gesetzgebung zum Schutz der Tiere während des Transportes von 2007 blieb weit hinter den Forderungen und Erwartungen der Tierschützer zurück. „Unüberwindbar war die Kluft zwischen den Staaten, die nachhaltige Verbesserungen für den Tierschutz durchsetzen wollten und jenen, denen wirkliche Verbesserun-

Auf dem Weg zum Schlachthof: Nicht mehr regional, sondern überregional und sogar international sind die Wege zwischen Aufzucht und Schlachthof.

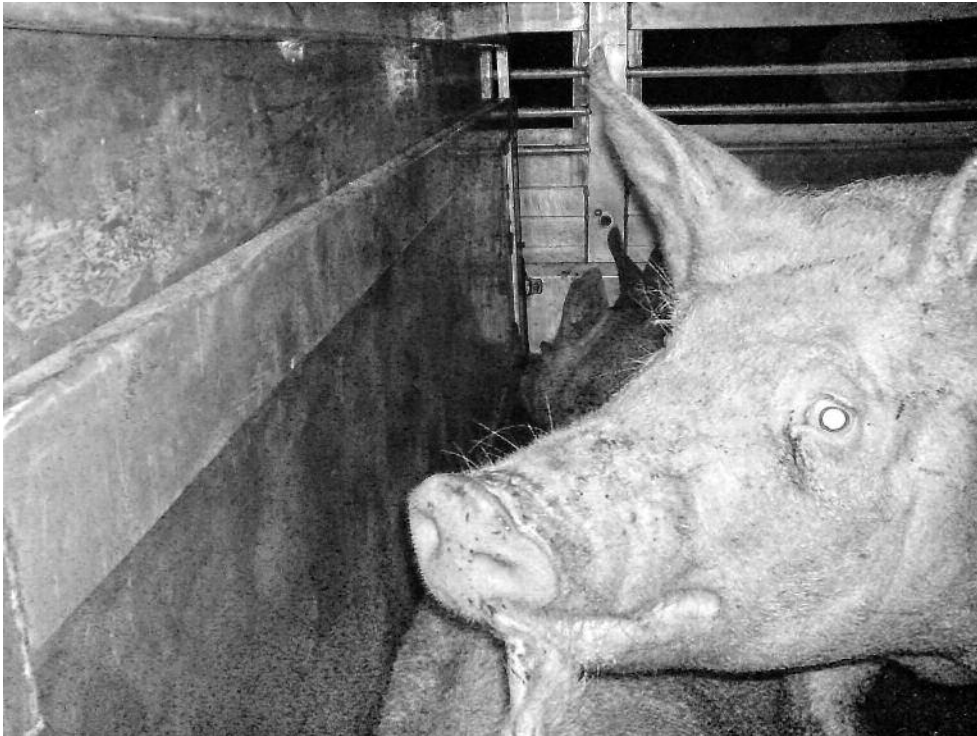


Foto: tiptipete cc-by-sa 3.0

der Hermannsdorfer Landwerkstätten. Heute arbeiten dort 120 Mitarbeiter, die sich seit fast 20 Jahren der ökologischen Herstellung von Lebensmitteln widmen. Filialen in München und Umgebung bedienen den Verbraucher und finden immer mehr Zulauf.

Gebote der Vernunft und Ethik

„Hohe lebensfördernde Lebens-Mittel-Qualität (wir schreiben Lebens-Mittel mit Bindestrich, um zu verdeutlichen, dass Lebens-Mittel Mittel zum Leben sind) ist nach unserer Überzeugung nur mit ökologischer Wirtschaftsweise zu erzielen. Und das in einer Landwirtschaft ohne Gentechnik und ohne synthetische Düngemittel und Pestizide, ohne Monokultur und Massentierhaltung. In einer Landwirtschaft, die gesundes Bodenleben und die Bodenfruchtbarkeit fördert, das Grundwasser klar und sauber hält, gesunde und vitale Pflanzen erzeugt und die Tiere so hält, wie es sich nach den Geboten von Vernunft und

Tortur auf der Straße

Und tatsächlich ist die Tortur der Tiertransporte eines der dunkelsten Kapitel im Umgang der „zivilisierten“ Gesellschaft mit dem Tier. Der Deutsche Tierschutzbund spricht von 360 Millionen Tieren, wobei Geflügel nicht einmal einberechnet ist, die jährlich durch ganz Europa gekarrt werden. Tausende Kilometer und mehrere Tage kann der Weg in den Tod lang sein. Eng zusammengepfercht, teilweise sogar in mehrstöckigen LKW (je nach Tierart sind nach EU-Recht eine bis vier Ladeebenen zugelassen: für Pferde einstöckig, Rinder zweistöckig, Schafe dreistöckig und Jungtiere wie Lämmer, Kälber, Ferkel vierstöckig), müssen die Tiere ausharren. Oft ist die Hitze unerträglich, Knochenbrüche und Quetschungen sind an der

gen zu weit gingen. In den immer gleichen Hauptstreitpunkten – Ladedichte, Anforderungen an die Temperatur und Luftfeuchtigkeit während des Transportes sowie den Fahrt- und Pausenregelungen – konnte keine Einigung erzielt werden“, kommentierte der Tierschutzbund. Die Verhandlungen wurden vertagt. Damit aber ist keinem der Tiere geholfen worden.

Warum Tiertransporte?

Die Gründe für Tiertransporte sind unterschiedlicher Natur. Zum einen spielen natürlich Geld und Profit eine große Rolle, wo immer sich ein paar Cent sparen lassen, wird auf Kosten der Tiere gehandelt. Die Produktion beziehungsweise Schlachtung verlagert sich an Standorte, die durch geringere Löhne, lockerere Tierschutzstandards und auch niedrigere Haltungskosten kosteneffektiver sind. Strukturschwache Regionen erhalten von der EU zudem Unterstützung, so dass zum Beispiel auf Sizilien Großschlachthöfe eröffnet werden können, zu denen kleinere, regionale Schlachthöfe nicht konkurrenzfähig sind.

Die EU-Subventionspolitik der letzten Jahre führte außerdem zu einer Überproduktion von Fleisch. Daher kommt es zum Export in Länder, die Bedarf haben. Weil aber Frischfleisch natürlich mehr Nachfrage erfährt als bereits verarbeitetes Fleisch, müssen die Tiere lebendig transportiert werden. Des Weiteren kann es eine Rolle spielen, dass bestimmte Arten der Schlachtung in Ländern wie Deutschland nicht ohne Auflagen durchgeführt werden dürfen (Stichwort: Schächten), weshalb das Vieh über die Grenzen geschafft werden muss.

Amelie Winther

Die Jagd ist eröffnet

Kanada gibt 50.000 Robben zum Abschuss frei

Während alle Welt in diesen Tagen den Blick nach Vancouver richtet, um die Olympischen Winterspiele zu verfolgen, versuchen Tierschützer die Gelegenheit zu nutzen, um auf die 50.000 Robben aufmerksam zu machen, die kürzlich von der kanadischen Regierung zum Abschuss freigegeben worden sind. Nachvollziehbare Gründe für diese hohe Zahl gäbe es nicht, so Tierschützer.

Die gesamte Population der Kegelrobben beträgt laut Ministerium 300.000 Tiere. Auch auf Hay Island, einer nur 500 Meter langen Insel in einem Schutzgebiet nahe der Atlantik-Insel Kap-Breton, dürfen mehr als 2.000 Tiere getötet werden. Der Internationale Tierschutzfonds IFAW ist empört, denn diese Zahlen bedeuten, dass drei von vier neugeborenen Kegelrobben in diesem Jahr erschlagen werden.

Von einer „staatlich geförderte Ausrottung“ der „hilflosesten aller Kreaturen“ spricht in diesem Zusammenhang IFAW-Meeresbiologe Ralf Sonntag. Robbenjunge im Alter von drei Wochen, die noch nicht einmal schwimmen und ins Wasser fliehen könnten, würden getötet. Überhaupt gilt die Robbenjagd als besonders grausam. Vor allem Jungtiere werden zusammengetrieben und erschlagen. Oft vergehen noch quälende Stunden, ehe sie wirklich tot sind. „Es gibt keine ökonomischen oder ökologischen Gründe, die dieses Gemetzel rechtfertigen. Weder gibt es Hinweise, dass sich

Fischbestände durch die Jagd erholen, noch gibt es Absatzmärkte für die Felle“, sagt Dr. Sonntag.

„Human und nachhaltig“ nennt die Regierung Kanadas die Jagd hingegen, außerdem sei sie lebensnotwendig für die Inuit, die Gruppe der Eskimos in Kanada und Grönland. Fischereiministerin Gail Shea äußerte sich dementsprechend zum EU-Handelsverbot für Robbenfelle: „In Europa wird das leider nicht verstanden. Wir werden das Recht der kanadischen Robbenjäger verteidigen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.“ Im Mai 2009 hatte das EU-Parlament das weitreichende Handelsverbot erlassen, um auf „die Sorgen vieler europäischer Bürger über die grausamen Methoden der Robbenjagd“ zu reagieren.

Tatsächlich gehörte die Robbenjagd Jahrhunderte lang zur traditionellen Lebensweise der Inuit. Allerdings benötigten sie die geschlachteten Tiere zur Selbstversorgung. Als ab dem 19. Jahrhundert die europäischen Einwohner in den Kolonien selbst mit der Jagd begannen, waren die Tierbestände innerhalb kürzester Zeit um ein Vielfaches dezimiert. Heute sehen kanadische Fischer in der Robbenjagd ein zweites wirtschaftliches Standbein, nachdem die Fischgründe durch Hochseeflotten überfischt sind. 2005 etwa sollen über die Robbenjagd Einnahmen von 16 Millionen Dollar erzielt worden sein. Ein Robbenfell wird für 70 kanadische Dollar verkauft.



Foto: Andreas Tiptipete cc-by-sa 3.0

Frei zum Abschuss: Diese junge Kegelrobbe hat Glück, sie lebt auf Helgoland und muss nicht wie ihre westatlantischen Artgenossen fürchten, Opfer einer Harpune zu werden.

Immer weniger Geburten

Alarm auch in Österreich

Seit Jahrzehnten schon ist die Geburtenrate in Europa rückläufig. Während die „Gebärfreudigkeit“ im sozialistischen Osten bis zur Wende angesichts umfassender staatlicher Maßnahmen etwas höher als im freien Westen war, war die Entwicklung zu Beginn der neunziger Jahre genau umgekehrt. Die staatlichen Ordnungen im „befreiten“ Osten kollabierten, es war kein Geld mehr da für Mütter und Familien, viele Menschen hatten keine Zukunftshoffnungen mehr und verweigerten den Nachwuchs, manche von ihnen gingen in den vermeintlich goldenen Westen. In bundesdeutschen Ländern liegt derzeit die Geburtenrate bei gerade einmal 1,35 Kindern pro Frau – Tendenz weiter fallend.

Betrachtet man die Alpenrepublik, so muss man feststellen, dass die Österreicher auf dem Gebiet der Geburten fast schon den Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland vollzogen haben. Denn dort geht seit Jahren ebenfalls die Zahl der Neugeborenen beängstigend zurück. 2009 kamen in Österreich gerade noch 75.387 Kinder zur Welt. Das sind 1.301 Geburten weniger als 2008. Das bedeutet, dass derzeit 1,4 Kinder auf eine Frau in der Alpenrepublik kommen – ein Wert, der nur ge-

ringfügig über dem in der BRD liegt.

Blickt man auf die absoluten Zahlen in den letzten zwei Jahrzehnten, dann wird die ganze Misere schnell sichtbar: Waren in Österreich 1990 noch 90.454 Kinder auf die Welt gekommen, so sank die Zahl zehn Jahre später auf 78.268. Das entspricht einem Rückgang von etwa 13,5 Prozent. Bezogen auf das Jahr 2009 ging die Geburtenrate in der Alpenrepublik binnen knapp zwei Jahrzehnten sogar um 16,7 Prozent zurück. Das sind Zahlen, die nichts Gutes verheißen. Fast schon 45 Jahren, also mit Einführung der Anti-Babypille, sinkt die Geburtenrate in deutschen Ländern kontinuierlich. Nur die sozialistische DDR hatte es zwischenzeitlich geschafft, durch eine familienfreundliche Politik die Gebärfreudigkeit der mitteldeutschen Frauen zu heben. Auch Frankreich gelingt dies seit vielen Jahren. Dort ist man mit 2,2 Kindern pro Frau – (vor allem nordafrikanische) Einwanderer natürlich mitgerechnet – mittlerweile Spitzenreiter in Europa. Was hindert Herrschende in der Bundesrepublik und in Österreich daran, eine ähnlich geburtenfördernde Politik zu betreiben?

Manfred Waldner

Anzeige

KRIEGSKINDER
KINDERSCHICKSALE IM 2. WELTKRIEG
14,90 € | 160 Seiten | bebildert
Best. Nr.: 4974

Bewegende Berichte von Zeitzeugen über Flucht, Vertreibung, Bombenterror, Kinderlandverschickung und andere Erlebnisse.

Kinderschicksale im 2. Weltkrieg
Karsten Kriwat

Deutscher Buchdienst • 81238 München • ☎ 089/89608521
Fax 089/8341534 • info@deutscher-buchdienst.de

Supermacht ohne Moral

Der Terrorismus der USA gegen Kuba



Ein Desaster der USA: Am 17. April 1961 kam es zu einem militärischen Angriff der Vereinigten Staaten unter Präsident John F. Kennedy auf Kuba, der mit Unterstützung der CIA von Exilkubanern durchgeführt wurde. Die Invasion in der Bahia de Cochinos (Schweinebucht) war der erste Höhepunkt der antikubanischen Aktionen der USA, scheiterte aber kläglich an den hoch motivierten Kämpfern der kubanischen Revolutionsarmee. Im Bild: Kubanische Soldaten bei den Trümmern eines abgeschossenen Flugzeugs der Invasoren.

Der Zambon-Verlag, Frankfurt am Main, will sich mit seinem Programm nicht von den Gesetzen des Marktes bestimmen lassen. Er veröffentlicht Bücher, deren Inhalte ihm wichtig sind, die bewegen und aufklären wollen. Die Reihe „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ist das Kernstück dieses Programms. Dabei wird auf Verbrechen hingewiesen, die die so genannte öffentliche Meinung aufgrund gezielter Desinformation nicht als solche anzuerkennen bereit ist.

In diese Reihe gehört das Buch „USA: Supermacht ohne Prinzipien und Moral“. Der Herausgeber Salim Lamrani präsentiert darin aufrüttelnde Beiträge höchstangeregter Politologen von Weltgeltung, häufig jüdischer Abstammung, die mit der brutalen und unfairen Politik der USA gegenüber Kuba abrechnen. Herausgekommen ist eine fulminante Anklage gegen den Versuch, die kubanische Revolution zu erdrosseln. Besonders Augenmerk widmen die Autoren auch den fünf Kubanern, die unschuldig wegen angeblicher Spionage zu lebenslangen Haftstrafen in

den USA verurteilt wurden. Sie versuchten lediglich, den Terrorismus der USA und der kubanischen Mafia in Florida gegen Kuba zu vereiteln.

Im Vorwort schreibt Herausgeber Lamrani, Forscher an der Universität Sorbonne in Paris und auf die Beziehungen zwischen Kuba und den USA seit 1959 spezialisiert, unter anderem: „Um die Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zu verstehen, muss man von einer unwiderlegbaren Tatsache ausgehen: In der heutigen Welt richten sich die Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen nicht nach Recht und Gerechtigkeit, sondern nach dem Gesetz des Stärkeren. Die terroristische Gewalt wurde zum Antriebsmotor der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern. Kuba war in der Geschichte der internationalen Beziehungen das Land, das den weitreichendsten durch die erste Weltmacht orchestrierten Terrorfeldzug erleiden musste. Hierzu gibt es keinerlei Vergleich; diese offenkundige Wahrheit wäre der ganzen Welt, würde sie diese aus einem objektiven Blickwinkel betrachten, bekannt.“

Unter den Autoren finden sich so namhafte Persönlichkeiten wie Noam Chomsky, einer der großartigsten Autoren und Denker; Howard Zinn, emeritierter Professor der Universität Boston; Nadine Gordimer, Essayistin und Drehbuchautorin; Leonard Weinglass, der ausgedehnte Reisen zu den Unruheherden der Welt unternommen hat, so nach Kuba, Vietnam und Iran. Er ist Strafverteidiger von einem der fünf Kubaner.

Der folgende Satz aus dem Beitrag von Nadine Gordimer kann als Kernthese des überaus lesenswerten Buches verstanden werden: „Die US-amerikanische Demokratie war und ist ständig dabei, unverhohlen die Normen der Sittlichkeit zu verletzen, die die Menschen dazu berechtigen, sich als die höchste Form der Gattungen zu betrachten.“

Buchtipp:
Salim Lamrani (Hg.): **USA: Supermacht ohne Prinzipien und Moral** / Gesetzesbruch, Schrecken und Gewalt gegen Kuba. 211 Seiten, € 15,00.

Sehr verehrter Freiheitlicher!



Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin manipuliert die Geschichte zu Lasten Deutschlands, dem sie eine Universalschuld an allem Unrecht aufzwingen will. Der Deutsche Buchdienst verteidigt Recht, Freiheit und Wahrheit. Jetzt ist die Dokumentation **Deutsche Einheit, deutsche Freiheit** erschienen, in der Jammergestalten an den Pranger gestellt werden, die die Vereinigung von BRD und DDR mit allen Mitteln zu torpedieren trachteten und von denen viele heute das große Wort in Berlin führen.

Der renommierte britische Historiker Prof. Davies kommt in seinem Werk **Die große Katastrophe / Europa im Krieg 1939 – 1945** zu einer grundlegenden Neubewertung des Zweiten Weltkriegs. Davies prangert das System der Massenmorde von Sowjets und Angloamerikanern an und würdigt die Wehrmacht. Andererseits feiert Davies Oberst Rudel als den Tapfersten der Tapferen und rügt die Strafverfolgung von David Irving wegen abweichender Meinungsäußerung. Sehr zu empfehlen sind Irvings Werke **Meine Gefängnisse** und **Schlacht um Europa**. Darin und in den Büchern von Sven Eggers **Helden der Wehrmacht** und Oberst Herrmann **Supersoldiers** widerfährt der von Merkel geschmähten Wehrmacht Gerechtigkeit. Großartig ist auch die Dokumentation **Das letzte Geheimnis** über die wahren Verantwortlichen am Zweiten Weltkrieg.

Die Bundeskanzlerin hat gerade auch in Bezug auf Polen, aber auch generell ungeheure deutsche Untaten erfunden und sogar die Opfer asiatischer Kriege dem deutschen Schuldkonto zugeteilt. Die Wahrheit lesen Sie in **Antwort an Warschau, Frau, komm!** und **Freispruch für Deutschland**. Hunderte antideutsche Fälschungen werden widerlegt

in **Der große Wendig, Band I – IV** und in **Das Lexikon der antideutschen Fälschungen**.

Bei ihren Anklagen gegen unser Volk vergisst Merkel ganz und gar das heutige Unrecht u. a. im Nahen Osten. Überaus informativ sind **Gaza** sowie **Wer regiert die USA?**, **Das Netz** und **Wem dient Merkel wirklich?**

Da die heute Mächtigen nur deutsche Untaten darstellen, wird die andere Seite der Medaille offenbar in den Werken **Dresden 1945**, **Kein Krieg wie im Westen**, **Hinter Stacheldraht**, **Der andere Holocaust** wie auch in **Terror-Tribunal**.

Hochinteressant sind die DVDs **Wilhelm Tell, Mit der Kamera an der Ostfront**, **Mit der Kamera nach Stalingrad**, ebenso **Die Geschichte der deutschen Wehrmacht**.

Wunderbar sind **Wiedervereinigungs-Medaille**, die Medaillen **Herrmann der Cherusker** und **Andreas Hofer** sowie die **Tapferkeitsmedaille**.

Bitte wählen Sie auf Seite 15 und 16 die Sie interessierenden Titel aus und teilen Sie mir Ihre Wünsche auf dem Bestellschein auf Seite 16 mit. Ab Bestellwert von 20,- Euro liefern wir innerhalb der Bundesrepublik versandkostenfrei. Bei Bestellung bis 1. März 2010 ab 25,- Euro erhalten Sie kostenlos das Buch **Die türkische Frage**.

Vor allem aber stärken Sie mit jedem Abonnement und Patenschafts- bzw. Geschenkabonnement unsere Stimme gegen die Flut der antideutschen Lügen. Bedienen Sie sich bitte des Bestellscheins auf Seite 20 und wählen Sie aus den dort vermerkten Vorteilen für Neu-Abonnenten aus. Ihnen alle guten Wünsche und herzliche Grüße

Dr. Gerhard Frey

Dr. Gerhard Frey

Sie erreichen mich unter: e-Post: dr.frey@national-zeitung.de • Telefon: (089) 89608521 • Fax: (089) 8341534

SPITZENREITER der Woche

Empfehlenswerte Bücher, DVDs/Videos und CDs in der Reihenfolge des Interesses unserer Leser. (Zum Vergleich in Klammern die Platzierungen der Vorwoche)



Dr. Gerhard Frey
Deutsche Einheit, deutsche Freiheit

Das Verbrechen der Teilung. Wie es scheiterte. Was zu tun bleibt. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer: Die deutsche Einheit ist nichts für die Vitrine, sondern eine immer neue Aufgabe. Sie endet nicht an Staatsgrenzen. Und sie muss zur Freiheit führen.

14,90 € | 160 Seiten | bebildert | Best. Nr.: 6267
Jetzt bestellen!

BÜCHER UND HÖRBÜCHER

1	Dr. Gerhard Frey: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit € 14,90 (Best.Nr. 6267)	(2)
2	Dr. Frey: Deutscher Kalender 2010 € 14,90 (Best.Nr. 6251) Dr. Frey: Deutscher Kalender 2009 € 7,50 (Best.Nr. 4990)	(1)
3	Norman Davies: Die große Katastrophe € 36,00 (Best.Nr. 6327)	(9)
4	Der große Wendig je € 39,90, Band 1 (Best.Nr. 4692), Band 2 (Best.Nr. 4698), Band 3 (Best.Nr. 4854), Band 4 € 34,80 (Best.Nr. 6271)	(3)
5	Antwort an Warschau € 19,90 (Best.Nr. 4908)	(4)
6	Dirk W. Oetting: Kein Krieg wie im Westen € 24,00 (Best.Nr. 6311)	(5)
7	Ingo von Münch: „ Frau, komm! “: Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45 € 19,90 (Best.Nr. 6284)	(6)
8	Der Welt-Geldbetrug : Erweiterte Ausgaben von: Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen? € 29,90 (Best.Nr. 6232)	(10)
9	Was wusste mein Opa? € 19,90 (Best.Nr. 4920)	(21)
10	Andrea Ricci: Gaza – Die Kriegsverbrechen Israels € 7,50 (Best.Nr. 6285)	(12)
11	Amelie Winther: Dem deutschen Volke € 19,90 (Best.Nr. 6310)	(7)
12	Lexikon der antideutschen Fälschungen € 24,90 (Best.Nr. 4222)	(14)
13	Schaarschmidt: Dresden 1945 € 19,90 (Best.Nr. 6328)	(–)
14	David Korn: Das Netz / Israels Lobby in Deutschland € 19,90 (Best.Nr. 4677)	(18)
15	Christa Lung: Deutsche Erfindungen € 8,20 (Best.Nr. 6318)	(16)
16	Korn: Wer ist wer im Judentum? € 19,90 (Best.Nr. 4607)	(15)
17	Thomas Fischer: Die Verteidigung der Reichskanzlei 1945 : Kampfkommandant Mohnke berichtet. € 19,90 (Best.Nr. 6281)	(20)
18	Das letzte Geheimnis : Wie es wirklich zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs kam. € 19,90 (Best.Nr. 4909)	(8)
19	David Korn: Wem dient Merkel wirklich? € 12,90 (Best.Nr. 4657)	(11)
20	Dr. Brock: Freispruch für Deutschland € 9,90 (Best.Nr. 3300)	(13)
21	Gerhard Wisniewski: Jörg Haider: Unfall, Mord oder Attentat? € 19,95 (Best.Nr. 6252)	(–)
22	Dr. Frey: Die Erpressung € 19,90 (Best.Nr. 4496)	(19)
23	Prominente ohne Maske – Neu € 24,90 (Best.Nr. 4600)	(31)
24	Gerard Menuhin: Die Antwort € 14,90 (Best.Nr. 4685)	(27)
25	Dr. von Bieberstein: Jüdischer Bolschewismus € 24,90 (Best.Nr. 6326)	(–)
26	Stefan Hug: Hollywood greift an! Kriegsfilme machen Politik € 19,90 (Best.Nr. 6321)	(–)
27	Winnicki: Wer regiert die USA? € 12,90 (Best.Nr. 4962)	(30)
28	Deutsches National-Lexikon € 14,90 (Best.Nr. 3800)	(28)
29	Entscheidungsschlachten der deutschen Geschichte € 19,90 (Best.Nr. 4690)	(–)
30	Deutscher National-Atlas € 24,90 (Best.Nr. 3555)	(29)
31	Knop: Mit der EU in den Abgrund? / Deutschlands Selbstvernichtung € 14,90 (Best.Nr. 4606)	(–)
32	Dr. Mehner: Schweinejournalismus? € 19,90 (Best.Nr. 4700)	(–)
33	Supersoldiers: Die Wehrmacht im Urteil ausländischer Experten € 14,90 (Best.Nr. 4590)	(–)
34	Prof. Finkelstein: Die Holocaust-Industrie € 9,95 (Best.Nr. 4433)	(–)
35	Raimund Schlegel: Deutschland, aber zackig! Faszinierende Briefmarken erzählen ... € 19,90 (Best.Nr. 6257)	(–)

FILME AUF DVD & VIDEO

1	Mit der Kamera nach Stalingrad : Filmtagebücher deutscher Soldaten 1941/42. DVD: € 14,95 (Best.Nr. 6305)	(3)
2	Wilhelm Tell : Verfilmung nach dem Drama von Friedrich Schiller DVD: € 29,90 (Best.Nr. 6299)	(1)
3	Mit der Kamera an der Ostfront : Private Filmaufnahmen eines deutschen Kriegsberichterstatters 3 DVD: € 29,95 (Best.Nr. 6176)	(4)
4	Der letzte Mythos (Kurzf.) DVD: € 19,95 (Best.Nr. 6161)	(5)
5	Majestät brauchen Sonne DVD: € 14,90 (Best.Nr. 6291)	(9)
6	Die Abenteurer des braven Soldaten Schweijk DVD: € 24,95 (Best.Nr. 6179)	(6)
7	Flucht und Vertreibung Doppel-DVD: € 19,95 (Best.Nr. 4709)	(–)
8	Jörg Haider – Unfall, Mord oder Attentat? DVD: € 19,95 (Best.Nr. 6262)	(–)
9	Die geheimnisvolle Geschichte der Germanen DVD: € 14,95 (Best.Nr. 4975)	(–)
10	Obama, der falsche Messias DVD: € 9,95 (Best.Nr. 6329)	(–)

MUSIK AUF CD

1	Deutschland, Deutschland über alles € 9,90 (Best.Nr. 3663)	(2)
2	Einigkeit und Recht und Freiheit € 9,90 (Best.Nr. 3400)	(3)
3	Deutsche National-Hymnen € 9,90 (Best.Nr. 4442)	(4)
4	Soldaten, Helden, Vaterland € 9,90 (Best.Nr. 3911)	(1)
5	Wind in den Haaren € 15,90 (Best.Nr. 3288)	(–)

MEDAILLEN

1	Tapferkeitsmedaille	(1)
2	Reichskanzler Bismarck	(2)
3	Herrmann der Cherusker	(3)
4	Wiedervereinigungsmedaille	(4)
5	Deutschlandlied-Medaille	(5)

Bestellschein auf Seite 16

Deutscher Buchdienst • Aus unserem aktuellen Programm

Aus dem FZ-Verlag



Dr. Gerhard Frey (Hg.)
Deutscher Kalender 2010
 Titelbild: Friedrich der Große.
 24 großformatige, meist farbige
 Hauptmotive, 48 Bildnisse
 bedeutender Deutscher,
 2.500 Deutsche Gedenktage.
 € 14,90. **Best.Nr. 6251**

Außerdem noch lieferbar:
Deutscher Kalender 2009
 € 7,50. **Best.Nr. 4990**

Dr. Rolf Kosiek & Dr. Olaf Rose
 (Hg.): **Der große Wendig** Band
 4. Richtigstellungen zur Zeit-
 geschichte. Vorzugspreis bis
 zum Erscheinen 2010: € 34,80,
 danach € 39,90. **Best.Nr. 6271.**
 Weiterhin lieferbar: **Band 1,**
 € 39,90, **Best.Nr. 4692. Band 2,**
 € 39,90, **Best.Nr. 4698. Band 3,**
 € 39,90, **Best.Nr. 4854**



Dr. Rogalla von Bieberstein: „**Jü-
 discher Bolschewismus**“. 2.
 Auflage. Mit einem Vorwort von
 Prof. Ernst Nolte. 312 S., Abb.,
 € 24,90. **Best.Nr. 6326**

Magenheimer: **Moskau 1941.**
 Hochbrisante russische Akten er-
 möglichen eine neue Bewertung
 der Schlacht. 320 S., viele Abb.,
 € 25,95. **Best.Nr. 6254**

Prof. N. Davies: **Die große Ka-
 tastrophe.** Der berühmte briti-
 sche Historiker bringt in seinem
 neuen Werk eine grundlegende
 Neubewertung des 2. Weltkriegs.
 Der Sieg der Alliierten über
 Deutschland sei keineswegs der
 Triumph des Guten über das Böse
 gewesen. Davies offenbart das
 schreckliche Ausmaß der sowje-
 tischen Untaten, klagt aber auch
 die Westalliierten u.a. wegen des
 Luftterrors an. 847 S., € 36,00.
Best.Nr. 6327

Das letzte Geheimnis. Mes-
 serscharfe und detaillierte Ana-
 lyse der Vorgeschichte zum 2.
 Weltkrieg. Dokumente, Fakten,
 Hintergründe. 224 S., bebildert.
 € 19,90. **Best.Nr. 4909**

Irving: **Schlacht um Europa.**
 Mit dem Mut der Verzweiflung
 gegen die Invasion 1944. 224 S.,
 Abb., € 19,90. **Best.Nr. 4511**

Dr. Gerhard Frey (Hg.): **Befrei-
 ung? Die Wahrheit über den
 8. Mai 1945.** Das Werk zeigt
 auf, warum bis zum bitteren
 Ende Widerstand gegen den
 Feind geleistet wurde. 224 S.,
 zahlr. Abb. und Faksimiles,
 € 14,90. **Best.Nr. 4720**

Michaelis: **Die Panzer-Division-
 en der Waffen-SS.** Leid und
 Leistung. 320 S., bebildert,
 € 29,80. **Best.Nr. 4912.**

Heinz Nawratil: **Schwarzbuch
 der Vertreibung 1945 bis
 1948.** Vertreibungsverbrechen
 an Deutschen. 248 S., geb., Abb.,
 € 19,90. **Best.Nr. 3796**

Dr. Gerhard Frey (Hg.): **Antwort
 an Warschau.** Was Polens Re-
 gierung verschweigt und Berlin
 nicht zu sagen wagt. 240 S.,
 € 19,90. **Best.Nr. 4908**

Dietrich Aigner: **Der geplante
 Krieg – Churchills Verschwö-
 rung gegen Hitlers Deutsch-
 land.** 736 Seiten, € 39,80.
Best.Nr. 6266

Hajo Herrmann (Hg.): »**Super-
 soldiers**«. Die Wehrmacht im
 Urteil ausländischer Experten.
 160 S., € 14,90. **Best.Nr. 4590**



Gabi Köpp: **Warum war ich
 bloß ein Mädchen?** Erschüt-
 ternder Erlebnisbericht eines
 deutschen Mädchens über Mas-
 senvergewaltigung während
 der Flucht. 160 S., € 16,95.
Best.Nr. 6331

Friedrich Georg: **Hitlers letzter
 Trumpf.** Grundlagenwerk über
 die Atombombe und andere
 Wunderwaffen des Dritten Rei-
 ches. 800 S., 2 Bände, € 49,60.
Best.Nr. 6236

Gustav Sichelschmidt: **Frideri-
 cus.** Eindrucksvolles Lesebuch
 über Leben und Wirken des
 großen Königs. 192 S., € 14,80.
Best.Nr. 6319

Christa Lung: **Deutsche Erfin-
 dungen.** Vom Buchdruck bis
 zum Computer: Pionierleistun-
 gen deutscher Erfinder! 112 S.,
 € 8,20. **Best.Nr. 6318**

Dornseiff: **Kant.** Anspruchsvolle
 Auseinandersetzung mit einem
 der größten Genies der abend-
 ländischen Philosophie! 176 S.,
 € 9,90. **Best.Nr. 6314**

Brigadegen. a.D. Oetting: **Kein
 Krieg wie im Westen.** Wehr-
 macht und Sowjetarmee im
 Russlandkrieg 1941–1945.
 336 S., € 24,00. **Best.Nr. 6311**

Daniel Siemens: **Horst Wessel.**
 Tod und Verklärung eines Na-
 tionalsozialisten. 352 S., € 19,95.
Best.Nr. 6279

Gerhard Wisnewski: **Jörg Hai-
 der – Unfall, Mord oder At-
 tentat?** Die vielen Rätsel um
 den Tod des „Rechtspopulisten“.
 270 S., € 19,95. **Best.Nr. 6252**

S. Lamrani (Hg.): **USA: Super-
 macht ohne Prinzipien und
 Moral.** Namhafte Politologen
 rechnen mit dem Terrorismus
 der Vereinigten Staaten gegen
 Kuba ab. 211 S., € 15,00.
Best.Nr. 6333

Friedrich Georg: **Unternehmen
 Patentraub 1945.** Die Ge-
 heimgeschichte des größten
 Technologieraubs aller Zeiten.
 362 S., € 19,80. **Best.Nr. 4937**

Fritsch: **Amerikas Verantwor-
 tung für das Verbrechen am
 deutschen Volk.** 112 S., € 9,80.
Best.Nr. 6313

A. Ricci: **Gaza.** Die Kriegsver-
 brechen Israels. Verschwiegene
 Hintergrundinformationen zum
 Gaza-Krieg im Januar 2008.
 104 S., € 7,50. **Best.Nr. 6285**

Winnicki: **Wer regiert die USA?**
**Die Drahtzieher der Globali-
 sierung.** Der wahre Einfluss
 von Israel-Lobby, Super-Reichen
 und Globalisierern. 144 S., be-
 bildet, € 12,90. **Best.Nr. 4962**

Alfred Grosser: **Von Auschwitz
 nach Jerusalem.** Der jüdische
 Politologe widerlegt die Be-
 hauptung, die Deutschen hät-
 ten wegen ihrer Vergangenheit
 kein Recht, Israel zu kritisieren.
 204 S., € 16,90. **Best.Nr. 6312**

Ingo von Münch: „**Frau, komm!**“
 Die Massenvergewaltigungen
 deutscher Frauen und Mädchen
 1944/45. 208 S., s/w-Abbildun-
 gen, € 19,90. **Best.Nr. 6284**



Knabe (Hg.): **Die vergessenen
 Opfer der Mauer.** Inhaftierte
 DDR-Flüchtlinge berichten.
 363 S., bebildert, € 8,95.
Best.Nr. 6332

Kriegskinder. Kinderschicksale
 im 2. Weltkrieg. Bewegende Be-
 richte von Zeitzeugen 160 S.,
 Abb., € 14,90. **Best.Nr. 4974**

Fritze: **Legitimer Widerstand? –
 Der Fall Elser.** Brisante Abhand-
 lung über das Elser-Attentat vom
 8. November 1939. 206 S.,
 € 24,00. **Best.Nr. 6304**

Rolf Kosiek: **Die Machtüber-
 nahme der 68er.** Die Frank-
 furter Schule und ihre zerset-
 zenden Auswirkungen. 397 S.,
 € 19,80. **Best.Nr. 6315**

Was wusste mein Opa? Eine
 passende Absage an Kollektiv-
 schuld-Prediger. 512 S., € 19,90.
Best.Nr. 4920

Sakkara: **Kino im Dienst der
 Propaganda, der Politik und
 des Krieges.** 206 S., geb., viele
 Abb., € 19,90. **Best.Nr. 4940**

Alexander Hellriegel: **Die Kri-
 senmacher.** Warum die Wirt-
 schaft zusammenbricht und wer
 davon profitiert. 160 S., Abb.,
 € 14,90. **Best.Nr. 6280**

Michael Winckler: **Das Impf-
 Kartell.** Fakten und Hintergrün-
 de zur aktuellen Diskussion um
 die „Schweinegrippe“. 209 S.,
 € 16,80. **Best.Nr. 6308**

Tarpley: **Barack Obama.** Wie ein
 US-Präsident gemacht wird. Ein
 Blick hinter die Kulissen der
 Macht. 221 S., geb., € 19,95.
Best.Nr. 6238



William Blum: **Schurkenstaat.**
 Leitfaden zum Verständnis der
 einzigen noch verbliebenen Su-
 permacht der Welt. Der Autor
 und Journalist weist nach, dass
 die USA, sein Heimatland, ein
 Schurkenstaat sind, in dem die
 Menschenrechte mit Füßen ge-
 treten werden. 320 S., € 14,80.
Best.Nr. 6330

Peter Brüchmann: **TOP SECRET:
 Amerikas verschwiegener Tri-
 umph.** Die Erbeutung der deu-
 tschen Atomwaffen 1945. 192 S.,
 Abb., € 19,95. **Best.Nr. 6207**

Rigg: **Hitlers jüdische Solda-
 ten.** Mehr als 150.000 Soldaten
 jüdischer Abstammung kämpf-
 ten in der Wehrmacht. Die meis-
 ten bekunden, dass sie damals
 nichts vom Holocaust wussten.
 457 S., 119 Abb., € 38,00.
Best.Nr. 4438

Karl Fucker: **An der Seite Skor-
 zenys.** Einer, der dabei war, be-
 richtet vom Eismerkrieg und
 Endkampf an der Oder sowie
 von den Kommandounterneh-
 men Skorzenys. 220 S., € 19,90.
Best.Nr. 6309

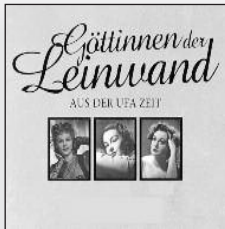
Léon Degrelle: **Verschörung
 der Kriegstreiber 1914.** Das
 Attentat von Sarajewo. Hinter-
 männer und Hintergründe.
 400 S., 24 Bildseiten. € 28,00.
Best.Nr. 6265



Nikolaus Piper: **Die Große Re-
 zession.** Amerika und die Zu-
 kunft der Weltwirtschaft. 300 S.,
 geb., € 19,90. **Best.Nr. 6300**

Stefan Hug: **Hollywood greift
 an!** Kriegsfilme machen Politik.
 Wenn die „Traumfabrik“ zur
 „Kriegsfabrik“ wird. 184 S.,
 € 19,90. **Best.Nr. 6321**

Musik auf CD & MC



**Göttinnen der Leinwand
 (3 CDs).** Marika Röck, Ilse We-
 ner und Zarah Leander singen
 ihre bekanntesten Lieder wie
 „In der Nacht ist der Mensch
 nicht gern alleine“, „So schön
 wie heut, so müsst es bleiben“,
 „Wir machen Musik“, „Wer pfeift
 was“, „Ja, das ist meine Melo-
 die“, „Ich bin von Kopf bis Fuß
 auf Liebe eingestellt.“ Insgesamt
 53 Melodien. € 12,90.
Best.Nr. 4694.

**Leinwand-Legenden
 (3 CDs).** Heinz Rühmann,
 Hans Albers und Gustav
 Gründgens geben ihre Ohr-
 würmer zum Besten. „Jawohl
 meine Herren“, „Wozu ist die
 Straße da“, „Das kann doch
 einen Seemann nicht erschüt-
 tern“, „Flieger, grüß mir die
 Sonne“, „Komm auf die Schau-
 kel, Luise“. Insgesamt 39 Me-
 lodien, € 12,90. **Best.Nr. 4695.**

Stars der Leinwand (3 CDs).
 Johannes Heesters, Willy
 Fritsch, Lilian Harvey und Hans
 Moser mit ihren bekanntesten
 Liedern. „Wir zahlen keine Mie-
 te mehr“, „Liebling, mein Herz
 lässt dich grüßen“, „Amor,
 Amor“, „Man müsste Klavier
 spielen können“, „Die Reblaus“,
 „Wann der Herrgott net will“
 u.v.a. Insgesamt 40 Melodien.
 € 12,90. **Best.Nr. 4699.**



Heimat, deine Sterne (9 CDs).
 Das Wunschkonzert für die
 Deutsche Wehrmacht und das
 Deutsche Volkskonzert.
 je CD € 12,90

Folge 1: *Die Stars von Oper
 und Operette.* **Best.Nr. 3848**

Folge 2: *Die Tonfilm- und Schla-
 gerstars.* **Best.Nr. 4135**

Folge 3: *Lieder, Märsche,
 Couplets und viel Goedecke.*
Best.Nr. 3919

Folge 4: *Lilli Marleen und
 der Soldatensender Belgrad.*
Best.Nr. 3970

Folge 5: *Das deutsche Volks-
 konzert.* **Best.Nr. 4021**

Folge 6: *Stars aus Oper und
 Operette singen Schlager- u.
 Tanzmusik.* **Best.Nr. 4608**

Folge 7: *Kriegsweihnacht 1940.*
Best.Nr. 4609

Folge 8: *Die schönsten Schlager
 von Werner Bochmann.*
Best.Nr. 4610

Folge 9: *Der Soldatensender
 Oslo.* **Best.Nr. 4557**

**Soldaten, Helden, Vater-
 land.** Nationallieder, Hymnen,
 Traditionsmärsche. Mit dem
 Deutschlandlied (3 Strophen).
 CD: € 9,90, **Best.Nr. 3911**, MC:
 € 4,90. **Best.Nr. 3910**

Hörbücher auf CD



Hajo Herrmann

Kleine Odyssee

Der Luftangriff auf den Hafen von Pi-
 räus. Ein Ausschnitt aus dem bewegten
 Leben Herrmanns. 2 CDs. 140 Min.,
 € 19,50. **Best.Nr. 4847.**

Brandt: **Die Linke und die
 Nation.** Der Historiker Prof.
 Peter Brandt – 1948 in Berlin
 als ältester Sohn Willy Brandts
 geboren – beschäftigt sich
 mit der deutschen Frage. 1 CD,
 79 Minuten, € 9,95. **Best.Nr. 4916**

**Rudolf Heß – Gefangener
 Nr. 7.** vom geheimnisvollen
 Englandflug bis zum myste-
 riösen Tod in Spandau. 80 Min.,
 € 9,95. **Best.Nr. 6249**

Dr. Henning von Löwis of Me-
 nar: **Der weite Weg zurück
 nach Balga.** Spurensuche im
 russischen Ostpreußen. An das
 grausige Geschehen 1945 er-
 innern heute nur noch Kreuze
 im Schnee Ostpreußens. 1 CD,
 50 Min., € 9,95. **Best.Nr. 4859**

Goebbels. Der Propaganda-
 krieg. 3 CDs, 175 Min., € 19,95.
Best.Nr. 4781

**Konrad Adenauer. 1949–
 1967.** Deutschlands Weg aus
 den Trümmern. 2 CDs,
 120 Min., € 14,95. **Best.Nr. 4765**

**Der Totenwald von Bialo-
 wieza – Vormarschkämpfe
 der Heeresgruppe Mitte im
 Sommer 1941.** Die Kämpfe
 der 29. Infanterie-Division um
 den Bialowiezer Forst. Span-
 nend. 2 CDs, 160 Min., € 14,95.
Best.Nr. 6275

**Der zweite Dreißigjährige
 Krieg 1914–1945.** Hörbuch
 des Bestseller-Autors Gerd
 Schultze-Rhonhof. 145 Min.,
 € 14,95. **Best.Nr. 4711**

Andreas von Bülow: **Die CIA
 und die Kriege der USA**
 (DoppelCD). Von Pearl Harbour
 bis zum 11. September. 93
 Min., € 14,95. **Best.Nr. 4862**

Spielfilme & Dokumentationen auf DVD

Krisenvorsorge. Was Sie un-
 bedingt über die globale Wirt-
 schafts- und Finanzkrise
 wissen sollten. 135 Min.,
 € 19,95. **Best.Nr. 6317**

**Jörg Haider. Unfall, Mord
 oder Attentat?** Raste Haider
 wirklich betrunken in den Tod?
 Die DVD visualisiert Wisnewskis
 brisante Enthüllungen zum mys-
 teriösen Unfall des Politikers.
 80 Min., € 19,95. **Best.Nr. 6262**



W. G. Tarpley: **Obama – der
 falsche Messias.** Ein Blick hin-
 ter die Kulissen der Macht.
 58 Min., € 9,95. **Best.Nr. 6329**

Let's make money. Was
 macht die Bank mit unserem
 Geld? Ca. 110 Min., € 19,90.
Best.Nr. 6298

Wilhelm Tell. Friedrich Schil-
 lers Freiheitsdrama um den
 Schweizer Helden in einer fas-
 zinierenden Spielfilmfassung
 von 1960! DVD, 94 Min.,
 € 29,90. **Best.Nr. 6299**



Peter Schamoni: **Majestät
 brauchen Sonne.** Grandiose
 Dokumentation weckt mit be-
 wegten (Farb-)Bildern das Kai-
 serreich zum Leben. 101 Min.,
 € 14,90. **Best.Nr. 6291**

Der letzte Mythos. Wer ent-
 fesselte den 2. Weltkrieg? Dass
 die deutsche Wehrmacht auf
 Befehl Adolf Hitlers am 22. Juni
 1941 in die Sowjetunion ein-
 marschierte ist unbestritten.
 Vorgeschichte und Hintergrün-
 de des Feldzugs. 1 DVD,
 90 Min., € 19,95. **Best.Nr. 6161**



Als das Reich zerfiel. Nem-
 ersdorf 1944 – ein sowjeti-
 sches Kriegsverbrechen. Tri-
 umph & Tragödie der Wilhelm
 Gustloff. Dresden – von der
 Blüte bis zur Zerstörung.
 210 Min., € 14,95. **Best.Nr. 4465.**

Der Arzt von Stalingrad. Deut-
 sches Ärztedrama nach dem
 Bestseller-Roman von Heinz G.
 Konsalik. Mit O. E. Hasse, Mario
 Adorf, Siegfried Lowitz, Vera
 Tschechowa u.v.a. 105 Min.,
 € 19,95. **Best.Nr. 4818**



Der Krieg in der Luft (DVD).
 Reichsverteidigung 1944/45.
 Stukas im Einsatz. Hans-Joachim
 Marseille. 3 Filme, € 14,95.
Best.Nr. 4457

Ludwig II. Spielfilm mit O.W.
 Fischer und Ruth Leuwerik.
 110 Min., € 22,95. **Best.Nr. 4766.**

Der Rommelschatz. Spielfilm
 mit Paul Hubschmid und atem-
 beraubenden Unterwasser-Auf-
 nahmen von Hans Hass.
 95 Min., € 14,95. **Best.Nr. 4783.**



**Geschichte der deutschen
 Wehrmacht.** 3tlg. Doku-
 mentation mit meist unver-
 öffentlichten Filmaufnahmen.
 2 DVDs, 142 Min., € 24,95.
Best.Nr. 4741

**Hitler vertraut mir. Erwin
 Rommel und das Deutsche
 Afrikakorps.** 55 Min., € 14,95.
Best.Nr. 6278

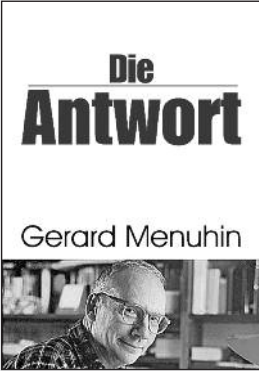
Der Schatz der Nibelungen.
 Auf den Spuren einer Sage.
 Doku-Drama Geschichte.
 90 Min., € 14,95. **Best.Nr. 6307**



Feuersturm am Rhein (DVD).
 Die Abwehrschlacht im Westen.
 Sensationelle Aufnahmen.
 78 Min. und 40 Min. Bonusfil-
 me. € 14,95. **Best.Nr. 4567.**

Der Stern von Afrika. Spiel-
 film über das Leben des deut-
 schen Fliegerhelden Hans-
 Joachim Marseille. DVD,
 120 Min., € 19,90. **Best.Nr. 6288**

Aus dem FZ-Verlag

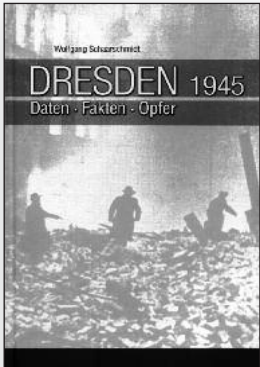


Gerard Menuhin:
Die Antwort
Der Sohn des genialen Musikers Yehudi Menuhin rechnet mit der Maulkorb-Mafia ab. Ein jüdischer Wahrheitssucher, der Gerechtigkeit für Deutschland will. 144 S., Abb., € 14,90. **Best.Nr. 4685**

Sutkus: **Im Fadenkreuz.** Tagebuch eines der erfolgreichsten Scharfschützen der deutschen Wehrmacht. 228 S., Abb., Urkunden, Dokumente, € 19,90. **Best.Nr. 4504**

Peter Winkelvoß: **Todesfalle Hindukusch.** Deutsche, raus aus Afghanistan! Höchste Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen. 158 S., Abb., € 12,80. **Best.Nr. 6167**

DAS BUCH DER WOCHE



Schaarschmidt:
Dresden 1945
Zum 65. Jahrestag der Zerstörung Dresdens. Dokumentation der Opferzahlen. 272 Seiten, Abb., € 19,90. **Best.Nr. 6328**

Björn Schumacher: **Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg.** „Morale Bombing“ im Visier von Völkerrecht, Moral und Erinnerungskultur. 344 S., geb., Abb., € 19,90. **Best.Nr. 6209**

Das Netz – Israels Lobby in Deutschland. Wie die Israel-Lobby in Deutschland arbeitet, wer so alles mitwirkt. Besonders brisant! 240 S., viele Abb, € 19,90, **Best.Nr. 4677.**

Brigitte Neary: **Frauen und Vertreibung.** Frauen erinnern sich an ihren Leidensweg zu Kriegs-ende. 159 S., Abb., € 19,90. **Best.Nr. 6212**

Deutsches National-Lexikon. 500 Stichworte. Deutsche Geschichte aus deutscher Sicht. 352 S., € 14,90. **Best.Nr. 3800**

Das Lexikon der antideutschen Fälschungen. Fehler und Fälschungen in deutschen Geschichtsbüchern und Lügen über die Wehrmacht. 400 S., € 24,90. **Best.Nr. 4222**

W. Schlötterer: **Macht und Missbrauch – Franz Josef Strauß und seine Nachfolger.** Ein ehemaliger Ministerialrat entlarvt den früheren bayerischen Ministerpräsidenten. 412 S., € 22,95. **Best.Nr. 6263**

Alexander Dill: **Der große Raubzug.** Die wahren Schuldigen der Weltfinanzkrise. 240 S., € 19,90. **Best.Nr. 6274**



F. William Engdahl: **Saat der Zerstörung.** Die dunkle Seite der Gen-Manipulation. Informieren Sie sich bevor es zu spät ist. 280 S., zahlr. Abb., € 19,90. **Best.Nr. 4778.**

Andreas von Rétyi: **Denn sie wussten zu viel ...** Mysteriöse Todesfälle und ihre wahren Hintergründe. 255 S., geb., Abb., € 19,95. **Best. Nr. 6185**

Michael von Wedel/Jürgen Kremb: **Die Abrechnung.** Ein ehemaliger BKA-Kommissar packt aus. 320 S., € 19,95. **Best.Nr. 6272**

Hamer: **Der Welt-Geldbetrug.** Wie die Hochfinanz mit Papiergeld die Welt aufkauft. Die Rolle der US-Notenbank. 302 S., geb., € 29,90. **Best.Nr. 6232**



Mann: **Rote Lügen in grünem Gewand.** Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung. 240 S., € 19,95. **Best.Nr. 6322**

Guido Grandt: **Aktenzeichen Politiker.** Die kriminellen Machenschaften deutscher Volksvertreter. 256 S., geb., € 19,95. **Best.Nr. 6301**

Dr. Wakaki (Hg.): **Terror-Tribunal.** Die „Rechtsprechung“ der Siegermächte 1945/1946. Bilder und Dokumente. 416 S., € 19,90. **Best.Nr. 4300**

Prominente ohne Maske – Neu. Das einzigartige Nachschlagewerk. 1000 Lebensläufe bekannter Zeitgenossen. 400 S., € 24,90. **Best.Nr. 4600**

Hintergründe



Dr. Gerhard Frey
Deutsche Einheit, deutsche Freiheit
Das Verbrechen der Teilung. Wie es scheiterte. Was zu tun bleibt. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer: Die Deutsche Einheit ist nichts für die Vitrine, sondern eine immer neue Aufgabe. Sie endet nicht an Staatsgrenzen. Und sie muss zur Freiheit führen. 160 S., bebildert, € 14,90. **Best.Nr. 6267**

Andreas von Rétyi: **Bilderberger.** Das geheime Zentrum der Macht. Tiefer Einblick hinter die Kulissen. Der Fahrplan zur Neuen Weltordnung. 315 S., € 19,90. **Best. Nr. 6261**

Gerhoch Reisegger: **Wege aus dem Globalisierungs-Chaos.** Grundlagen für eine neue Wirtschaftsordnung. 496 S., geb., Abb., € 22,80. **Best.Nr. 6245**



Ingeborg Jacobs: **Freiwild.** Trotz zeitgeistlich geprägter Passagen wird hier das Schicksal deutscher Frauen während der „Befreiung“ 1945 schonungslos dargestellt. 230 S., geb., € 19,90. **Best.Nr. 6231**

James Bacque: **Der geplante Tod.** Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946. 400 S., Abb., € 19,95. **Best.Nr. 6192**

Ulfkotte: **Vorsicht Bürgerkrieg!** Die Bundesregierung vertuscht Hinweise auf drohende schwere soziale Konflikte in der Bundesrepublik Deutschland. Was aber kommt wirklich auf uns zu? Wo ist die Wut am größten? 446 S., € 24,95, **Best.Nr. 6259**



Pflanz: **Der Spöttinger Friedhof in Landsberg am Lech.** Eine Dokumentation über die Geschichte eines historischen Friedhofes mit den Gräbern der Hingerichteten aus der Nachkriegszeit. Bisher unveröffentlichtes Material und Dokumente aus amerikanischen und deutschen Archiven. 271 Abb., 425 S., € 34,90. **Best.Nr. 4565.**

Aus dem FZ-Verlag



Amelie Winther:
Dem deutschen Volke
Ein außergewöhnlich schönes wie interessantes Buch, das verschiedenste Sinnbilder der deutschen Nation erklärt und interpretiert. 208 S., viele Abb., € 19,90. **Best.Nr. 6310**

BESTELLSCHEIN

Name, Vorname **Kundennummer** (sofern bekannt)

E-Post (falls vorhanden) Telefon-Nummer

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Hiermit bestelle ich:

Stk.	Titel	Preis	B.Nr.
	Dr. Gerhard Frey: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit	€ 14,90	6267
	Deutscher Kalender 2010	€ 14,90	6251
	James Petras: Herr oder Knecht?	€ 12,80	6334
	William Blum: Schurkenstaat	€ 14,80	6330
	Prof. N. Davies: Die große Katastrophe	€ 36,00	6327
	Schaarschmidt: Dresden 1945	€ 19,90	6328
	Knabe (Hg.): Die vergessenen Opfer der Mauer	€ 8,95	6332
	Gabi Köpp: Warum war ich bloß ein Mädchen?	€ 16,95	6331
	Was wusste mein Opa?	€ 19,90	4920
	Christa Lung: Deutsche Erfindungen	€ 8,20	6318
	Brigadegen. a.D. Dr. Dirk W. Oetting: Kein Krieg wie im Westen	€ 24,00	6311
	Dr. Brock: Freispruch für Deutschland	€ 9,90	3300
	Dr. Gerhard Frey (Hg.): Antwort an Warschau	€ 19,90	4908
	David Korn: Wem dient Merkel wirklich?	€ 12,90	4657
	Dr. Kosiek & Dr. Rose (Hg.): Der große Wendig	Band 1 € 39,90 4692 Band 2 € 39,90 4698 Band 3 € 39,90 4854 Band 4 € 34,80 6271	
	Das letzte Geheimnis	€ 19,90	4909
	Dr. Rogalla v. Bieberstein: Jüdischer Bolschewismus	€ 24,90	6326
	Ingo von Münch: „Frau, komm!“	€ 19,90	6284
	A. Ricci: Gaza – Die Kriegsverbrechen Israels	€ 7,50	6285
	Alexander Hellriegel: Die Krisenmacher	€ 14,90	6280
	Hamer: Der Welt-Geldbetrug	€ 29,90	6232
	David Korn: Das Netz – Israels Lobby in Deutschland	€ 19,90	4677
	Adam Winnicki: Wer regiert die USA?	€ 12,90	4962
	Stefan Hug: Hollywood greift an! Kriegsfilme machen Politik	€ 19,90	6321
	Das Lexikon der antideutschen Fälschungen	€ 24,90	4222
	David Korn: Wer ist wer im Judentum? – Neu	€ 19,90	4607
	David Irving: Schlacht um Europa	€ 19,90	4511
	Prominente ohne Maske – Neu	€ 24,90	4600
	Deutscher National-Atlas	€ 24,90	3555
	Deutsches National-Lexikon	€ 14,90	3800
	Obama – der falsche Messias (DVD)	€ 9,95	6329
	Wilhelm Tell – Verfilmung nach Schiller (DVD)	€ 29,90	6299
	Mit der Kamera nach Stalingrad (DVD)	€ 14,95	6305
	Deutsche Nationalhymnen (CD)	€ 9,90	4442
	Deutschland, Deutschland über alles (CD)	€ 9,90	3663
	Medaille Wiedervereinigung (Gold)	€ 349,00	6110
		(Silber)	€ 79,00 5110

Ab einem Bestellwert von € 20,- liefern wir Ihnen Ihre Bestellung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland versandkostenfrei. Bis € 20,- betragen die Versandkosten € 3,-. Nach Österreich und ins Ausland berechnen wir nur die tatsächlich anfallenden Portokosten. Bei Bestellungen von außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Österreich Vorauskasse. Der Deutsche Buchdienst behält sich das Eigentum bis zur vollständigen Bezahlung vor. Der Rechnungsbetrag ist innerhalb einer Woche nach Erhalt zahlbar.

Datum Unterschrift

ABONNIEREN SIE JETZT DIE NATIONAL-ZEITUNG. Eine Übersicht der attraktiven Abo-Vergünstigungen und den Bestellschein finden Sie auf der letzten Seite!

Deutscher Buchdienst • PF 60 04 64 • 81204 München
089/89608521 • Fax 089/8341534

info@deutscher-buchdienst.de • www.deutscher-buchdienst.de

Vom Eise befreit ...

Schüler in Münster
legen Stolpersteine frei

Erinnerung im
Schnee freigelegt

Wolbecker Schüler säubern Stolpersteine



Peter Schilling vom Verein „Spuren finden“ half den Jugendlichen gestern bei der Reinigung der ersten Stolpersteine an der Münsterstraße. Nach und nach sollen die Steine in der ganzen Stadt poliert werden.

Foto: isa

Von Iris Sauer-Waltermann

Münster-Wolbeck. Eisige Temperaturen herrschen am heutigen Holocaust-Gedenktag, der an die Opfer des Natio-

gestern Nachmittag zuerst den Schnee von den Gehwegen kratzen. Erst danach konnten sie den Steinen mit eiskalten Fingern, Handschuhen und Putzlappen zu Leibe rücken.

Begeisterung bei den „Westfälischen Nachrichten“.

Dass mittlerweile bis hin zu ostwestfälischen Kleinstädten so genannte Stolpersteine innerstädtische Gehwege zieren, daran hat man sich allmählich gewöhnt. Ein „Aktionskünstler“ hatte die einträgliche Idee, diese Steine allenthalben da zu verlegen, wo einst jüdische Einwohner der betroffenen Stadt ihren Wohnsitz hatten oder ihren Geschäften nachgingen, bevor sie emigrierten oder schlimmstenfalls der NS-Judenverfolgung zum Opfer fielen. Der Mann soll inzwischen wohlhabend geworden sein.

Auch die Provinzialhauptstadt Münster in Westfalen, die doch so gern Kulturhauptstadt Europas geworden wäre, wo es trotz aller Bemühungen antideutscher Kreise noch immer einen Hindenburgplatz und seit 1938 eine Ostmarkstraße gibt, hat er nicht verschont, der große Aktionskünstler. 209 Stolpersteine hat er bis dato nicht nur in der Innenstadt, die jetzt „City“ heißt, installiert, sondern auch in verschiedenen Stadtteilen ringsum. Dabei legte der Meister höchstselbst Hand an, in den meisten Fällen jedenfalls, alles werbewirksam und sorgfältig in Szene gesetzt, versteht sich.

Nun liegen sie da, die Stolpersteine, für die sich höchst selten mal jemand interessiert. Dafür werden sie tagtäglich buchstäblich von jedermann mit Füßen getreten und mit Straßendreck bedeckt, teils auch mit abgekauten Kaugummis. Es gibt Örtlichkeiten, da werden regelmäßig einmal wöchentlich volle Müllsäcke darauf abgestellt, gar nicht mal weit von der münster-schen Synagoge entfernt. Man fragt sich: Haben das die Personen, an die mit Hilfe dieser ominösen Steine erinnert werden soll, verdient?

Die „verschwundenen“
Stolpersteine

Plötzlich waren sie nicht mehr da, die Stolpersteine, in Münster, der

westfälischen Provinzialhauptstadt. Waren unsichtbar geworden, einfach „wech“. Was war geschehen? Der Winter war gekommen; es hatte über Nacht kräftig geschneit. Große Mengen Streugut hatten ein Übriges getan. Die im Laufe der Zeit ohnehin schon recht unansehnlich gewordenen Stolpersteine verschwanden unter einer dicken Schnee- und Eisdcke. Dabei nahte der 27. Januar, der zu Roman Herzogs Zeiten kreierte Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Abhilfe musste her. Und schnell musste es gehen. Denn wo sollten die Rosen niedergelegt werden? An vereisten und verschmutzten Stolpersteinen etwa?

In einer großangelegten Aktion wurden die Steine freigelegt, vom Eise befreit und gereinigt, damit die kleinen Gedenktafeln ihrer Bedeutung wieder gerecht werden konnten. Schülerinnen und Schüler örtlicher Gymnasien, begleitet von ihren Lehrern, rückten den Steinen mit Handschuhen und Putzlappen zu Leibe. Zehn Schulen wirkten mit. Dem einen oder andern Schüler war’s recht, fielen doch zahlreiche Unterrichtsstunden deswegen aus.

Nebenbei bemerkt: Bei 102 Angriffen alliierter Luftgangster auf Münster kamen bis zu 2.000 Menschen um. Stolpersteine? Fehlanzeige!

Raimund Schlenger

21 Jahre
für Propaganda

Wegen Verbreitung von kurdischer Propaganda ist ein Zeitungsredakteur in Ankara zu 21 Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Dabei geht es um mehrere Ausgaben einer kurdischsprachigen Zeitung. Damit überragen die Strafen für unkorrekte Berichterstattung in der Türkei noch erheblich die in Mitteleuropa üblichen.

Ein „Sorry“ bringt nichts

Neuseelands Ureinwohner fordern volle Rechte

„Für uns Maori hat es nie irgendein Übereinkommen gegeben, unsere Souveränität aufzugeben. Es hat nie ein Abkommen gegeben, unsere Ländereien gegen unseren Willen abzugeben. Wir haben nie zugestimmt, unsere Heiler, unsere Sprache, unsere geschnitzten Versammlungshäuser, oder unser Recht aufzugeben, gegen diejenigen zu rebellieren, die uns vergewaltigt, ermordet und bestohlen haben.“ Im Vorfeld des Nationalfeiertages muss der neuseeländische Premierminister John Key zur Kenntnis nehmen, dass sich die Ureinwohner nicht mehr mit Lippenbekenntnissen und einem „Sorry“ für jahrhundertlange Entrechtung und Unterdrückung abspeisen lassen.

Die Bestrebungen der Maori nach Unabhängigkeit sind so alt wie die Unterdrückung durch die Kolonialmacht. Captain William Hobson hatte am 6. Februar 1840 mit dem Vertrag von Waitangi, abgeschlossen mit den Maori-Häuptlingen, um französischen Ansprüchen auf eine Kolonie in Neuseeland zuvorzukommen, den Ureinwohnern uneingeschränkte Landrechte und die Unantastbarkeit ihrer Kultur unter der Herrschaft der britischen Krone versichert. Doch die Briten hielten sich von Anfang an nicht an die Konvention. Im Gegenteil: Landraub und soziale Diskriminierung bis weit in das 20. Jahrhundert hinein führten zur Verelendung der Eingeborenen. Auf Veranlassung der Regierung kam es immer wieder zu Angriffen auf Maori-Siedlungen, bei denen Dörfer zerstört und Land beschlag-

nahmt wurde. Zudem konnte keine Rede von kultureller und sprachlicher Selbstständigkeit sein.

Jahrhundertlange
Entrechtung

Auch heute noch kämpfen Maori um den Zugriff auf natürliche Ressourcen und gegen die Enteignung ihrer Vorfahren vor Gericht. Von erheblicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ein Beschluss des neuseeländischen Appellationsgerichts, das 2003 den Maori das Recht zugesprochen hat, auf juristischem Weg Ansprüche vor allem auf die Ufer und den Meeresboden vor Neuseeland zu erheben. Daraufhin präsentierte die damalige Labour-Regierung unter Premier Clark in Bezug auf die Küsten und die neuseeländischen Hoheitsgewässer einen Gesetzentwurf, wonach den Ureinwohnern lediglich ein „Mitspracherecht garantiert“ wurde. Ein entsprechendes Gesetz wurde Ende 2004 vom Parlament verabschiedet. Maori-Vertreter sprachen von der Festschreibung der „größten Enteignung in der Geschichte des Landes“. Vor allem angesichts der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung zu den Rechten der indigenen Völker durch die UN-Vollversammlung vor drei Jahren sahen sich Neuseelands Regierende unter Druck und boten den Eingeborenen wegen des seit 1840 fortgesetzten Unrechts „Entschädigungsabkommen“ an. Doch statt uneingeschränkter Rechte gab es im bescheidenen Rahmen Bargeldzahlungen und Fischerei- und Bodenrechte als

„Wiedergutmachung“. Er sei bereit, gewisse „Modifikationen“ an dem Gesetz von 2004 vorzunehmen, ließ Premier Key jetzt wissen. Doch mit einem Deal wollen sich die Maori nicht abspeisen lassen, zumal vor zwei Jahren sogar Neuseelands stellvertretender Ministerpräsident Michael Cullen zugegeben hatte, dass die Regierung die Interessen der Eingeborenen über viele Generationen hinweg und auf verschiedenartige Weise verletzt habe. „Die Behandlungen durch die Krone haben Leid, Armut, Hunger und extreme Isolation für eure Leute gebracht“, so Cullen in einer Erklärung vor dem Maori-Stamm der Tuho, der ganz besonders unter „dem Verlust großer Teile seines Landes sowie erheblicher Verluste an Menschenleben gelitten“ habe.

Für die Eingeborenen Neuseelands geht das Ringen um Gerechtigkeit und somit um Nutzungsrechte an den Küstenregionen, um „vollen, alleinigen und ungehinderten Besitz von Land, Grundbesitz, Wäldern und Fischgründen“, wie im Vertrag von Waitangi 1840 von der britischen Krone garantiert, weiter. Deutlich sichtbar demonstrieren sie Selbstbewusstsein und den Anspruch auf kulturelle Eigenständigkeit entsprechend am Nationalfeiertag: Erstmals weht nun neben der in den Augen vieler Neuseeländer anachronistischen Flagge mit dem „Union Jack“ auch als Symbol des Ringens der Ureinwohner die Maori-Fahne „Tino Rangatiranga“ in der Hauptstadt Wellington.

Hans Weidenbach

Zündel kommt frei

Entlassung nach sieben Jahren Haft

Ernst Zündel, der den Holocaust bestritten hat, wird am 1. März 2010 zwischen 8.00 und 8.30 Uhr aus der Haft entlassen und will sich dann in sein in Württemberg gelegenes Elternhaus begeben. Der heute Siebzigjährige war 2003 aus den USA nach Kanada abgeschoben worden. Nachdem die kanadische Justiz die Auslieferung Zündels nach Deutschland bewilligt hatte, wurde er am 1. März 2005 nach Frankfurt am Main geflogen und in Untersuchungshaft genommen. Am 15. Februar 2007 verurteilte das Landgericht Mannheim Zündel wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu fünf Jahren Haft. Seine Revision wurde vom Bundesgerichtshof verworfen. Nach Verbüßung der vollen Haftzeit und ohne Anrechnung der in Kanada erlittenen Abschiebungshaft

Liebe Zündel-Freunde! 9. Feb. 2010

Am 1. März 2010 soll ich aus dem Gefängnis in Mannheim entlassen werden nach 7 Jahren und 3 Wochen in U.S. und Kanada, und deutschen Gefängnissen. Meine neue Anschrift nach der Entlassung wird mein 400 Jahre altes Elternhaus sein

Ernst Zündel
Herrnstraße 111
68169 Mannheim

Sieben Jahre und drei Wochen: Notiz von Ernst Zündel aus der Justizvollzugsanstalt Mannheim.

kommt Zündel nun frei. Die häufige vorzeitige Haftentlassung wurde ihm nicht gewährt.

Mehr als sieben Jahre aufgrund von gewaltfreien Meinungsäußerungen hinter Gittern: Das ist, egal wie verboten die Ansichten sind, mit den Maßstäben eines liberalen Rechtsstaats schlecht in Einklang zu bringen. In früheren Jahrzehnten gab es so etwas in der Bundesrepub-

blik nicht. Nicht umsonst haben sich die beiden ehemaligen Verfassungsrichter Hassemer und Hoffmann-Riem gegen die seit 1994 vorgenommene Ausweitung des Volksverhetzungsparagrafen ausgesprochen. § 130 StGB stellt es unter Strafe, eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Völkermordhandlung zu leugnen oder zu verharmlosen.

Deutsche Gedichte

Die Worte großer deutscher Dichter und Denker aus verschiedenen Epochen unserer Geschichte sind Mahnung und Auftrag an die Deutschen, Recht und Freiheit ihres Volkes zu verteidigen.

Heiliges Heimatland

O mein Vaterland, heiliges Heimatland,
was du sagst, ich will es gerne tun:
Mähen will ich, mähen, und nicht ruhn!
Eh' ich nicht die letzte Garbe band
und der Tod mich löst aus meiner Pflicht,
bin ich mit dem letzten Hauche dein.
Deine Ernte soll geborgen sein,
schwör ich dir vor Gottes Angesicht!

Aus: „O mein Vaterland“ von Gerhart Hauptmann

Gerhart Hauptmann aus Schlesien (1862 – 1946) erhielt 1912 den Literaturnobelpreis. Er wandte sich in seiner Dichtung sozial Deklassierten zu, verweilte in der Neoromantik und schuf ergreifende Bekenntnisse zum Vaterland.



Die Erinnerungskultur in Tschechien ist noch sehr jung. Zumindest, was Mahnmale für ermordete Deutsche betrifft. Erst seit wenigen Jahren werden immer wieder solche Gedenkstätten eingeweiht, die an unschuldige deutsche Opfer der Nachkriegszeit erinnern sollen. Vor acht Jahren entstand als erstes öffentliches Denkmal dieser Art das „Kreuz der Versöhnung“ in der Nähe von Wekelsdorf, zwischen Riesengebirge und Adlergebirge in Ostböhmen gelegen.

Die Initiatoren sind oft junge Tschechen, die damit ihrer Regierung um einiges voraus sind, wenn es um Völkerverständigung geht. Denn diese Regierung war es, die in den Vertrag von Lissabon nicht unterschreiben wollte, ohne die Benesch-Dekrete garantiert zu wissen. Da verwundert es auch nicht, dass jedes Mal etliche Jahre ins Land ziehen, ehe die Genehmigung zur Errichtung eines solchen Denkmals erteilt wird. Und dann folgen die Inschriften einem sehr neutralen Ton. Kein Wort darf zu verstehen geben, dass es sich bei den Toten um Menschen handelt, die willkürlich politischem Terror zum Opfer gefallen sind.

Den Opfern des Postelberger Massakers

In Postelberg hatte die Stadtregierung im November vergangenen Jahres

Erinnerung an deutsche Opfer

Verbrechen an Deutschen bleiben nicht vergessen

zugestimmt, nach mehr als sechs Jahrzehnten und unzähligen Debatten ein Denkmal zu errichten, das „allen unschuldigen Opfern der Ereignisse in Postelberg im Mai und Juni 1945“ gewidmet ist. Bei diesen unschuldigen Opfern aber, das verrät die Inschrift der nun beschlossenen Tafel nicht, handelt es sich um Deutsche, die einem schrecklichen Massaker der Nachkriegszeit zum Opfer gefallen sind. In der nahe gelegenen Stadt Saaz waren deutsche Jungen und Männer, die meistens zu alt oder zu jung waren, als dass sie noch zum Kriegsdienst eingezogen worden wären, zusammengetrieben worden zum Marsch in das 15 Kilometer entfernte Postelberg. Im Kasernenhof der Ortschaft wurden in den folgenden Tagen unter grausamen Umständen Hunderte Deutsche ermordet.

Ein anderes Beispiel führt ins nordböhmische Haida. Hier wurden am 2. und 3. Juni 1945 neun Deutsche ermordet. Der Grund: Bei einer Razzia fanden Angehörige des tschechoslowakischen Infanterieregiments 47 bei diesen Deutschen Waffen. Zeugenberichte machten jedoch glaubhaft, dass bei einem der Opfer lediglich ein Familienerbstück – ein Bajo-



Foto: Lysippos, cc-by-sa, 3.0

Postelberg: In der Kaserne des Ortes waren die Deutschen zusammengetrieben worden, bevor das Massaker stattfand. Eine Gedenktafel soll nun an sie erinnern.

nett aus dem Krieg von 1866 – Grund genug zur Festnahme war. Bei einem Arzt und einer Frau hatte man Radiogeräte gefunden. Die Razzia führte zu zwanzig Verhaftungen. Darunter wurden diejenigen ausgewählt, die exemplarisch zur öffentlichen Exekution geführt werden sollten. Auf dem Rathausplatz mussten sie bis tief in die Nacht Misshandlungen ertragen, ehe sie am anderen Morgen erschossen wurden. Heute finden

sich die Namen der Ermordeten, unter ihnen zwei achtzehnjährige Mädchen und ein Greis von 72 Jahren, eingraviert auf einem Denkmal. Die Marmortafeln sind auf Deutsch und Tschechisch geschrieben.

Der Neffe des ermordeten Arztes hatte sich um die Gedenkstätte beim Stadtrat bemüht. Jedoch wurde der von ihm vorgeschlagene Text abgelehnt. Statt der Formulierung „Opfer des Unrechts und Rechtsverletzung

nach dem Zweiten Weltkrieg“ steht nun bei den Namen: „Am 2. Juni 1945 wurden gegen den Willen der örtlichen Stadtvertretung acht Bürgerinnen und Bürger von Haida, Bürgstein und Johannesdorf am Rathaus erschossen und außerhalb dieses Friedhofes in einem Massengrab begraben. Am folgenden Tag verlor Dr. Alfred Träger, * 1897, an einem unbekannten Ort sein Leben. Haida 2006“.

„Nach meiner persönlichen Meinung ist das Denkmal das Mindeste, was wir für die hinterbliebenen Deutschen tun können“, sagte der sozialdemokratische Stadtrat von Haida, Stanislav Valdman. Doch längst nicht alle teilen diese ehrenwerte Ansicht. Sogar eine Bürgerinitiative hat sich gegründet, um eine „Petition gegen das Nazi-Denkmal von Haida“ einzureichen. Kommunistische und nationalistisch motivierte Vereine schließen sich solchem Widerstand an. Und nun wittern die entsprechenden Parteien Morgenluft, um auf Kosten der deutschen Opfer bei den im Mai stattfindenden Parlamentswahlen zu punkten. In Haida sind bislang alle Versuche, das Denkmal zu demontieren, abgeblockt worden.

Marleen Loebuch

Literatur-Hinweise:
Der andere Holocaust
Das tschechisch-deutsche Drama



Am 16. Februar 1945 fiel im Kampf um unsere geliebte Heimat Schlesien

Hermann Degner

Major

I./Feldjg.Rgt.(mot) 2, vor schwerer Verwundung Inf.Rgt.7 Träger der Ehrenblattspange des Heeres, des EK I, des Panzervernichtungsabz. u.a. Auszeichnungen.

„Lasst uns männlich sterben für unsere Brüder und keinen Flecken an unserer Ehre dulden“ *Die Bibel, 1. Makk. 9.10.*

Wir denken an ihn in Trauer und mit Stolz. In uns lebt er weiter!
Hans-Tronje und **Reiner**, Söhne; **Florian** und **Rolf**, Enkel



Zum Gedenken an meine Großmutter

Meta Katharina Ortmann

geborene Henschel * 2. Mai 1866 in Dresden und ihre Tochter

Elisabeth Katharina Ortmann

* 28. Oktober 1900 in Zittau
beide damals in Dresden A16 Holbeinstr. 2

Sie starben am 13. Februar 1945 im Feuersturm von Dresden.

Der Enkel und Neffe Christian Ortmann



Zum Gedenken an Feldwebel

Gerhard Schulenberg

gef. am 15.02.1943

Vor 67 Jahren fand mein Onkel in Russland den Heldentod.

Er gab sein junges Leben für unser deutsches Vaterland.

In ehrfürchtiger Erinnerung

Manfred Schulenberg, Rechlin (MV)

VERSCHIEDENES

Rechtsanwalt Ingmar Knop

bearbeitet gerne Ihre Fälle aus den Bereichen Straf-, Zivil- und Verwaltungsrecht. Kanzleisitz in Dessau/ Anhalt. Bundesweites Auftreten möglich. Telefon 0177/2811413

Greta Beckmann

Von Heilsboten und Seelenrettern

Einblicke in die Geschichte der Weltmission

Neuerscheinung 12/2009

246 Seiten, € 15,90
ISBN 978-3-86582-993-1

„Das Frühgebarere der Weltmission ist kein Ruhmesblatt der Menschheitsgeschichte. Die vorliegende dokumentarische Sammlung, quellenkritisch kommentiert, spiegelt in 130 Einzelbildern aus aller Welt das Vorgehen der ersten Glaubensverbreiter beider Konfessionen und die durchgehende Ablehnung des biblischen Geistes vonseiten der damit in Berührung gebrachten Fremdlinge. Sie enthüllt alle Stufen menschlicher Schändlichkeiten, entbehrt aber nicht des Heiteren wie auch ergreifender Züge des Echten und Heroischen.“

IHRE KLEINANZEIGE IN DER NATIONAL-ZEITUNG

Meine Kleinanzeige

Hiermit erteile ich einen Anzeigenauftrag für die *National-Zeitung* Ausgabe Nr. (oder in der nächsterreichbaren Ausgabe) mit Name/Adresse nur Tel.-Nr. mit Chiffre-Nummer

Text:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Anzeigengröße:

Name:

Anschrift:

Tel.: E-Mail:

Datum: Unterschrift:

Ich ermächtige den DSZ-Verlag, den Betrag für o. g. Anzeige per Bankeinzug von meinem Konto Nr.: einzuziehen.

BLZ: bei der einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an:
DSZ-Verlag, Anzeigenabteilung, 81238 München
Wir beraten Sie gerne! Kontaktieren Sie uns:
Telefon: 089/8960850, Telefax: 089/8341534
E-Post: anzeigen@dsz-verlag.de

URLAUB



»PENSION AMSEL« im Münchner Westen

Saubere, gemütliche Zimmer mit Dusche, Parkmöglichkeit vorhanden

TAGES-/WOCHEN- ODER MONATSANMIETUNG MÖGLICH!
Tel. (089) 882932 • Fax (089) 8205621

FERIENHAUS LANZAROTE

Tsunami-sicher, medizinische Betreuung möglich.
Tel./Fax: 0034 / 928 521 332

STELLENANGEBOTE

Zuverlässige(r), arbeitswillige(r), belastbare(r) Koch/Köchin zum sofortigen Eintritt in Dauerstellung für Hotelgaststätte im Großraum Gölitz, kl. Wohnung vorhanden, gesucht. Gerne auch Spätaussiedler. Sehr gutes fam. Betriebsklima! Spätere Pacht/Kaufübernahme möglich. Ihre Bewerbung bitte an den DSZ- Verlag, **Chiffre Nr. 6739**, 81238 München.

SUCHE

Junger Historiker/Sammler kauft Literatur vor 1945 (auch allg. Geschichte/Politik), alte Ansichtskarten, Briefumschläge mit Marken, Kriegsfotos, auch Sammlungen und Nachlässe. **Tel. 0177/3167582**

Suche Premiere
Digitalreceiver für Kabel
Tel.: 01520 / 98 32 973

GESCHÄFTSANZEIGEN



Briefmarken-Ankauf

Ständiger Ankauf zu Höchstpreisen
Kostenlose Schätzung u. Beratung
Einlieferung zur Auktion jederzeit
Wir beraten Sie gerne auch zu Hause
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 • 90445 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Seit über 30 Jahren im Dienst der Kunden!

*Russen, Griechen, Araber u.v.a. Völker denken nicht daran ihre eigene Schrift und Sprache aufzugeben – und wir? Stempel in Fraktur, Gotik u.v.a. Zierschriften erhältlich bei **Stempeldienst K. Haberkern**. Kappelhalde 8, 75446 Wiernsheim-Iptingen, Fax: 07044/920771, Netpost (E-Mail): ibs-haberkern@online.de, Telefon 07044/920770 (erreichbar bis 21.00 Uhr). Bitte Stempelmusterprospekt anfordern.*

SCHÖNE FERIENWOHNUNG AN DER OSTSEE

in Kühlungsborn (ganzjährig)
Tel.: 038293-43721.
Apartment 11
Bitte immer mit angeben.

BEKANNTSCHAFTEN

Suche einen Kameraden, mit dem ich Freud und Leid teilen kann, der noch deutsch denkt und handelt. Ich bin arbeitsam, gepflegt, sparsam, von intelligenter Erscheinung, 61 Jahre. DSZ-Verlag, Chiffre: 6738, 81238 München.

LITERATUR • VERKAUF

Bücher von Johannes Dornseiff

Sprache, wohin?
Bemerkungen eines Sprachteilnehmers
288 Seiten * € 12,90 *
ISBN 978-3-8280-2393-2

Die Sprache hat, vor allem in den letzten Jahrzehnten, schlimme Entwicklungen genommen, die man weitgehend als Schwächung oder als Verschmutzung bezeichnen kann; ersteres vor allem in der Grammatik (z. B. *Viele würden die Gefahr leider noch unterschätzen*), letzteres vor allem im Wortgebrauch (z. B. *schwul* oder *die Menschen bei den Reformen mitnehmen*). [Zur Wortschatzverschlechterung gehört auch die Fremdwörterei, die graecolatineische und mehr noch die englische.] Der Verfasser stellt den verdorbenen Sprachgebrauch an den Pranger und zeigt zugleich, daß man sich davon freihalten kann; darüber hinaus, daß auch Sprachbereicherung möglich ist. – Im Anhang wird die Rechtschreib„reform“ zerpfückt.

Kant
Apriorist - Metaphysiker - Subjektivist
155 Seiten * € 9,90 *
ISBN 978-3-8280-2763-3

Diese Abhandlung schließt, unter Übersprungung der Bücher "Recht und Rache" (2003) und "Sprache, wohin?" (2006), unmittelbar an den Traktat absolutus (2000) an. Vor allem an dessen Kernstück "Ist etwas zu sagen?" - An sich ist nichts zu sagen? - Denn die Frage "Ist etwas zu sagen?" ähnelt der Kant'schen Grundfrage "Wie sind synthetische Urteile a priori möglich?", vor allem dann, wenn man diese vereinfacht und radikalisiert: "Läßt sich schon aus reinem Nachdenken, vor aller Erfahrung, etwas erkennen (und sagen)?" - Während die Antwort "An sich ist nichts zu sagen" ein wenig mit Kants unerkennbarem Ding-an-sich verwandt ist.

Bücher des Autors + Auszüge unter www.johannesdornseiff.de
FRIELING-VERLAG BERLIN

BREMEN-STADT: POLITISCHER FRÜHSCHOPPEN

jeden zweiten Sonntag im Monat um 11:00 Uhr. Info unter: 0421/545874.

BREMERHAVEN: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden dritten Samstag im Monat. Info: 0175/6452744.

CHEMNITZ: STAMMTISCH

am Sonnabend 6. März 2010 um 19:00 Uhr. Info unter: 0171 / 8826361

DESSAU-ROßLAU: MONATLICHER STAMMTISCH.

Info: 0340/8507848, E-Post: post@dvu-dessau-rosslau.de.

DORTMUND: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden dritten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr. Aktiv mitmachen! Info: 0231/5890851

DÜSSELDORF: MONATLICHES TREFFEN.

Info unter: Postfach 270123, 40524 Düsseldorf oder 0174/8192302.

ELBE-ELSTER: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden 1. Donnerstag im Monat, um 19:30 Uhr, im bekannten Lokal. Info: 0171/8923406.

ERFTKREIS/DÜREN: DER KREISVERBAND TRIFFT SICH

monatlich. Aktiv mitmachen! Infos über PF 1369, 50303 Brühl, o. Fax: 02232/23050.

HALLE-SAALEKREIS: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden 1. Samstag im Monat, 11:00 Uhr. Info: 0178/6679787.

LV HAMBURG: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden ersten Mittwoch im Monat. Info: 040/32878037.

HAMM-UNNA-SOEST: DER KREISVERBAND TRIFFT SICH

an jedem 2. Samstag im Monat. Weitere Infos unter 02599/740302 oder Postfach 1387, 59003 Hamm.

HANNOVER – WEST-NIENBURG: AKTIV MITMACHEN!

Haben Sie Interesse? Stammtisch-Info unter: Postfach 100638, 31291 Burgdorf.

HOCHSAUERLANDKREIS: POLITISCHER STAMMTISCH.

Info unter: Postfach 1211, 59915 Brilon oder Tel./Fax: 02991/1624.

KÖLN: DER KREISVERBAND TRIFFT SICH

monatlich. Aktiv mitmachen! Info über Postfach 1369, 50303 Brühl oder Fax: 02232/23050.

LIPPE/HÖXTER/PADERBORN: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden 3. Montag im Monat um 18:00 Uhr. Info unter: 0173/8236093.

LUDWIGSHAFEN: STAMMTISCH

jeden Monat um 19:30 Uhr. Nähere Infos unter: Postfach 32, 67122 Altrip.

LÜBECK/STORMARN: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden 2. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr. Info: 04531/82357.

MAGDEBURG: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden 1. Sonnabend im Monat im bekannten Lokal. Info: 0175/1188767.

MÄRKISCH-ODERLAND: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden letzten Sonntag im Monat um 10:00 Uhr in der Fußballkneipe, Ernst-Thälmann-Str. 92, 15374 Müncheberg. Info: 0171/5234543.

MÜNCHEN: STAMMTISCH

jeden letzten Mittwoch im Monat. Info unter: 089/8960856 oder michaela.schmidinger@dvu.de

NEUBRANDENBURG/MVP: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden 1. Samstag im Monat. Aktiv mitmachen! Info: 0174/8930478, Postfach 101117, 17019 Neubrandenburg.

OBERSPREEWALD-LAUSITZ: POLITISCHER BÜRGERSTAMMTISCH

jeden 1. Freitag im Monat um 18:00 Uhr. Info: 0178/2086936, E-Post: dvu-osl@web.de

OSTHOLSTEIN/PLÖN: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden letzten Donnerstag im Monat um 19:00 Uhr im Raum Neustadt/Holstein. Info: Postfach 1232, 23669 Timmendorfer Strand, 0179/2705846, E-Mail: dvu-kv-ohlpl@mail.com.

POTSDAM: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden letzten Sonntag im Monat um 16:00 Uhr. Info unter: 0331/2706297.

PRIGNITZ/OSTPRIGNITZ-RUPPIN: STAMMTISCH

jeden 1. Sonntag im Monat. Info unter: 0173/8054898, dvu-prignitz@web.de

RECKLINGHAUSEN – GELSENKIRCHEN – BOTTROP: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden 1. Donnerstag im Monat um 19:00 Uhr. Info: 02305/441247.

SPREE-NEIßE: POLITISCHER BÜRGERSTAMMTISCH

jeden letzten Freitag im Monat um 19:00 Uhr. Demokratie an der Basis! Aktiv mitmachen! Info: Tel. 0160/7976597, E-Post: dvu-kolk@web.de

STENDAL/ALTMARKKREIS SALZWEDEL: POLITISCHER STAMMTISCH

immer am letzten Samstag im Monat um 15:00 Uhr. Info unter: 05102/42279.

TELTOW-FLÄMING: POLITISCHER STAMMTISCH

jeden letzten Sonnabend im Monat. Aktiv mitmachen! Info unter: 0174-5342057, www.dvu-teltow-flaeming.de, Postfach 12 00 33, 14943 Luckenwalde

TORGAU-OSCHATZ: BÜRGERTREFF

jeden 3. Mittwoch im Monat um 18:30 Uhr. Info unter: 03435-928114.

„Liebe zu Volk, Heimat und Vaterland
eine Christenpflicht“

Priesterbruderschaft St. Pius X. erinnert an unverzichtbare Tugend

„Die Liebe zu Volk, Heimat und Vaterland ist eine Christenpflicht.“ Dieses klare Bekenntnis des Distriktoberen der Priesterbruderschaft St. Pius X., Peter Franz Schmidberger, ist in der Februar-Nummer des Mitteilungsblattes dieser religiösen Gemeinschaft für den deutschen Sprachraum zu lesen.

Auf Zeitgeist-Christen muss derartiges geradezu provozierend wirken. Dies gilt noch mehr für die Konkretisierungen, die Pater Schmidberger vornimmt: „Wir sind als Deutsche darüber empört, dass Gutmenschen und Globalisten uns seit dem Zweiten Weltkrieg unablässig das Rückgrat des nationalen Bewusstseins, besser gesagt der Vaterlandsliebe, brechen wollen und tatsächlich brechen. Wir wissen um die Gräueltaten des Naziregimes, die übrigens neben unzähligen Juden auch viele katholische Geistliche und Laien das Leben gekostet haben ... Ohne ein Unrecht gegen ein anderes aufwiegen zu wollen, dürfen wir auch nicht die Verbrechen an Deutschen, insbesondere in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, vergessen. Millionen hatten Vertreibung, Elend und Tod zu erdulden. Schließlich kann unser Gewissen nicht schlafen angesichts der Ermordung von wenigstens neun Millionen unschuldiger deutscher Kinder im Mutterschoß seit der Freigabe der Abreibung 1974.“

Gottes- und Nächstenliebe

Pater Schmidberger steht mit seiner Bejahung des Vaterlandes in der philosophisch-theologischen Tradition der Scholastik und ihres bedeutenden Vordenkers Thomas von Aquin. Für diesen hochmittelalterlichen Theologen und Philosophen sind



Hüter des traditionellen Glaubens: Die Priesterbruderschaft St. Pius X. erfreut sich auch in Deutschland einer wachsenden Anhängerschaft. Im Bild: Marienaltar der Piusbruderschaftskirche St. Joseph in Memmingen.

Gottes- und Nächstenliebe aufeinander bezogen. Zur Nächstenliebe rechnet er die Liebe zu Vater und Mutter und kommt von daher zur Vaterlandsliebe. Hierzu sagt der hl. Thomas von Aquin: „Die Eltern haben uns ja das Leben geschenkt, uns erzogen, genährt und insbesondere uns den heiligen Glauben mit auf den Lebensweg gegeben. Vom Vaterland haben wir Sprache und Kultur empfangen; es hat uns ernährt, erzogen und beschützt. Folglich müssen wir es ehren, aber auch schützen, verteidigen und ihm dienen.“

Die gut katholische Auffassung ist keineswegs eine Privatmeinung Schmidbergers, sondern wird von den Priestern und Anhängern der Bruderschaft geteilt. Dies wurde z. B. auf einem Akademiker-Kongress der Pius-Brüder im vergangenen Jahr in Bonn deutlich. Das der Bruderschaft nahe stehende Civitas-Institut befasste sich dort mit den geistigen Grundlagen des Abendlandes. Pater Schmidberger referierte über „Gottesliebe und Vaterlandsliebe“ und wurde wiederholt von lebhaftem Beifall des Publikums unterbrochen.

Papst Benedikt XVI. scheint erkannt zu haben, welch großes Potenzial an Glaubenstreue und Glaubenskraft bei den Pius-Brüdern zu finden ist. Ihn schmerzt die kirchenrechtliche Trennung der Pius-Brüder, die aus dem Konflikt des verstorbenen französischen Erzbischofs Marcel Lefebvre mit dem Vatikan wegen bestimmter Beschlüsse und Erklärungen des II. Vatikanischen Konzils herrührt. Daher hat der deutsche Papst die Exkommunikation der vier Weihbischöfe der Bruderschaft aufgehoben.

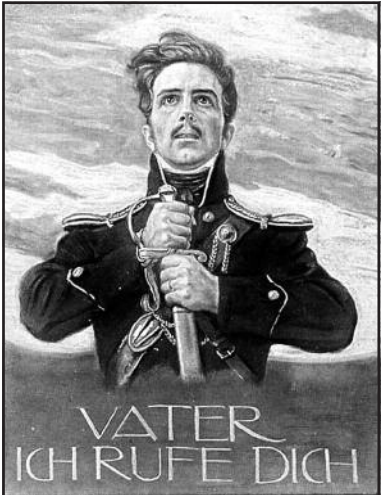
Weitgehend farblos

Wäre ein Priester wie Pater Schmidberger am 20. Jahrestag des Mauerfalls Erzbischof von Berlin gewesen, hätte die Kritik des profilierten Journalisten Peter Scholl-Latour an den Berliner Feierlichkeiten keinen Anhaltspunkt gefunden, was das Verhalten der katholischen Kirche anbelangt. Scholl-Latour hatte den banal-infantilen Stil der Feier rund um das Brandenburger Tor bemängelt. Dieser Journalist, der an den Pius-Brüdern lediglich deren Eintreten für die altehrwürdige, lateinisch geprägte tridentinische Liturgie schätzt, hätte erwartet, dass der Berliner Kardinal ein feierliches Hochamt mit Te Deum gehalten hätte. Stattdessen gab es einen ökumenischen Gottesdienst von Protestanten und Katholiken, weitgehend farblos, da man sich hier ja immer nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zubewegt.

Wie Scholl-Latour bei den Katholiken die klangliche Schönheit und Kraft der uralten gregorianischen Gesänge erwartete, hätte er

sich bei den Protestanten zu diesem Festtag protestantisch-deutsche Choräle gewünscht. Man denke da an „Nun danket alle Gott“ (Choral von Leuthen), Luthers „Ein feste Burg ist unser Gott“ und an das so aktuell wirkende „Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen“.

Die Pius-Brüder gaben durch das Bekenntnis zu Volk, Heimat und Vaterland einen wichtigen Anstoß, aus der bundesdeutschen Schläfrigkeit aufzuwachen. Noch einmal Pater Schmidberger: „Entfachen wir darum in uns die Liebe zum Vaterland



Deutsche Gedenktage
Wirken und Werden unseres Volkes

19.2.1990
Beginn des Abrisses der Berliner Mauer am Brandenburger Tor

20.2.1935
Zollgrenze zwischen Saargebiet und dem Deutschen Reich aufgehoben; wirtschaftliche Vereinigung vollzogen

21.2.1960
Brutaler italienischer Polizeieinsatz gegen Südtiroler Aktivisten bei den Andreas-Hofer-Feiern in Bozen

22.2.1810
Benedikt Stilling, Anatom und Chirurg, Begründer der Lehre vom vegetativen Nervensystem, geboren

23.2.1855
Carl Friedrich Gauß, einer der größten Mathematiker aller Zeiten („Fürst der Mathematik“), gestorben

24.2.1500
Karl V., deutscher Kaiser, geboren; als spanischer König begründete er die Weltmachtstellung des Hauses Habsburg („In meinem Reich geht die Sonne nicht unter“)

25.2.1975
Bundesverfassungsgericht stoppt Entrechtung der Ungeborenen, indem es die sogenannte Fristenlösung für verfassungswidrig erklärt

Aus »Deutscher Kalender 2010«
Deutscher Buchdienst • ☎ 089 / 89 60 85 21

mit seiner Kultur und Geschichte, zu Volk und Heimat, damit dadurch auch die Gottesliebe in uns wieder erglühe und Früchte der Heiligkeit trage!“

Manfred Müller

Briefmarke der Woche

An Bernd Rosemeyer erinnert

Bis heute unvergessen ist der Rennfahrer Bernd Rosemeyer, ein Idol seiner Zeit. Am 14. Oktober 1909 wurde er in der Emsland-Metropole Lingen geboren. Schon früh begeisterte er sich für den Motorsport, der in Deutschland jedoch ein eher kümmerliches Dasein führte, bis man erkannte, wie prestigefördernd sich Erfolge im Automobilsport auswirken können. Nicht zuletzt profitierte später die deutsche Automobilindustrie weltweit von den Siegen Bernd Rosemeyers. Und die fuhr er serienweise ein: Der Werksfahrer für die Auto-Union wurde nacheinander Deutscher Straßen- und Bergmeister sowie Europameister. 1935 gewann er den Großen Preis der Tschechoslowakei. Ein Jahr darauf den von Deutschland, von Italien und der Schweiz. Nebenbei stellte er Geschwindigkeits-Weltrekorde auf. 1936 heiratete er die berühmte

Sportfliegerin Elly Beinhorn. Beide wurden als Traumpaar gefeiert und umjubelt. Das Glück hielt nicht sehr lange. Rosemeyer wollte seinen eigenen Geschwindigkeitsrekord noch einmal überbieten. Warum ausgerechnet mitten im Winter und unter denkbar ungünstigen Witterungsbedingungen? Am 28. Januar 1938 kam sein Wagen bei 400 Stundenkilometern von der Fahrbahn ab und zerschellte. Bernd Rosemeyer war tot.

Bis heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Diskussionen darüber, inwieweit Rosemeyer Sympathien für den Nationalsozialismus hegte. Deshalb zielt man sich in seiner Geburtsstadt Lingen noch immer, ihm ein bescheidenes Denkmal zu bauen. Auch erhielt er keine Sonderbriefmarke zu seinem einhundertsten Geburtstag. In Österreich sieht man das entspannter: Zwei Briefmarken erschienen dort im Jahre 2009.

Unsere unsterblichen Gefallenen

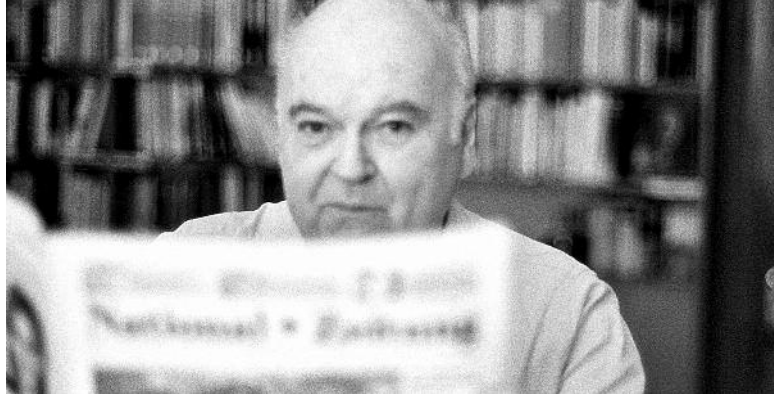
Stätten der Erinnerung an unsere Toten

Ehrenmal in Windach

Wer schöne Aufnahmen von Soldaten-Ehrenmalen hat, wird gebeten, Abzüge für eine Veröffentlichung und anschließende Verwahrung in unserem Archiv einzusenden. Für begleitende Informationen (Entstehungszeitpunkt, Künstler etc.) sind wir dankbar. Bitte senden Sie entsprechende Bilder an:

National-Zeitung • Redaktion • Sven Eggers
Postfach 60 04 64 in 81204 München oder per E-Mail: • info@dsz-verlag.de

National-Zeitung: Jetzt fördern, jetzt stärken



Dr. Gerhard Frey, Herausgeber

Wenn Sie den DSZ-Verlag fördern und den Bestand der National-Zeitung sichern möchten, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Bitte kreuzen Sie das Gewünschte an:

- ☐ Ich möchte spenden. Teilen Sie mir Ihre Kontoverbindung mit.
- ☐ Ich möchte mich am Verlag beteiligen. Informieren Sie mich über Einzelheiten.
- ☐ Ich könnte mir vorstellen, den DSZ-Verlag in meinem Testament zu bedenken. Informieren Sie mich über Einzelheiten.
- ☐ Ich möchte redaktionell mitwirken. Auf diesem Gebiet kenne ich mich besonders aus:

Name, Vorname

Tel.-Nr.

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

E-Mail (falls vorhanden)

Ich entscheide mich für folgendes Abo-Angebot der National-Zeitung:

- ☐ Langjahr-Abo
12 Monate bezahlen, 14 Monate die National-Zeitung ins Haus. Abogebühr: € 8,25 mtl. (Wenn Sie nicht verlängern wollen: Postkarte genügt!)
- ☐ Förder-Abo
Weil ich die National-Zeitung besonders fördern möchte, abonniere ich die National-Zeitung zum Jahrespreis von 150,- Euro (auf Wunsch auch inkl. Online-Abo). Umwandlung von Normal- zu Förderabo jederzeit möglich!
- ☐ Sozial-Abo
Aus sozialen Gründen abonniere ich die National-Zeitung zum Sonderpreis von € 7,- monatlich und zahle monatlich.
- ☐ Probe-Abo
Bitte liefern Sie mir 8 Ausgaben zum Sonderpreis von 8,90 Euro. Wenn ich dann nicht verlängern will: Postkarte genügt!
- ☐ Patenschafts-Abo / Geschenk-Abo
Ich übernehme hiermit (Stückzahl) Patenschafts-Abos für sozial-schwache Deutsche bzw. junge Menschen ohne Einkommen. Ich überlasse die Wahl des bzw. der Beschenkten dem DSZ-Verlag. – Wer Abos an bestimmte Personen verschenken möchte, teilt den oder die Namen der Beschenkten bitte auf gesondertem Blatt mit. Abogebühr monatlich € 8,25.
- ☐ Abo-Werber
Ich habe einen Abonnenten für die National-Zeitung geworben und erhalte dafür als Dankeschön einen Gutschein für das Angebot des Deutschen Buchdienstes in Höhe von € 30,-. Bitte senden Sie die National-Zeitung ab sofort an:

Name, Anschrift:

Versand: ☐ als Postvertriebsstück (Normalversand)
☐ im neutralen zugeklebten Umschlag

je € 8,25 im Monat, Ermäßigung auf Anfrage

☐ für mich oder ☐ als Patenschafts-Abonnement für ein Jahr
Lieferbeginn: ☐ ab sofort ☐ erst ab Ausgabe vom

Lieferanschrift:

Name, Vorname

Geburtsdatum

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

oder: ☐ Ich überlasse die Wahl des Beschenkten dem DSZ-Verlag
☐ Ich wünsche als Empfänger eine(n) Jugendlichen/Jugendgruppe

Rechnungsanschrift:

Name, Vorname

Geburtsdatum

E-Mail (falls vorhanden)

Tel.-Nr.

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum

Unterschrift

Es wird garantiert, dass Sie die Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich widerrufen können: Es genügt die Absendung des Widerrufs an: DSZ-Verlag, 81238 München.

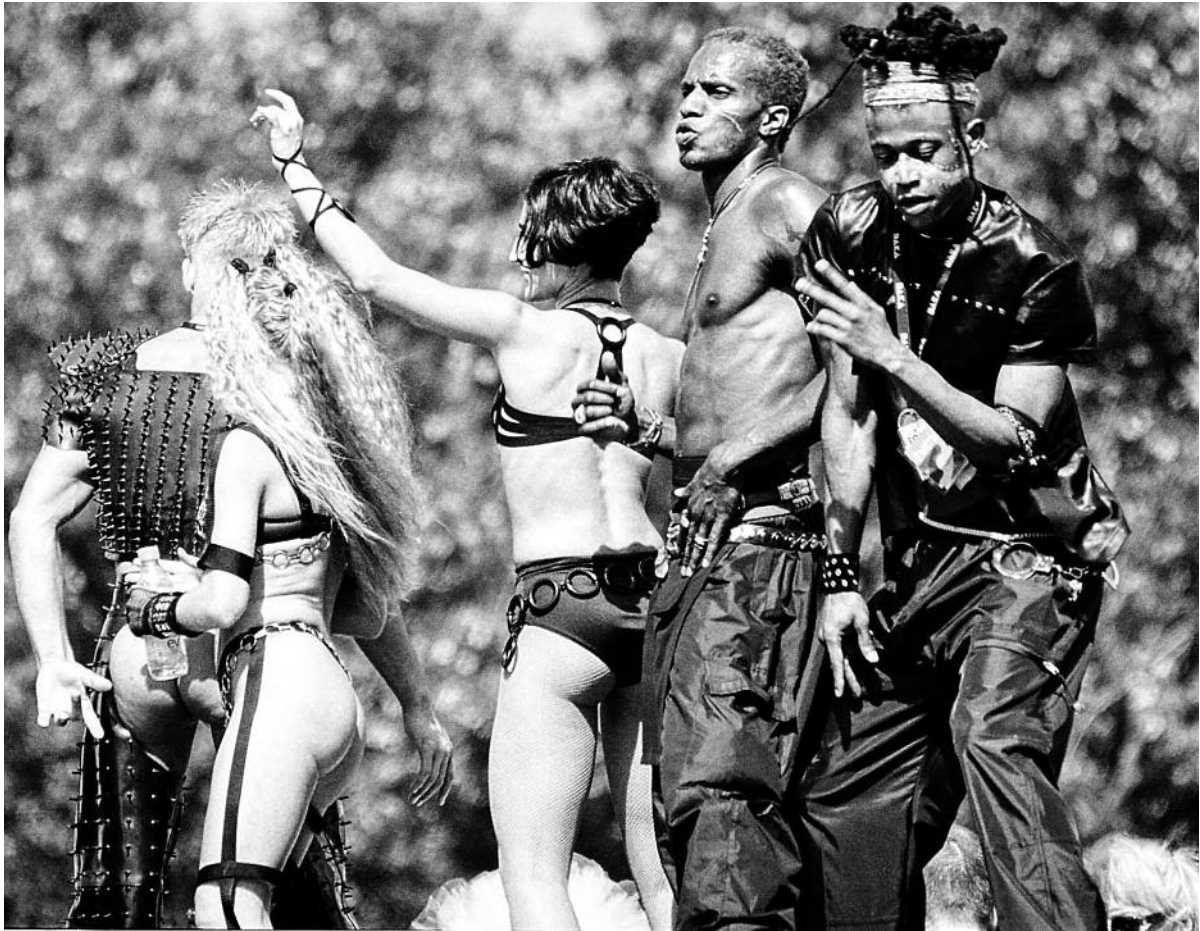
Datum

2. Unterschrift

Unser Dankeschön: Alle Besteller, die mit diesem Bestellschein abonnieren, erhalten das Buch »Wem dient Merkel wirklich?« kostenfrei!
Bitte einsenden an: DSZ-Verlag • 81238 München
Fax: 089-8341534 • www.dsz-verlag.de • info@dsz-verlag.de

DER ETWAS ANDERE WOCHENRÜCKBLICK

Partyzüge, Ex-Weltmeister und Knäste ...



Loveparade: Förderenswertes „Fest der Szenekultur“ oder zweifelhafte „Späßveranstaltung“?

Steuergelder für „Loveparade“?

Die merkwürdige „Loveparade“ will in diesem Jahr durch Duisburg ziehen. Um die Veranstaltung hat es zuletzt immer wieder Diskussionen gegeben. Einerseits kritisieren frühere Macher eine gnadenlose Kommerz-Ausschlachtung ihres Zuges, der mit dem Ursprungsgedanken (Förderung der so genannten Techno-Musik) nichts mehr zu tun habe, andererseits beklagen die Bürger der jeweils heimgesuchten Städte Müllberge und geradezu unerträgliche Lärmbelästigung durch das Loveparade-Treiben. Dass im Rahmen der Parade Drogen aller Art in Unmengen umgeschlagen und konsumiert werden, ist ein offenes Geheimnis. Dennoch: Die oberen Zehntausend dieser Gesellschaft wittern das große Geschäft. Die Ruhr.2010 GmbH, die das Ruhrgebiet als Kulturmetropole anpreist, will die Wirtschaftskraft der „Loveparade“ unbedingt nutzen. Um das „Fest der Szenekultur“ zu ermöglichen, „müssen alle Anstrengungen unternommen werden“, so Fritz Pleitgen, einst ARD-Chef, jetzt Vorsitzender der Geschäftsführung der Ruhr.2010 GmbH. Dazu müssten aber Steuergelder her. Und ob diese für eine „Späßveranstaltung“ dieser Art fließen sollten, ist – na, sagen wir – umstritten.

Ex-Weltmeister BRD

China hat der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr den Rang des Exportweltmeisters abgelaufen. Die deutschen Ausfuhren brachen mit minus 18,4 Prozent so stark ein wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. China hingegen brachte es auf neue Ausfuhr-Rekorde und ist auf diesem Gebiet nun neuer Weltmeister.

Angst vor „heiligem Krieger“

Die Angst vor dem Islam ist unter Bundesbürgern weit verbreitet. Dazu haben einerseits Überfremder beigetragen, die den Wunsch Einheimischer nach Ausländer-Begrenzung seit Jahren hartnäckig ignorieren, andererseits gießen aber auch

ganz und gar an den Interessen Israels ausgerichtete Massenmedien entsprechend Öl ins Feuer. Das Ergebnis: Verunsicherte BRDler – wie zum Beispiel eine Ärztin aus Donaueschingen. Die weigerte sich doch glatt, einen 16-jährigen Jungen zu behandeln, weil der sich mit dem Namen „Cihad“ bei ihr vorstellte. Für unsere aufmerksame BRD-Bürgerin war damit klar: Hier steht ein „heiliger Krieger“ vor ihr. Zähneklappernd wies die Kieferorthopädin den potenziellen Terror-Freund ab. Die Eltern fielen aus allen Wolken, und mittlerweile bereut es die Ärztin wohl auch, hier auf „Gutmensch“ gemacht zu haben. Der Name Cihad bedeutet im Übrigen „Bemühen um die Religion“ oder auch „Bemühen um das Gute“. Die „Bild“-Zeitung hat das hingegen ein bisschen umgedeutet ...

Weniger Türken?

Im Jahre 2008 sind 26.653 Türken in die Bundesrepublik gekommen, während 34.843 Türken fortzogen. Massenmedien schnappten diese gerade veröffentlichten Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gleich auf und verkündeten: „Weniger Türken in Deutschland.“ Tatsächlich ist die Zahl der türkischen Staatsbürger hierzulande laut Ausländerzentralregister von Ende 2007 bis Ende 2008 um 25.181 gesunken. 24.449 Türken wurden im Laufe des Jahres nämlich schlicht und einfach eingebürgert.

Rückholung eines Abgeschobenen

Bemerkenswertes Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt an der Oder: Ein nach Griechenland abgeschobener Asylbewerber aus dem Irak muss nach Deutschland zurückgeholt werden. Die Verhältnisse in Griechenland seien für den Mann nicht zumutbar. Der 27-Jährige war einst aus dem Irak nach Griechenland geflohen und im September 2009 dann von der Bundespolizei in einem Zug nach Berlin aufgegriffen worden. Aus der Abschiebehaft heraus hatte er dann einen Asylantrag gestellt. Seine Abschiebung dürfte angesichts der Drittstaatenregelung durchaus rechtens gewesen sein, allerdings war das Gericht der Auffassung, dass die Weiterverfolgung

seines Verfahrens von Griechenland aus nicht zumutbar sei, zumal er dort nur als Obdachloser untergekommen war.

Volle Knäste

In der Schweiz sind die Gefängnisse voll. 91 Prozent aller Plätze hinter Gittern sind mittlerweile belegt. Was gern verschwiegen wird: Ein Großteil der Gefangenen kommt nicht aus der Schweiz. Es gibt darüber keine verlässlichen Zahlen, aber zumindest in Basel ist es so, dass knapp zwei Drittel aller festgenommenen Jugendlichen im letzten Jahr Ausländer waren. Da kann man sich dann ungefähr ausmalen, warum die Gefängnisse so voll sind.

Streit um WM-Leoparden

Bald ist wieder Fußball-Weltmeisterschaft. In Südafrika. Dort gibt es derzeit Ärger. Das WM-Maskottchen, ein Leopard mit grünen Haaren, sichert nicht etwa heimische Arbeitsplätze, sondern wird massenweise in China produziert. Das war vertraglich ganz anders geregelt. Sind dort Unterverträge hinter den Kulissen ausgehandelt worden? Südafrikanische Gewerkschafter wollen alles daransetzen, die Verbreitung der China-Leoparden zu vereiteln.

„Keine Versöhnung!“

Kennen Sie noch Angela Marquardt? – Die war lange Jahre Aushängeschild der PDS. Sie fiel in erster Linie durch ihre Punker-Frisur auf und wurde dafür von Massenmedien gern gehätschelt. Aus der PDS aber flog sie irgendwann raus und schlüpfte 2008 bei der SPD unter. Aufgefallen ist sie seither bei einer Demonstration gegen Feierlichkeiten zum Jahrestag des Mauerfalls. „Deutschland eine Zumutung“ lautete das Motto der linken Kundgebung. Jetzt war sie aktiv, um das Gedenken an die Bombenopfer von Dresden zu verhindern. „Keine Versöhnung mit Deutschland“ gab sie dabei als Demo-Parole aus. Ist schon ganz interessant, wem die SPD so Heimat bietet. Marquardt ist Mitarbeiterin im Bundestagsbüro von Andrea Nahles, die ja noch ganz hoch hinaus will bei den Sozis.

Sven Eggers